

INTOSAI



Z INTERNATIONALE
Zeitschrift
für STAATLICHE FINANZKONTROLLE



April 2015

April 2015

Jahrgang 42,
Nr. 2



INTERNATIONALE Zeitschrift für STAATLICHE FINANZKONTROLLE

Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle, Inc. © 2015

Redaktionsbeirat

Josef Moser, *Präsident, Rechnungshof,
Österreich*

Michael Ferguson, *Auditor General, Kanada*
Abdelkader Zgouli, *First President, Cour des
Comptes, Tunesien*

Gene Dodaro, *Comptroller General,
Vereinigte Staaten von Amerika*

Adelina González, *Acting Comptroller General,
Venezuela*

Präsident

James-Christian Blockwood (*USA*)

Chefredakteur

Bill Keller (*USA*)

Redakteure

Amy Condra (*USA*)

Redaktionelle Mitarbeiter / Aussenredakteure

Office of the Auditor General (*Kanada*)

Shashi Kant Sharma (*ASOSAI-Indien*)

Patrick Zucchini (*PASAI, Yap, Mikronesien*)

CAROSAI Sekretariat (*St. Lucia*)

EUROSAI Generalsekretariat (*Spanien*)

Khemais Hosni (*Tunesien*)

Basilio Jauregui (*Venezuela*)

INTOSAI Generalsekretariat (*Österreich*)

U.S. Government Accountability Office (*USA*)

Verwaltung

Sebrina Chase (*USA*)

Paul Miller (*USA*)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Vorsitzender	Liu Jiayi	<i>China</i>
Erster stellvertretender Vorsitzender	Dr. Harib Saeed Al Amimi	<i>Vereinigte Arabische Emirate</i>
Zweiter stellvertretender Vorsitzender	Dr. Osama Jafar Faqeeh	<i>Saudi-Arabien</i>
Generalsekretär	Dr. Josef Moser	<i>Österreich</i>
Mitglieder:	Hesham Genena	<i>Ägypten</i>
	Terrance Bastian	<i>Bahamas</i>
	Dr. Carlos Ramón Pólit Faggioni	<i>Ecuador</i>
	Gilbert Ngoulakia	<i>Gabun</i>
	Teruhiko Kawato	<i>Japan</i>
	Juan Manuel Portal Martínez	<i>Mexiko</i>
	Lyn Provost	<i>Neuseeland</i>
	Jørgen Kosmo	<i>Norwegen</i>
	Rana Muhammad Akhtar Buland	<i>Pakistan</i>
	Krzysztof Kwiatkowski	<i>Polen</i>
	Tatyana A. Gollikova	<i>Russische Föderation</i>
	Kimi Makwetu	<i>Südafrika</i>
	Dra. Adelina González	<i>Venezuela</i>
	Gene L. Dodaro	<i>Vereinigte Staaten von Amerika</i>

Die *Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der INTOSAI (Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion erbeten:

U.S. Government Accountability Office
441 G Street, NW, Room 7814
Washington, D.C. 20548
U.S.A.
202-512-4707
E-Mail: intosaijournal@gao.gov
Twitter: @INTOSAIJournal

Da diese *Zeitschrift* als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewusst verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird kostenlos an die INTOSAI-Mitglieder und andere Interessenten verteilt. Sie ist auch elektronisch verfügbar unter <http://www.intosaijournal.org> oder <http://www.intosai.org> und auf Anfrage bei der *Zeitschrift* spel@gao.gov.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen Accountants' Index und in den Management Contents bibliografisch erfasst. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services, Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

Leitartikel	1
Neues von ORKB aus aller Welt	5
US-Rechnungshof gibt überarbeitete Normen der internen Kontrolle heraus	19
Einführung der vorgängigen Kommunalprüfung: Griechenland	22
Transpazifische Zusammenarbeit	27
Leitsätze der externen Finanzkontrolle	32
INTOSAI Intern	35
IDI Update	49
INTOSAI-Gebergemeinschaft Update	53
INTOSAI Kalender	59



Die Rolle der Rechnungshöfe bei der Prüfung der mineralgewinnenden Industrie

Die mineralgewinnende Industrie bietet heutigen Generationen die Möglichkeit, das einzulösen, was sie sich von ihren Kindeskindern geliehen haben, und das fortzuführen, was sie von ihren Vorfahren geerbt haben.

von John F. S. Muwanga

Leiter des Rechnungshofes von Uganda und Vorsitzender der INTOSAI-Arbeitsgruppe Prüfung der mineralgewinnenden Industrie

Mineralische Rohstoffe stellen wertvolle Ressourcen für die Bevölkerung eines Landes dar. Leider wurde häufig in den Entwicklungsländern trotz einer Fülle von Bodenschätzen, die zur Bekämpfung der dortigen Armut geeignet wären, kein Nutzen daraus gezogen. Im Gegenteil: Die Rohstoffe haben sogar noch zur Verschlimmerung der bestehenden Probleme beigetragen, die in Feindseligkeit, Konflikten und Aggression gipfelten. So schufen sie ein Szenario, das häufig als Ressourcenfluch bezeichnet wird.

Der Ressourcenfluch

Viele rohstoffreiche Länder, besonders die der Dritten Welt, kennzeichnen im Vergleich mit rohstoffarmen Ländern weiterhin ein geringes Wirtschaftswachstum, schwache Verwaltungsstrukturen und eine erhöhte Konflikthanfälligkeit. Dieses Phänomen des Ressourcenfluchs hängt untrennbar mit fehlender Transparenz und Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor zusammen. Daher ist die Stärkung der die Einhaltung der Rechenschaftspflicht überwachenden nationalen Institutionen ein geeignetes und notwendiges Instrument, um die Erschließung der Rohstoffe – wenn auch langsam – gewinnbringend zu gestalten und

damit die Lebensbedingungen der Menschen spürbar und nachhaltig zu verbessern.

Die Organe der staatlichen Finanzkontrolle stellen ein wichtiges Glied in dieser Kette dar. Ihre Aufgabe gegenüber den Bürgern besteht in der Sicherstellung von zuverlässigen, transparenten und wirtschaftlichen Verwaltungsstrukturen zur Verwendung der öffentlichen Mittel. Die Rechnungshöfe müssen daher bei der Aufsicht dieses Schlüsselsektors eine wichtige Rolle einnehmen.

Diese Rolle kann zur Schaffung eines Umfelds beitragen, durch das Wirtschaftswachstum und Wohlstand gefördert werden, während gleichzeitig die Umweltverträglichkeit der angewandten Abbauverfahren sichergestellt wird.

Innerhalb der Gemeinschaft der INTOSAI unterscheidet sich die Rolle der Rechnungshöfe im Hinblick auf den mineralgewinnenden Sektor erheblich. Die ORKB wird dabei vor allem aufgrund der fachlichen Komplexität (Unkenntnis der Geschäftsabläufe, die jeweilige Regierungsform und die damit verknüpften Risiken), aber auch hinsichtlich der erforderlichen Sachkompetenzen und entsprechenden Fachkräfte, vor viele Aufgaben gestellt. Darüber hinaus kann das Mandat der Rechnungshöfe durch einen fehlenden Rechtsrahmen eingeschränkt sein. »

“Die mineralgewinnende Industrie ist ein lohnender Prüfungsgegenstand, um auf verbesserte Lebensbedingungen der Bevölkerung hinzuwirken, da sie ein bedeutendes Potenzial hat und bei erfolgreichem Management erheblich zu den Staatseinnahmen beiträgt.”

— John F. S. Muwanga

Arbeitsgruppe zur Prüfung der mineralgewinnenden Industrie

Vor diesem Hintergrund entschloss sich INTOSAI zur Gründung der Arbeitsgruppe Prüfung der mineralgewinnenden Industrie im Rahmen des XXI. INCOSAI in Peking (Oktober 2013). Dadurch sollte den Rechnungshöfen der Aufbau des erforderlichen Fachwissens für diese spezielle Prüfung erleichtert werden.

Die Arbeitsgruppe bietet den ORKB ein Forum zur Zusammenarbeit und zum Wissensaustausch, um so ihre Rolle zur Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht im Hinblick auf die Verwendung öffentlicher Mittel wirksam wahrnehmen zu können. Weiterhin wird die Arbeitsgruppe den Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich gegenseitig über vorteilhaftes Verwaltungshandeln zu informieren. Darüber hinaus sollen strategische Partnerschaften mit weiteren Akteuren in diesem Bereich ermöglicht werden. Dazu zählen u. a. nationale Regierungen, Entwicklungshilfeorganisationen (Geber), kommunale Behörden (Begünstigte) und zivilgesellschaftliche Organisationen. Mit Hilfe der Arbeitsgruppe können die Rechnungshöfe die Arbeit der mineralgewinnenden Industrie verbessern: Ihre Rolle in diesem Sektor erfährt eine zunehmend große Anerkennung und viele Akteure sind bereit, diese zu unterstützen. Daneben erzeugt die Zusammenarbeit der ORKB, die als Gemeinschaft zur gemeinsamen Bewältigung komplexer Aufgaben dieses

Sektors an einem Strang ziehen, nützliche Synergieeffekte.

Stärkung der Rechnungshöfe

Einige Rechnungshöfe, insbesondere die in Entwicklungsländern, haben noch kein Mandat zur Prüfung bestimmter Institutionen. Dies betrifft häufig Unternehmen des privaten Sektors. Hier ist eine entsprechende Erweiterung des Mandats dringend notwendig, damit auch im Bereich von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) in der Rohstoffindustrie geprüft werden kann. Regierungen sollten eng mit den Rechnungshöfen zusammenarbeiten und sie mit einem umfassenden Mandat ausstatten. Weiterhin sollten sie sie darin bestärken, eine Führungsrolle bei der Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht zu übernehmen, beispielsweise indem sie die globale Initiative EITI unterstützen (Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie).

In der mineralgewinnenden Industrie können durch eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen hohe Einnahmen erzielt werden, die der Bevölkerung zugutekommen. Um dieses Potential auszuschöpfen, ist es wichtig, einem Ressourcenfluch entgegenzuwirken. Hierbei können die Rechnungshöfe eine wesentliche Rolle spielen. Da sie eine tragende Säule im Staatsgefüge hinsichtlich Transparenz und Rechenschaftspflicht – besonders in Entwicklungsländern – sind, können bzw. sollten die Rechnungshöfe sogar als Instrument zur Umwandlung der kurzfristigen Einnahmen aus der Rohstoffindustrie in nachhaltige Entwicklungsförderung genutzt werden.

Grußwort des Präsidenten der Zeitschrift

von James-Christian Blockwood

Leiter für Strategische Planung und Außenvertretung beim US-amerikanischen Rechnungshof und Präsident der Internationalen Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle



Seit der ersten Ausgabe im Jahr 1974 dient die Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle als Forum zur Zusammenarbeit und zum Wissensaustausch für Prüfer auf der ganzen Welt.

Durch die gedruckte Ausgabe, Online-Artikel und Posts in den sozialen Medien wird die Gemeinschaft zwischen den Mitgliedern der INTOSAI gefördert. Gemäß dem INTOSAI-Leitgedanken „Gegenseitiger Erfahrungsaustausch nützt allen“ sind Beiträge zu Aufgaben und Problemstellungen, aber natürlich auch zu positiven Erfahrungen und vorbildhaften Verfahren, aus den Reihen der Prüfer ausdrücklich erwünscht, die von einzelnen Lesern regional oder auch weltweit genutzt werden können.

Es ist mir eine Freude und Ehre, nun den Vorsitz des Herausbergremiums der Zeitschrift zu übernehmen und die Veröffentlichung der Zeitschrift im Namen der INTOSAI-Gemeinschaft verantwortlich zu betreuen. Wir verfolgen dabei eine unabhängige redaktionelle Ausrichtung und begrüßen stets neue Beiträge und Ideen sowie sonstigen Input der INTOSAI-Mitglieder.

Wie bereits mitgeteilt wurde, soll der Webauftritt der Zeitschrift ausgebaut und verbessert werden. Wir glauben, dass ein freier Informationsfluss mittels interaktiven Tools und Technologien den Wissensaustausch unter den Kollegen nochmals fördern kann. Derzeit loten wir Möglichkeiten zur Aktualisierung der Website aus. Geplant sind beispielsweise Fotogalerien sowie Audio- und Videoclips von verschiedenen INTOSAI-Veranstaltungen. Weiterhin soll die Such- und Recherchefunktion

ausgebaut sowie die Hauptmenüleiste auf der Startseite um Themenblöcke wie INTOSAI-Arbeitsgruppen, Task Forces, Kongresse, Prüfungsarten, Fallstudien und vorbildhafte Verfahren ergänzt werden.

Wir beabsichtigen auch die Zusammenarbeit mit anderen Organen der INTOSAI, wie den Komitees und den Regionalen Arbeitsgruppen, um gemeinsam Wege zu finden, die Kommunikation innerhalb der Organisation zu vereinfachen und zu bündeln, den Wissensaustausch zu fördern und Strategien für den Umgang mit den sozialen Netzwerken zu erarbeiten.

Zusätzliche Inhalte und interaktive Technologien erhöhen Wert und Nutzen der Zeitschrift. Zum Beispiel können sich die Leser über Diskussionsforen zu bestimmten Artikeln oder Themenbereichen austauschen und auch mit den Autoren der Fachbeiträge in einen Dialog treten. Natürlich sind diese Neuerungen mit Kosten verbunden, aber wir sind davon überzeugt, dass die kurzfristigen Mehrausgaben sich lohnen und einen langfristigen Nutzen für die INTOSAI-Mitglieder bringen.

Zum Modernisierungsprozess der Zeitschrift gehört auch die derzeitige Überarbeitung unserer Geschäftsordnung, Satzung und Beschaffungsgrundsätze. Dabei werden wir auch weiterhin Good Governance und Wirtschaftlichkeit sicherstellen. Jedes Jahr wird die Zeitschrift einer externen Prüfung unterzogen und der Prüfungsbericht dem INTOSAI-Generalsekretariat zugeleitet. Dieser ist auch Bestandteil des Berichts, den der Leiter »

des US-amerikanischen Rechnungshofs bei der jährlichen INTOSAI-Präsidiumstagung vorlegt.

Die Zeitschrift wird getragen von den Mitgliedsbeiträgen der INTOSAI-Gemeinschaft und der Bereitstellung von Personal und anderen Ressourcen. Wir danken für die Unterstützung der INTOSAI-Mitglieder, die durch ihre Übersetzungen, Artikel und Fachaufsätze einen wertvollen Beitrag leisten. Zur besseren Nutzung des Fachwissens, das innerhalb der INTOSAI hinsichtlich Rechnungslegung und -prüfung, aber

auch im Bereich des Journalismus vorhanden ist, suchen wir derzeit nach Wegen zur Erweiterung des Herausbergerremiums der Zeitschrift um neue Mitglieder.

Die Zeitschrift wird auch weiterhin nach den Grundsätzen Innovation, Transparenz und Rechenschaftspflicht arbeiten. Ich freue mich auf die vielfältigen Aufgaben und Möglichkeiten meiner neuen Position und darauf, diese Rolle zum Nutzen der INTOSAI und ihrer Mitglieder auszufüllen.

Neues

von ORKB aus aller Welt

ALSAI veranstaltet wissenschaftliche Konferenz



Das Hauptthema der Konferenz vom Oktober letzten Jahres lautete „Finanzkontrolle im Dienste der Good Governance“. Die 120 Teilnehmer kamen aus aller Welt.

Am 29. und 30.10.14 veranstaltete der albanische Rechnungshof (Albanian State Supreme Audit – ALSAI) seine dritte Fachkonferenz. Ihr Hauptthema lautete: „Finanzkontrolle im Dienste der Good Governance“.

Die etwa 120 Teilnehmer kamen aus der Wissenschaft, z. B. Professoren der Universität Tirana, aus den ORKB Polens, Österreichs, Kroatiens, der Türkei, des Kosovo und Montenegros, aus den

diplomatischen Vertretungen in Albanien und von der Generaldirektion Haushalt der Europäischen Kommission. Weitere Teilnehmer waren Forscher und Förderer aus dem Bereich der Finanzkontrolle und der öffentlichen Finanzwirtschaft sowie Prüfer des albanischen Rechnungshofes.

Am zweiten Konferenztag wurden die Teilnehmer durch die Anwesenheit des Präsidenten der Republik Albanien, seiner Exzellenz Bujar Nishani, des »

Botschafters der Vereinigten Staaten in Tirana, Alexander Arvizu, und des Mitglieds des Europäischen Parlaments, Igor Soltes, geehrt.

Den Vorsitz führten gemeinsam der Präsident des albanischen Rechnungshofes, Dr. Bujar Leskaj, der Vertreter der Generaldirektion Haushalt (der EU-Kommission), Robert Gielisse, und der frühere Präsident des polnischen Rechnungshofes und jetzige Berater des Präsidenten des polnischen Rechnungshofes, Jacek Jeziernski.

28 Vorträge wurden von nationalen und internationalen Persönlichkeiten und Fachleuten der externen Finanzkontrolle und des öffentlichen Finanzwesens gehalten. Herausragend waren dabei die Vorträge von Robert Gielisse, der Präsidenten der Rechnungshöfe von Kroatien und Montenegro, Ivan Klesić und Milan Dabović die Vorträge von Prüfern des türkischen Rechnungshofes sowie die Erkenntnisse und Empfehlungen verschiedener renommierter Professoren des Rechnungswesens, der Prüfung, der Risikoanalyse und der albanischen Finanzwirtschaft.

Die Moderatoren kamen zu dem Schluss, dass die größte Herausforderung in vielen Ländern die Steigerung der Qualität der staatlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung sei, um diese als Instrument für eine Optimierung bei der Erreichung nationaler strategischer Entwicklungsziele zu nutzen. Durch Verbesserung der Prozesse und Haushaltsinstitutionen

wird die Qualität der öffentlichen Finanzwirtschaft gesteigert.

Außerdem sind Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Transparenz drei grundlegende Ziele einer modernen Haushaltswirtschaft. Finanzpolitische Regeln, Pläne und mittel- bis längerfristige Planungen sowie ein ergebnisorientiertes Haushaltsverfahren haben sich bei der Erreichung dieser Ziele als wirksam erwiesen. Die ORKB können die Lebensbedingungen der Bürger durch die Gewährleistung einer ordnungsgemäßen öffentlichen Mittelbewirtschaftung verbessern.

Weiterhin können die ORKB zur Wirksamkeit des Verwaltungshandelns durch dessen Kontrolle und Evaluierung sowie durch Aufdeckung von Mängeln in der Verwaltung und Kontrolle beitragen. Die ORKB haben durch das Aufzeigen von Risiken eine Schlüsselrolle bei der Korruptions- und Betrugsbekämpfung.

Das Hauptthema der für dieses Jahr geplanten vierten Fachkonferenz lautet: „Prüfung der Risiken in den Sektoren öffentliche Wirtschaft und öffentliche Einrichtungen, die dem Prüfungsmandat des albanischen Rechnungshofes unterliegen“.

Weitere Informationen sind erhältlich beim albanischen Rechnungshof

E-Mail: klsh@klsh.org.al
Website: www.klsh.org.al

Rechnungshof von Aserbaidschan setzt Strategischen Entwicklungsplan

Hauptziel des Plans ist der Aufbau der Sachkompetenzen

Der Rechnungshof der Republik Aserbaidschan hat seinen Strategischen Plan für den Zeitraum 2012-2014 umgesetzt.

Eines der Hauptziele dieses Plans ist der Aufbau der Sachkompetenzen. Damit kann der Rechnungshof sein Fachwissen in den Bereichen a) Wirtschaftlichkeitsprüfung, b) Prüfung der Rechnungsführung, c) rechtlicher Rahmen und fachliche Normen sowie d) Personalwirtschaft und Fortbildung verbessern.

So wurden zum weiteren Aufbau der Sachkompetenzen eine Prüfungsordnung, ein Leitfaden zur Wirtschaftlichkeitsprüfung und der Strategische Plan 2015-2016 für die Wirtschaftlichkeitsprüfung ausgearbeitet. Außerdem wurden auf zwei Gebieten von

öffentlichem Interesse gemäß der allgemein anerkannten Methodik Pilotprüfungen durchgeführt.

Bei der Prüfung der Rechnungsführung ging es um Verbesserungen des rechtlichen Rahmens gemäß den INTOSAI-Normen sowie die Erarbeitung des Leitfadens für die Prüfung der Rechnungsführung und die Durchführung von zwei IT-gestützten risikoorientierten Pilotprüfungen.

Zur Optimierung des rechtlichen Rahmens und der fachlichen Normen wurde in Anlehnung an internationale vorbildhafte Verfahren und Rechtsvorschriften der Entwurf des neuen Rechnungshofgesetzes erstellt und die ISSAI ins Aserbaidschanische übersetzt.

Zur Verbesserung der Personalwirtschaft und des Fortbildungswesens wurde eine Erhebung des Fortbildungsbedarfs durchgeführt, eine personalwirtschaftliche Strategie mit zugehörigem Durchführungsplan sowie die Fortbildungsstrategie und das Schulungsprogramm erarbeitet. Es wurden Seminare zu personalwirtschaftlichen Fragen und zur Erstellung eines Lehrplans veranstaltet sowie mehrstufige Fortbildungsveranstaltungen und Studienreisen organisiert, um von den Best Practices erfahrener ORKB zu profitieren.

Der Strategische Plan wurde im Rahmen des Projektes „Beratung zur Unterstützung des aserbaid-schanischen Rechnungshofes bei der Umsetzung seines strategischen Planes für 2012-2014“ umgesetzt. Dies wurde als Teil des Corporate and Public Sector Accountability Project durch die Schweiz

finanziert und von der Weltbank verwaltet. Die Ergebnisse wurden bei einer internationalen Konferenz den Interessenträgern vorgetragen und mit diesen erörtert.

Der aserbaid-schanische Rechnungshof würdigt die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung und der Ausgestaltung des Mandats des Rechnungshofes im System der öffentlichen Finanzwirtschaft. Im Februar 2015 legte der Rechnungshof diese Anliegen als Hauptziele des strategischen Entwicklungsplans für den Zeitraum 2015-2017 fest.

Weitere Informationen sind erhältlich beim aserbaid-schanischen Rechnungshof

**E-Mail: office@ach.gov.az; chairman@ach.gov.az
Website: www.ach.gov.az**

Ende der Amtszeit des Präsidenten des australischen Rechnungshofes

Die Amtszeit von Ian McPhee als Präsident des australischen Rechnungshofes ist am 10.3.15 abgelaufen. Er wird jedoch bis zur Ernennung seines Nachfolgers die Geschäfte weiterführen.

McPhee ist seit 44 Jahren im australischen öffentlichen Dienst tätig. 1971 trat er als Anwärter in den australischen Rechnungshof ein. Nach verschiedenen Tätigkeiten bei anderen Behörden – dazu gehörten auch das australische Statistikamt und das Finanzministerium – wurde er für die Amtszeit 1995-2003 zum Vizepräsidenten des Rechnungshofes ernannt.

Von 2003-2005 war er als Staatssekretär für den Bereich Haushaltswirtschaft wieder im Finanzministerium tätig, bevor er am 11.3.05 zum Präsidenten des Rechnungshofes ernannt wurde.

Andere von ihm bekleidete Ämter waren die des Vorsitzenden des OECD-Symposiums für die doppelte Rechnungslegung, eines Mitglieds des australischen Fachausschusses für Normen der Rechnungslegung und des australischen sowie internationalen Fachausschusses für Normen der Rechnungsprüfung.

In Anerkennung seiner Verdienste erhielt McPhee kürzlich den australischen Verdienstorden für herausragende Leistungen in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere in den Bereichen Haushaltskontrolle und Politikberatung, Leistungssteigerung des öffentlichen Sektors und Verbesserung der fachlichen Normen der Rechnungsprüfung. 2002 hatte er bereits die Verdienstmedaille des öffentlichen Dienstes für

herausragende Leistungen in der öffentlichen Rechnungslegung und -prüfung erhalten.

In den zehn Jahren seiner Amtszeit stand der australische Rechnungshof vor bedeutenden Aufgaben, die die ORKB seiner Ansicht nach durch „bessere Ergebnisse mittels sachgerechter Anwendung der risikoorientierten Prüfung, Nutzung der Technologie für die Erzielung von Effizienzgewinnen und wohlüberlegt eingegangene Partnerschaften (mit Wirtschaftsprüfungsgesellschaften)“ gut bewältigt hat.

Unter der Leitung von McPhee hat der australische Rechnungshof nicht nur einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung in Australien geleistet, sondern auch einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der öffentlichen Verwaltung im internationalen Bereich gelegt.

Er hat die Zusammenarbeit mit Kollegen aus dem Ausland zur Optimierung der staatlichen Finanzkontrolle gefördert und geschätzt sowie eine wesentliche Rolle beim Aufbau dauerhafter Partnerschaften zwischen dem australischen Rechnungshof und den Rechnungshöfen von Indonesien und Papua-Neuguinea gespielt.

Weitere Informationen sind erhältlich beim australischen Rechnungshof

**E-Mail: ian.mcphee@anao.gov.au
Website: www.anao.gov.au**

Rechnungshof von Bangladesch baut Sachkompetenzen auf

Rechnungshof von Bangladesch strebt internationale Kooperation und hohe Prüfungsqualität an

Um die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der öffentlichen Finanzwirtschaft zu stärken, können die ORKB und die Gebergemeinschaft zur Verbesserung der Qualitätssicherung der Finanzkontrolle zusammenarbeiten. Diese Kooperation ist ein Mittel zur Verwirklichung einer qualitativ hochwertigen Finanzberichterstattung und zuverlässiger Prüfungssysteme. Der Rechnungshof bemüht sich mit verschiedenen Aktivitäten nachhaltig um die Erreichung dieser Ziele.

Der Rechnungshof und seine weltweiten Beziehungen

Im Zuge seiner Bemühungen um die Erfüllung seines Leitbildes hat der Rechnungshof ein MoU mit den Rechnungshöfen Chinas, der Russischen Föderation, Kuwaits und der Philippinen unterzeichnet. Darin wurde Folgendes vereinbart:

- Austausch von Erfahrungen zur Verbesserung der Methodik der staatlichen Finanzkontrolle
- Zusammenarbeit bei der Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten und bei der Personalentwicklung
- Austausch von Informationen und Unterlagen zur Tätigkeit der beteiligten Rechnungshöfe
- Gemeinsame Forschungsprojekte und Prüfungen wie vereinbart und nach Maßgabe der in den beteiligten Staaten geltenden Rechtsvorschriften.

Internationale Seminare und Workshops

Zwecks Qualifizierung seines Personals arbeitet der Rechnungshof von Bangladesch proaktiv bei der Veranstaltung internationaler Seminare und Workshops mit. Er richtete vom 8.-12.12.14 in Dhaka den Workshop zum iCAT-Tool zur Beurteilung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit aus. Es nahmen daran 32 Vertreter der 13 Rechnungshöfe von Bangladesch, Bhutan, China, Indonesien, Kambodscha, Malaysia, Malediven, Mongolei, Myanmar, Nepal, Pakistan, der Philippinen und Thailand teil. Als Leitungsteam des Workshops fungierten sieben Referenten aus den fünf Rechnungshöfen von Bangladesch, Bhutan, Brasilien, Norwegen, der Philippinen und der EU (EuRH).

Im Rahmen des 3i-Programms haben die Rechnungshöfe eine Erklärung unterzeichnet, mit der sie sich zur Anwendung der iCATs und zur Erarbeitung von Durchführungskonzepten anhand der

iCAT-Ergebnisse verpflichten. Mit dem Workshop sollten die Rechnungshöfe bei der Umsetzung der iCATs und der ISSAI weiter unterstützt werden. Ziele des Workshops waren:

- Vorstellung der neuen Entwicklungen der ISSAI der Ebene 3 und deren Folgerungen für die Umsetzung der ISSAI bei den ISSAI-Multiplikatoren und ihren Rechnungshöfen;
- Rückmeldungen der Rechnungshöfe zur Anwendung der iCATs zu erhalten und die gemachten Erfahrungen zu dokumentieren;
- Auswertungen der Rückmeldungen von Experten und Mentoren zu den iCATs, sowie
- Erörterung der Nutzungsmöglichkeiten der iCAT-Ergebnisse für die Erarbeitung einer ISSAI-Umsetzungsstrategie.

Bei dem Workshop nahmen die Teams der ORKB die Prüfung und Überarbeitung der iCATs in Angriff. Am Ende des Workshops vereinbarten die Teams der ORKB, ihre überarbeiteten iCATs anhand der Diskussionsergebnisse und der Rückmeldungen der Mentoren fertigzustellen.

Multilaterale Geberzusammenarbeit

Der Rechnungshof von Bangladesch organisiert das Projekt für die IT-gestützte Verbesserung der öffentlichen Mittelverwaltung (SPEMP-B). Es handelt sich um ein von mehreren Gebern unter Federführung der Weltbank finanziertes Projekt zum Aufbau von Sachkompetenzen. Der Schwerpunkt des Projektes liegt auf der organisatorischen Stärkung, Verbesserung der Prüfungsqualität und Stärkung der institutionellen Schuleinheit des Rechnungshofes von Bangladesch, der Akademie für Finanzwirtschaft. Als Teil des Programms für den Aufbau von Sachkompetenzen und für die Personalentwicklung hat an der Akademie bereits ein Kurs zur internationalen öffentlichen Haushaltswirtschaft (IPFM) begonnen. Dieser wird in Zusammenarbeit mit dem britischen Institut für öffentliches Finanz- und Rechnungswesen (CIPFA) durchgeführt. Der Abschluss dieses Kurses stellt eine hoch angesehene Qualifikation für alle Fachleute im Finanzbereich dar. Zur Stärkung der institutionellen Sachkompetenzen des Rechnungshofes von Bangladesch und zur Erreichung eines international gleichwertigen fachlichen Niveaus haben der Rechnungshof und CIPFA ein MoU unterzeichnet. Bislang sind bedeutende Fortschritte gemacht worden. So sind insgesamt 258 Teilnehmer für den

CIPFA-Zertifikatslehrgang eingeschrieben, und weitere haben sich für den Anfänger- und den Fortgeschrittenenkurs angemeldet. Bis jetzt haben 87 Beamte den Zertifikatslehrgang und weitere 14 Beamte den Anfängerkurs erfolgreich abgeschlossen und sind jetzt für den Fortgeschrittenenkurs eingeschrieben. Dies ist ein Fortschritt bei der fachlichen Qualifizierung.

Personalwirtschaft

Der Rechnungshof von Bangladesch erarbeitet ein umfassendes Konzept zur Verbesserung der fachlichen Personalqualifikation. Dabei wird er von nationalen und internationalen Experten unterstützt. Die Beratungsfirmen für das Projekt SPEMP-B haben bereits zwei Berichte zu folgenden Themen vorgelegt:

- Personalwirtschaftskonzept
- Fortbildungskonzept

Das Personalwirtschaftskonzept soll den Ist-Stand darstellen und die Empfehlungen für künftige Maßnahmen enthalten. Beide Konzepte werden gemäß

dem aktuellen strategischen Plan 2013-2018 des Rechnungshofes von Bangladesch erstellt. Sie enthalten die Ziele der Personalwirtschaft und der Fortbildung für eine verbesserte Prüfungsqualität und werden derzeit umgesetzt.

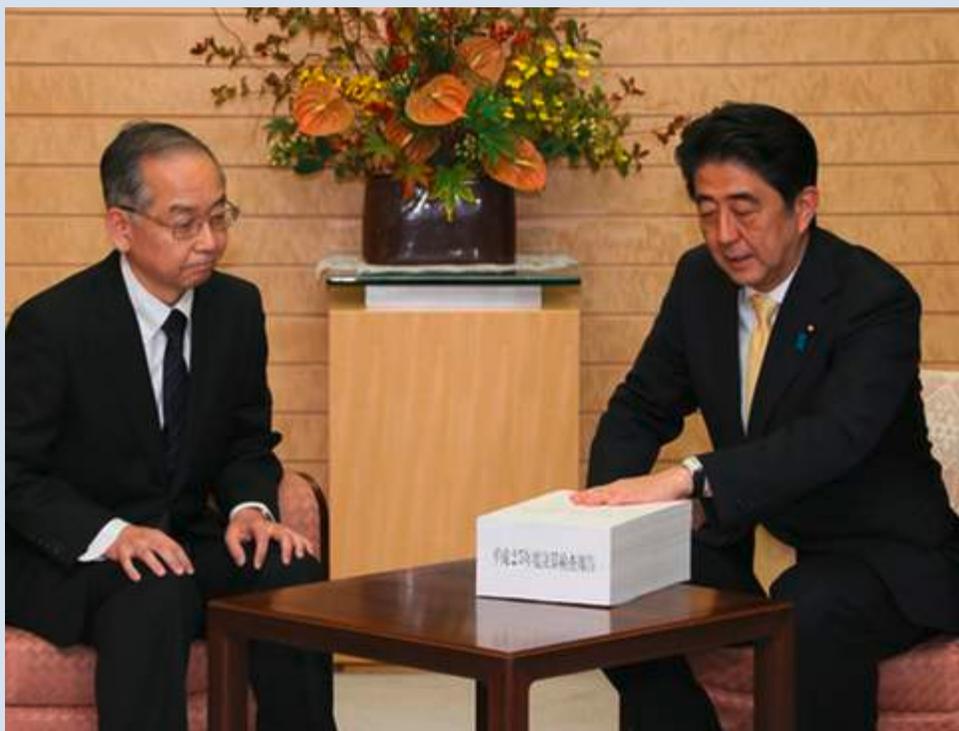
Automatisierung der Prüfung mit Hilfe eigener Software

Der Rechnungshof von Bangladesch räumt dem Aufbau der IT-gestützten Prüfung besondere Priorität ein. Es wird deshalb zurzeit die Softwareanwendung Audit Monitoring and Management System (AMMS) umgesetzt. Bei AMMS handelt es sich um eine maßgeschneiderte Datenbankanwendung zur besseren Planung, Überwachung der zahlreichen Prüfungsfeststellungen und deren Umsetzung.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof von Bangladesch

E-Mail: international@cagbd.org
Website: www.cagbd.org

Japanischer Rechnungshof veröffentlicht Jahresprüfungsbericht



Der Präsident des japanischen Rechnungshofes, Teruhiko Kawato, links, und der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe.

Quelle: Amtliche Website des japanischen Ministerpräsidenten und seines Kabinetts



Am 7.11.14 hat der Präsident des japanischen Rechnungshofes, Teruhiko Kawato, dem Ministerpräsidenten Shinzo Abe den Jahresprüfungsbericht für das Jahr 2013 vorgelegt.

Der Bericht enthält die Prüfungsergebnisse aus 2013/2014 zur staatlichen Haushaltsrechnung und der Einrichtungen der mittelbaren Staatsverwaltung für das Haushaltsjahr 2013.

Das Kabinett legte den Bericht zusammen mit der geprüften staatlichen Haushaltsrechnung dem Parlament vor.

Durch zeitnahe und flexible Prüfungen untersucht der Rechnungshof Angelegenheiten, die im Parlament beraten werden oder von hohem öffentlichem bzw. Medieninteresse sind. In seinem neuesten Jahresbericht befasst sich der Rechnungshof unter anderem mit,

- Wiederaufbau nach dem großen Erdbeben in Ostjapan
- Einkommenssicherung
- ordnungs- und sachgemäßes System- und Projektmanagement
- Ordnungsmäßigkeit des Haushaltsvollzugs und der Rechnungsführung

- Bewirtschaftung von Vermögen, Sach- und Geldmitteln
- wirtschaftlicher und wirksamer Mitteleinsatz
- soziale Sicherheit
- Umweltschutz

Der Rechnungshof kann das Parlament und das Kabinett auch vor Fertigstellung des Jahresprüfungsberichts jederzeit über Stellungnahmen, geforderte Maßnahmen und Angelegenheiten von besonderer Bedeutung unterrichten. Im Berichtsjahr 2013/2014 ist dies in acht Fällen geschehen. Außerdem kann das Parlament den Rechnungshof ersuchen, bestimmte Sachverhalte zu prüfen und über die Ergebnisse zu berichten.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof von Japan

E-Mail: liaison@jbaudit.go.jp
Website: www.jbaudit.go.jp/english/

Rechnungshof von Kuwait

Der Rechnungshof von Kuwait hat sich in den letzten Monaten im internationalen Bereich wie folgt betätigt:

Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit dem niederländischen Rechnungshof richtete der kuwaitische Rechnungshof (26./27.1.15) eine Fortbildung zum Thema „offene Daten / offene Ausgaben“ aus. Außerdem nahm der Rechnungshof (10.-13.2.15) in Malaysia an der XIII. Versammlung der ASOSAI und dem 6. ASOSAI Symposium zum Thema „Technologische Weiterentwicklung zur Stärkung der Prüfungsqualität und -wirksamkeit“ teil. .

Am 23.-25.2.15 beteiligte sich der kuwaitische Rechnungshof auch an der 5. Sitzung der

ARABOSAI-Arbeitsgruppe zur strategischen Planung.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem mongolischen Rechnungshof hat der kuwaitische Rechnungshof die 6. Schulung zum Thema „Prüfung der mineralgewinnenden Industrie“ (15.-19.3.15) geplant. Vorgesehen ist auch die Teilnahme an der 51. Vorstandssitzung der ARABOSAI in Tunis (23.-25.3.15).

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof von Kuwait

E-Mail: president@sabq8.org; training@sabq8.org
Website: www.sabq8.org

Lettischer Rechnungshof strebt weitere Reformen an

2014 hat der lettische Rechnungshof seine Reformanstrengungen fortgesetzt und im Zuge der konsequenten Umsetzung seiner Strategie

viele Verbesserungen zur Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der öffentlichen Mittelverwendung, zur Erhöhung der Transparenz

im öffentlichen Sektor und zur Ermittlung der Verantwortlichen für die Verschwendung öffentlicher Mittel eingeführt.

Im Rechnungshof wurde eine neue Abteilung eingerichtet, in der Fachleute Prüfungen zu aktuell im öffentlichen Interesse stehenden Angelegenheiten durchführen. Im letzten Jahr wurde die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr von Riga geprüft, wobei erhebliche Unregelmäßigkeiten und Verstöße festgestellt wurden. Diese Ergebnisse standen viele Monate lang im Zentrum des Interesses der lettischen Medien und der Öffentlichkeit. Dies wurde durch den Beschluss des Stadtrats von Riga, die Fahrpreise noch weiter zu erhöhen, noch gesteigert.

Auch Prüfungen der Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Kommunalausgaben sind auf reges Interesse bei Medien und Öffentlichkeit gestoßen. Der Arbeitsplan des Rechnungshofes sieht vor, dass jede der 119 lettischen Kommunen innerhalb von drei Jahren mindestens einmal geprüft wird.

Zwar hat dies zu großer Unruhe in den Kommunen und bei deren Spitzenverband geführt, jedoch ist der Rechnungshof aufgrund des gestiegenen öffentlichen Interesses und der Zunahme von Bürgerbeschwerden wegen des Missbrauchs öffentlicher Mittel in Städten bzw. Gemeinden von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugt. Der Rechnungshof widmet den Kommunalausgaben besondere Aufmerksamkeit, weil er Fälle einer rechtswidrigen Nutzung öffentlicher Mittel festgestellt hat. So wurden u. a. Gelder kommunaler Unternehmen für private Zwecke verwendet.

Die Zusammenarbeit des Rechnungshofes mit den Strafverfolgungsbehörden ist erfolgreicher geworden und es wird auf Prüfungsergebnisse schneller reagiert. Beleg für die Bedeutung dieser Zusammenarbeit ist die Tatsache, dass der Generalstaatsanwalt bei seiner Ansprache an die Jahreskonferenz der Staatsanwälte auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, die aufgrund von Prüfungsfeststellungen des Rechnungshofes eingeleiteten Strafverfahren stärker voranzutreiben. Die Strafverfolgungsbehörden sind über Verstöße

unterrichtet worden, die bei 13 Prüfungen im Jahr 2014 festgestellt wurden.

So wurde auch ein neues Instrument eingeführt, um Täter wirksamer zur Verantwortung ziehen zu können. Die vom Rechnungshof vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes über die Verhütung von Verschwendung öffentlicher Mittel und Vermögenswerte sind in Kraft getreten, wodurch eine geprüfte Stelle oder deren vorgesetzte Stelle verpflichtet ist, den Rechnungshof innerhalb von fünf Monaten nach Verabschiedung des Prüfungsberichts über die Ergebnisse einer Untersuchung gegen die für die Verschwendung öffentlicher Mittel Verantwortlichen zu unterrichten. Die Zahl der Fälle, in denen die Prüfungsergebnisse nicht aufgegriffen werden, dürfte dadurch sinken.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine wirksame Finanzkontrolle ist eine gut informierte Gesellschaft. Deshalb bemüht sich der Rechnungshof, die Öffentlichkeit durch Nutzung neuer Kommunikationsinstrumente zu erreichen. Er erstellt Videos zu Prüfungsergebnissen. Auf seiner Website unterrichtet er nicht nur über abgeschlossene, sondern auch laufende und geplante Prüfungen, den Stand bei der Umsetzung von Prüfungsempfehlungen und deren finanzielle Auswirkungen sowie strafrechtliche Ermittlungen. Er nutzt sowohl die Website als auch die sozialen Netzwerke dazu, die Öffentlichkeit um die Mitteilung von Problemen und Informationen zu bitten, die für die Prüfungstätigkeit hilfreich sein können. Bei seinen regionalen Diskussionsveranstaltungen erörtert er auch aktuelle Themen und beantwortet Bürgerfragen.

Der Präsident des lettischen Rechnungshofes ist überzeugt, dass der Rechnungshof durch professionelle und nachhaltige Arbeit seine Wirtschaftlichkeit in der öffentlichen Verwaltung erhöhen und das für 2017 gesetzte Ziel erreichen kann, wenn künftig für jeden Euro aus dem Rechnungshofhaushalt fünf Euro im Staatshaushalt eingespart werden.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof von Lettland

**E-Mail: lrvk@lrvk.gov.lv
Website: www.lrvk.gov.lv**

Rechnungshof von Litauen

Peer Review des Rechnungshofes im Jahr 2014

Im November 2014 wurde die Fachbegutachtung zur Leistung des litauischen Rechnungshofes abgeschlossen. Durchgeführt wurde sie vom norwegischen und finnischen Rechnungshof unter Federführung des Europäischen Rechnungshofes. Ihr Hauptziel bestand in der Feststellung, inwieweit die Prüfungspraxis des litauischen Rechnungshofes mit den ISSAI im Einklang steht.

Untersucht wurden die Kernprozesse der Prüfung der Rechnungsführung (Ordnungsmäßigkeit) und der Wirtschaftlichkeitsprüfung, die Auswahl der Prüfungsthemen sowie Planung, Durchführung und Qualitätskontrolle der Prüfungen, Zusammenarbeit mit den geprüften Stellen, Erstellung der Prüfungsberichte, Nachverfolgung sowie die Beziehungen des Rechnungshofes zum Parlament.

Im Bericht wurde insgesamt betont, dass die Prüfungspraxis des litauischen Rechnungshofes nach Maßgabe der ISSAI erfolgt.

Insbesondere wurde hervorgehoben, dass die Kommunikation des Rechnungshofes mit Interessenträgern, Qualitätskontrolle, Berichtsverfahren und Prüfungsdokumentationssystem vorbildlich ist.

In dem den Bediensteten des Rechnungshofes und dem Rechnungsprüfungsausschuss des Parlamentes zugeleiteten Bericht wurde festgestellt, dass der Rechnungshof angemessene Sachkompetenzen für die Wahrnehmung der Prüfungsaufgaben besitzt: das Prüfungspersonal verfügt über breitgefächerte Erfahrungen und Qualifikationen und kann in unterschiedlichen Prüfungsbereichen eingesetzt werden.

Die Gutachter hoben ebenfalls die konstruktive Zusammenarbeit mit den geprüften Stellen hervor. Die Prüfer diskutieren die Prüfungskriterien systematisch mit den geprüften Stellen und berücksichtigen bei der Berichterstattung die von den geprüften Stellen als Reaktion auf die Prüfungsempfehlungen geplanten Maßnahmen.

Aus dem Bericht ergibt sich ein konstruktives Verhältnis des Rechnungshofes zum Parlament, das den Rechnungshof als ein modernes Organ der Finanzkontrolle respektiert.

Insbesondere der Rechnungsprüfungsausschuss sieht den Rechnungshof aufgrund seiner qualitativ hochwertigen Berichte und Empfehlungen als wesentlichen Partner bei den Bemühungen zur Verbesserung der Haushaltsführung und Rechenschaftslegung.

Ein anderer positiv bewerteter Bereich ist das System zur Dokumentation, Überprüfung und Überwachung der Prüfungstätigkeit. Weiterhin stellten die Gutachter fest, dass die Berichte des litauischen Rechnungshofes gut gegliedert, von angemessener Länge und in einer klaren Sprache abgefasst sind, wobei ein Schwerpunkt auf der Abgabe relevanter und praktischer Empfehlungen liegt. Insbesondere erwähnt wurde der zügige Abschluss der Prüfungen, wodurch der Rechnungshof auf Bedürfnisse der Interessenträger zeitnah eingehen und aktuelle Prüfungsberichte erstellen kann.

Zudem nennt der Bericht Verbesserungsmöglichkeiten und gibt wertvolle Empfehlungen für die weitere Leistungssteigerung.

Der vollständige Text des Peer-Review-Berichts aus 2014 steht auf der amtlichen Website des litauischen Rechnungshofes zur Verfügung unter: http://www.vkontrolė.lt/en/docs/NAOL_peer_reviewEN.pdf.

Der litauische Rechnungshof überwacht künftig die Fiskalpolitik

FNach Einführung des Euro und dem Inkrafttreten des litauischen Verfassungsgesetzes zur Umsetzung des Fiskalpaktes am 1.1.15 hat der litauische Rechnungshof das Mandat einer unabhängigen finanzpolitischen Institution.

Nach Novellierung des Rechnungshofgesetzes wurde beim Rechnungshof eine Abteilung für die Überwachung der Haushaltspolitik eingerichtet.

Im Rahmen seiner neuen Aufgabe wird der Rechnungshof künftig die Einhaltung der für die Mitglieder der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion geltenden Regeln zur Haushaltsdisziplin und der im Gesetz festgelegten Ziele in Litauen überwachen.

Vor Verabschiedung des Verfassungsgesetzes zur Umsetzung des Fiskalpaktes hat der Rechnungshof den Haushaltsplanentwurf geprüft, bevor dieser dem Parlament zugeleitet wurde.

Der Rechnungshof prüft nun den Haushaltsplanentwurf in jeder Phase seiner Erstellung und überwacht die Erreichung nicht nur der für das Haushaltsjahr festgelegten, sondern auch der mittelfristigen Ziele zur Erreichung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen.

Als Teil seiner Überwachung der Haushaltspolitik gibt der Rechnungshof Stellungnahmen zu folgenden Angelegenheiten ab:

- Billigung der Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,
- Erfüllung der Voraussetzungen für das derzeitige bzw. zu erwartende Vorliegen außergewöhnlicher Umstände,
- Erreichung der von der Regierung gesetzten und vom Parlament gebilligten Ziele für die strukturelle Haushaltsstabilisierung und

Einhaltung der Richtlinien für die Maßnahme zur Erreichung dieser Ziele gemäß den Bestimmungen des Verfassungsgesetzes zur Umsetzung des Fiskalpaktes,

- Ziel für die strukturelle Haushaltsstabilisierung gemäß dem Haushaltsplanentwurf für das einzelne Haushaltsjahr und Notwendigkeit weiterer finanzpolitischer Maßnahmen.

Die entsprechenden Stellungnahmen wird der Rechnungshof dem Parlament und der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Damit wird der Rechnungshof dazu beitragen, dass Litauen eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik zur Erreichung nachhaltigen Wirtschaftswachstums und stabiler öffentlicher Finanzen sowie zur Vermeidung einer Schuldenkrise durchführen kann.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof von Litauen

E-Mail: nao@vkontrolė.lt
Website: www.vkontrolė.lt

Neuer Präsident des Rechnungshofes der Malediven

Am 24.11.14 wurde Hassan Ziyath zum Präsidenten des Rechnungshofes der Malediven ernannt. Er wurde vom Staatspräsidenten nominiert und vom Parlament bestätigt.

Ziyath hat erklärt, der maledivische Rechnungshof als Mitglied von ASOSAI sei weiterhin bestrebt, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der ASOSAI und mit den Rechnungshöfen der übrigen

Regionalorganisationen der INTOSAI auszubauen und zu stärken.

Ziyath ist der Nachfolger von Niyaz Ibrahim.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof der Malediven

E-Mail: info@audit.gov.mv
Website: www.audit.gov.mv



Ein ereignisreiches Jahr für den Rechnungshof von Malta

von Charles Deguara
Vizepräsident des maltesischen Rechnungshofes

„Als autonome, unabhängige und nicht politische Fachorganisation hat die INTOSAI, die im vorigen Jahr ihr 60-jähriges Bestehen feierte, dadurch gute Regierungsführung gefördert, dass sie die ORKB in die Lage versetzt hat, ihre Regierungen bei der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Transparenz, der Gewährleistung der Rechenschaftspflicht, Wahrung der Glaubwürdigkeit, Korruptionsbekämpfung, Förderung des Vertrauens der Öffentlichkeit und Schutz der Interessen ihrer Bürger zu unterstützen.“

—Präambel zur Deklaration von Peking, Oktober 2013

Diese Erklärung beschreibt kurz und sehr prägnant die wesentliche Aufgabe und Verantwortlichkeit jedes Rechnungshofes. Sie lässt keinen Zweifel über die grundlegende Rolle des maltesischen Rechnungshofes bei der Gewährleistung einer optimalen Verwendung öffentlicher Mittel im Einklang mit den geltenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen.

Zweifellos war das Jahr 2014 für den Rechnungshof äußerst ereignisreich. Neben der üblichen Veröffentlichung einer erheblichen Anzahl von Prüfungsberichten zur öffentlichen Verwaltung hat der Rechnungshof auch verschiedene Veranstaltungen zum 200. Jahrestag seiner Gründung organisiert.

Etwa im Oktober 1814 erkannte der britische Generalgouverneur Thomas Maitland die Notwendigkeit der Einrichtung eines Rechnungshofes, um verschiedene Mängel in der maltesischen Verwaltung, wie nachlässige Rechnungslegung und unzureichende Finanzinformationen, abzustellen.

Sicher überrascht es nicht, dass die Bedeutung einer aktiven und wirksamen Finanzkontrolle bei zwei verschiedenen Veranstaltungen hervorgehoben wurde, die der maltesische Rechnungshof zu diesem Jubiläum veranstaltete. Während der Einführungsrede zu der im März 2014 vom maltesischen Rechnungshof ausgerichteten XXII. Konferenz der Leiter der Rechnungshöfe des Commonwealth, an der 87 Leiter von Rechnungshöfen und andere leitende Beamte aus 35 Commonwealth-Ländern teilnahmen, erkannte der damalige Präsident der Republik Malta, S. E. Dr. George Abela, an, „dass der Rechnungshof einer der bei weitem wichtigsten Pfeiler der gesunden Demokratie in jedem Land [ist] und Malta dabei keine Ausnahme bildet“.

Ebenso würdigte die Präsidentin von Malta, I. E. Marie-Louise Coleira Preca, bei ihrem ersten offiziellen Besuch das Engagement und den Einsatz der Bediensteten des Rechnungshofes und sagte – wie ihre Vorgänger – diesem ihre Unterstützung zu, damit er seine Kontrollaufgabe zum Nutzen der maltesischen Gesellschaft weiter wahrnehmen könne.

Ähnlich äußerte sich der Präsident des Abgeordnetenhauses Angelo Farrugia, der in seiner Ansprache seine aktive Unterstützung für den Rechnungshof bei der Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Aufgabe betonte. Sowohl der Rechnungshofleiter als auch sein Stellvertreter sind unmittelbar dem Parlamentspräsidenten unterstellt, so dass diese Unterstützung von besonderer Bedeutung ist.

Zu dem hohen Maß an Glaubwürdigkeit, das der Rechnungshof in der maltesischen Gesellschaft genießt, trägt wesentlich der Umstand bei, dass der Rechnungshof bei seiner Aufgabenerfüllung gegenüber allen politischen Parteien und allen anderen Interessengruppen seine völlige Unabhängigkeit wahrt.

Schließlich gilt, wie der derzeitige Rechnungshofleiter Anthony C. Mifsud in einem Interview mit einer örtlichen Tageszeitung feststellte, „dass die Prüfer ihre Objektivität wahren und sachlich berichten.“ Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass die Unabhängigkeit in der Verfassung verankert ist, sondern noch mehr darauf, dass aufeinanderfolgende Regierungen diese wesentliche Voraussetzung für eine wirksame und relevante Finanzkontrolle, die ihr Mandat ohne Eingriffe von außen oder Hindernisse ausüben kann, respektiert haben.

Dieser für jede ORKB entscheidende Aspekt wird in den INTOSAI-Deklarationen von Lima (1977) und Mexiko (2007) entsprechend betont.

Es besteht allgemeines Einvernehmen darüber, dass die Feier solcher bedeutenden Jubiläen wünschenswert ist; jedoch gilt ebenfalls, dass solche Anlässe auch dazu dienen sollten, sich Gedanken über die Zukunft der betreffenden Institution zu machen, insbesondere durch die Erarbeitung eines klaren Leitbildes, das die rechtzeitige Erreichung ihrer Ziele ermöglicht und fördert. Hier gelten die Worte des großen amerikanischen Präsidenten Thomas

Jefferson: „Mir sind die Träume über die Zukunft lieber als die Geschichte der Vergangenheit.“

Eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben ist die Gewährleistung einer zuverlässigen Finanzkontrolle. Nur wenn es dem Rechnungshof gelingt, hohe Ansprüche zu erfüllen bei den Prüfungs- und sonstigen Tätigkeiten für das Parlament, dem der Rechnungshof zur Sicherung der Haushaltskontrolle berichtet, sowie gegenüber der Öffentlichkeit, sind die im Eingangszitat zu diesem Artikel genannten Ziele zu erreichen.

Grundsätzlich ist es dabei notwendig, dass die ausgewählten Prüfungsthemen zur Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit des Verwaltungshandelns beitragen und damit die Leistungen für den Bürger verbessern. Nur so trägt er zu Recht den Titel: „Wächter der öffentlichen Finanzen“.

Weitere Informationen sind erhältlich
beim Rechnungshof von Malta

E-Mail: nao.malta.gov.mt
Website: www.nao.gov.mt

Myanmar richtet Workshops des Wirtschaftsprüferverbands von England und Wales (ICAEW) aus

Mit Unterstützung des Wirtschaftsprüferverbands von England und Wales (ICAEW) fand am 10./11.2.15 beim Rechnungshof von Myanmar in Naypyitaw ein zweitägiger Workshop zu den Inhalten des fachlichen Qualifizierungsworkshops von Myanmar statt.

Den Vorsitz führte der Leiter der Abteilung Verwaltung, Fortbildung und Forschung des Rechnungshofes von Myanmar. Zwei der 25 Teilnehmer kamen vom myanmarischen Wirtschaftsprüferverband und drei von der Wirtschaftshochschule Yangon.

Weitere Teilnehmer waren der Leiter des Bereichs „Internationaler Ausbau von Sachkompetenzen“, Dr. Mark Campbell, und die beiden Fachberater Mike Turner und Stephen Lamdin vom ICAEW.

Die Teilnehmer überprüften und verabschiedeten den ausführlichen Lehrplan für die neue Fachqualifikation.

Am 17. und 18.2.15 wurde beim myanmarischen Rechnungshof ein „Train the Trainer“-Workshop abgehalten. 14 Teilnehmer kamen vom Rechnungshof und sieben aus verschiedenen Ministerien. Themen waren unter anderem die Grundsätze einer



wirksamen Schulung, die Planung einer Schulungseinheit, Übungen zur Verbesserung des schriftlichen Ausdrucks als Vorbereitung für eine wichtige Prüfung, praktische Schulung und Präsentationstechniken. Dozent des zweitägigen Workshops war der Fachberater vom ICAEW, Turner.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof von Myanmar

E-Mail: AUDITORGGENERAL@mptmail.net.mm;
oagmac@gmail.com
Website: www.oagmac.gov.mm

Rechnungshof von Neuseeland: Maßnahmen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit

Rechnungshöfe haben einen vollständigen Überblick über den gesamten öffentlichen Sektor.

So besitzt der neuseeländische Rechnungshof eine themenorientierte mehrjährige Arbeitsplanung. Themenbeispiele sind: Vorbereitung auf künftigen Bedarf, Erbringung öffentlicher Leistungen, Governance und Rechenschaftslegung sowie Investitionen und Vermögensmanagement.

Für jedes Thema im Arbeitsplan wird ein Übersichtsbericht an das Parlament erstellt, in dem Prüfungsfeststellungen und -erkenntnisse zusammengefasst sind.

Im ersten Bericht „Überlegungen aufgrund von Prüfungserfahrungen: Ist der öffentliche Sektor bereit für künftige Aufgaben?“ hat sich der Rechnungshof auf Arbeitsergebnisse aus den Jahren 2012 bis 2013 gestützt, um zu klären, wie gut sich der öffentliche Sektor auf die Zukunft vorbereitet. Erfreulicherweise fand der Bericht in breiten Teilen der Öffentlichkeit Anklang.

Diese Übersichtsberichte zielen auf die Information der Öffentlichkeit ab. Damit kann der Rechnungshof auf komplexe Fachinformationen verzichten, die im Allgemeinen bei Jahresabschluss- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen benötigt werden. Es wird eine kurze, leicht verständliche Zusammenfassung der Prüfungsfeststellungen mit erläuternden Überschriften, die den Inhalt des Volltexts schon erkennen lassen, verfasst. Um zu testen, ob die Überschriften den wesentlichen Sachverhalt erfassen, wird die gleiche Gliederung als Grundlage für Vorträge und öffentliche Diskussionen verwendet.

Die Erstellung eines Berichts ist jedoch nur der Ausgangspunkt für die Behandlung der Prüfungsübersicht. Mit der Zeit sollen, gestützt auf die Erfahrungen mit der Erstellung von Übersichtsberichten, neue Kommunikationskanäle mit der Öffentlichkeit erschlossen

werden, wie z. B. soziale Medien und Bürgerinitiativen. Die Feststellungen und unsere Sachverhaltsdarstellungen über den öffentlichen Sektor werden mit anderen Themen verknüpft, die für die Adressaten von besonderem Interesse sind. Dies trägt dazu bei, dass die Prüfungstätigkeit lebendig wird und für die jeweilige Zielgruppe von Bedeutung ist.

Ein zusätzlicher Vorteil dieses themenorientierten Ansatzes bei der Ankündigung der Prüfungsthemen für die kommenden Jahre besteht darin, dass viele öffentliche Stellen sich bereits um Verbesserungen bemühen und die betroffenen Bereiche stärken, ohne die ausführliche Prüfung abzuwarten.

Die größten Schwierigkeiten bei der Erstellung eines Übersichtsberichts sind das geforderte hohe Maß an Vereinfachung und der Anspruch an das prüferische Ermessen. Zunächst kommen die Feststellungen und Empfehlungen aus allen einschlägigen Prüfungen der ORKB.

Das Leitungsteam des neuseeländischen Rechnungshofes identifiziert sich mit den gesetzten Schwerpunkten und macht sich diese zu eigen. Die Erstellung jedes Übersichtsberichts erfolgt im Rotationsverfahren der einzelnen Mitglieder, mit fachlicher Unterstützung des gesamten Leitungsteams und im Einvernehmen mit dem Leiter der ORKB.

Der nächste Bericht befasst sich mit der Erbringung öffentlicher Leistungen bzw. mit dessen Qualität für die Bürgerinnen und Bürger Neuseelands.

Weitere Informationen sind erhältlich beim Rechnungshof von Neuseeland

E-Mail: reports@oag.govt.nz
Website: www.oag.govt.nz

Rechnungshof von Rumänien empfängt den Präsidenten des italienischen Rechnungshofes

Offizieller Besuch des Präsidenten des italienischen Rechnungshofes beim rumänischen Rechnungshof



Der Präsident des italienischen Rechnungshofes, Raffaele Squitieri, besucht den rumänischen Rechnungshof vom 17.–20.1.15.

Der offizielle Besuch des Präsidenten des italienischen Rechnungshofes, Raffaele Squitieri, beim rumänischen Rechnungshof fand vom 17.–20.1.15 statt. Gastgeber war der Präsident des rumänischen Rechnungshofes, Nicolae Vacaroiu.

Der italienischen Delegation gehörten Präsident Squitieri sowie der Leiter des Referates Internationale Beziehungen und Verbindungsbeamter, Giovanni Coppola, an.

Beim offiziellen Treffen wurden die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Rechnungshöfen und die Tatsache betont, dass die rumänisch-italienischen Beziehungen durch eine von beiden Außenministern am 9.1.08 unterzeichnete Vereinbarung in eine verstärkte strategische Partnerschaft überführt wurden.

Beim Besuch der italienischen Delegation in Rumänien fand auch ein Treffen mit dem Vorsitzenden der rumänischen Abgeordnetenkammer, Valeriu Zgonea, statt. Die fruchtbaren bilateralen Beziehungen der beiden Länder und die Zusammenarbeit zwischen den

beiden Parlamenten und Rechnungshöfen wurden bei dieser Gelegenheit hervorgehoben.

Öffentlicher Jahresbericht

Der rumänische Rechnungshof hat kürzlich seinen Jahresbericht für 2013 veröffentlicht. Sechs Kapitel des Berichts befassen sich mit den wichtigsten Feststellungen aus den 2014 durchgeführten Prüfungen der Rechnungsführung und der Ordnungsmäßigkeit sowie mit den aufgrund der Wirtschaftlichkeitsprüfungen formulierten Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Außerdem enthält er ein eigenes Kapitel zur Bewertung des internen Kontrollsystems und ein Kapitel zur Prüfung von EU-Mitteln.

Der Jahresbericht ist dem Parlament vorgelegt und den Medien zur Verfügung gestellt worden. Der Bericht fand sowohl bei den Parlamentsabgeordneten als auch bei den Steuerzahlern großen Anklang. Außerdem wurde über die Feststellungen in Presse, Fernsehen und Online berichtet. »

Gemäß den Vorgaben von ISSAI 20 und 21 – Grundsätze der Transparenz und Rechenschaftspflicht – hat der rumänische Rechnungshof seinen Tätigkeitsbericht 2014 veröffentlicht. Dieser enthält Daten und Informationen zur Organisation des Rechnungshofes, zur Prüfungstätigkeit und Arbeitsergebnissen, zu seinen internationalen Aktivitäten sowie zu den personellen und finanziellen Mitteln (2014).

Der Tätigkeitsbericht beschreibt die Bemühungen der ORKB, um die Optimierung unserer Organisation

sowie die wirksame Nutzung und Verwaltung staatlicher Haushaltsmittel und des öffentlichen Sektors. Dabei wurde im Zuge der Umsetzung der Strategie für die institutionelle Entwicklung größeres Gewicht auf Wirtschaftlichkeitsprüfungen gelegt.

Weitere Informationen sind erhältlich beim rumänischen Rechnungshof

E-Mail: rei@rcc.ro

Website: www.rcc.ro

Neue Leiter der Finanzkontrolle von Thailand

Am 25.9.14 hat der König Professor Chaisit Trachotham Herrn Pisit Leelavachiropas und sechs weitere in die Ämter des Vorsitzenden der staatlichen Prüfungskommission, des Leiters sowie von Mitgliedern der thailändischen ORKB berufen.

Gemäß dem Gesetz über die staatliche Finanzkontrolle von 1999 hat die ORKB Befugnisse und Aufgaben im Zusammenhang mit der Formulierung von Prüfungsgrundsätzen. Der Leiter ist für die

Wahrnehmung der Aufgaben des Rechnungshofes verantwortlich und dem Vorsitzenden der staatlichen Prüfungskommission unmittelbar unterstellt.

For more information contact the OAG Thailand

Email: int_rela@oag.go.th

Website: www.oag.go.th

US-Rechnungshof gibt überarbeitete Normen der internen Kontrolle heraus

Von der Referentin für internationale Beziehungen, Kristie Conserve, und der stellvertretenden Direktorin Grundsatzfragen Haushaltswesen, Kristin Kociolek Rechnungshof der Vereinigten Staaten

IN EINER ZEIT des ständigen Wandels, steigender Anforderungen, Risiken und neuer Prioritäten suchen staatliche Stellen und ORKB ständig nach Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Leistung. Mittels eines wirksamen Systems der internen Kontrolle können ORKB ihre Ziele wirtschaftlicher und wirksamer erreichen.

Interne Kontrolle – ein organisatorischer Prozess, der eine Behörde bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützt – ist für ORKB weltweit von großem Interesse. Die ORKB können bei der Setzung von Normen für die interne Kontrolle eine Schlüsselrolle spielen. Der Rechnungshof der Vereinigten Staaten (GAO) veröffentlicht Normen für die interne Kontrolle (sog. „Grünbuch“) in der US-Bundesverwaltung. Da die letzte Veröffentlichung des Grünbuchs 1999 erfolgte, bestand die Notwendigkeit einer Aktualisierung zur Anpassung des Regelwerks an verschiedene Veränderungen des Verwaltungshandelns.

Was ist das Grünbuch?

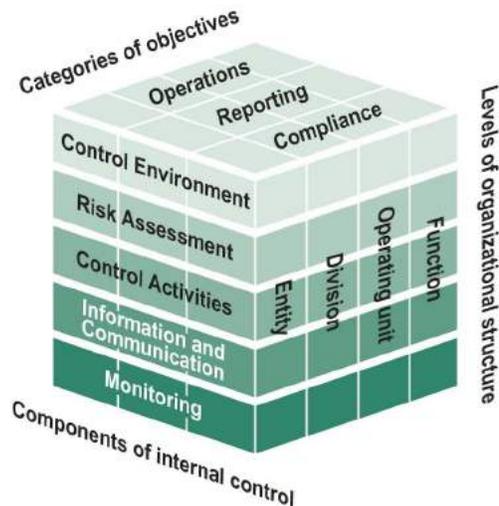
Bei internen Kontrollen handelt es sich um die Pläne, Methoden, Grundsätze und Verfahren, die Behörden zur Sicherstellung der Erreichung ihrer Ziele nutzen. Diese Ziele lassen sich grob in drei Kategorien unterteilen: Aufgabenerfüllung, Berichterstattung und Einhaltung aller geltenden Vorschriften. Mit Hilfe der internen Kontrolle kann die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Aufgabenwahrnehmung verbessert werden, zuverlässige Informationen über ihre Tätigkeit sowie die Einhaltung der geltenden gesetzlichen und sonstigen Vorschriften liefern.

Das Grünbuch des US-Rechnungshofes legt die Normen für die interne Kontrolle in der US-Bundesverwaltung fest. Es liefert einen Rahmen für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines wirksamen Systems der internen Kontrolle. Die im September 2014 herausgegebene überarbeitete Fassung behält die fünf Komponenten der internen Kontrolle aus den



Quelle: US-Rechnungshof / GAO-14-704G





Sources: COSO and GAO. | GAO-14-704G

früheren Ausgaben bei und legt 17 neue Grundsätze zu den Leitungsaufgaben bei der Umsetzung und Überwachung eines wirksamen internen Kontrollsystems vor. Jeder Grundsatz zeichnet sich durch erläuternde Einzelmerkmale aus.

Die fünf Komponenten und 17 Grundsätze der internen Kontrolle sind im Folgenden behandelt:

Das **Kontrollumfeld** bildet die Grundlage eines internen Kontrollsystems. Es regelt Disziplin und Struktur für die Aufgabenerfüllung.

- Aufsichtsgremien sollten ihr Engagement für Integrität und ethische Werte demonstrieren.
- Das Aufsichtsgremium sollte das interne Kontrollsystem beaufsichtigen.
- Zwecks Zielerreichung sollte die Leitung eine sinnvolle Aufbau- und Ablaufstruktur sowie Geschäftsverteilung schaffen.
- Die Leitung sollte sich sichtbar für die Personalgewinnung, -entwicklung und -bindung engagieren.
- Die Leitung sollte die Leistung beurteilen und die Verantwortung der einzelnen Beschäftigten für die interne Kontrolle einfordern.

Die **Risikoabschätzung** bewertet die Risiken bei der Aufgabenerfüllung. Dazu sind

- Zielvorgaben klar zu definieren, um die Erkennung von Risiken zu ermöglichen und Risikotoleranzen festzulegen;
- die mit der Zielerreichung verbundenen Risiken zu identifizieren, analysieren und darauf zu reagieren;

- bei der Identifizierung und Analyse der Risiken sowie der Gegenmaßnahmen die Betrugsmöglichkeiten zu berücksichtigen;
- wesentliche Änderungen, die sich auf das interne Kontrollsystem auswirken können, zu identifizieren, zu analysieren und darauf zu reagieren.

Kontrollmaßnahmen sind Maßnahmen des Managements in Form der Festlegung von Grundsätzen und Verfahren für die Zielerreichung und die Reaktion auf Risiken im internen Kontrollsystem einschließlich des Informationssystems. Dazu sind

- entsprechende Kontrollmaßnahmen zum Zweck der Zielerreichung und der Reaktion auf Risiken festzulegen;
- das Informationssystem und die zugehörigen Kontrollmaßnahmen auf die Zielerreichung und die Beherrschung von Risiken auszurichten;
- die Kontrollmaßnahmen mittels Grundsätzen umzusetzen.

Information und Kommunikation bezieht sich auf die Qualität der Informationen, die vom Management und vom Personal zur Stützung des internen Kontrollsystems übermittelt und genutzt werden. Dazu sind

- hochwertige Informationen für die Zielerreichung zu nutzen;
- die für die Zielerreichung benötigten hochwertigen Informationen zu übermitteln;
- die für die Zielerreichung benötigten hochwertigen Informationen nach außen zu übermitteln.

Zur **Überwachung** gehören alle vorgesehenen Maßnahmen zur Bewertung der Leistungsqualität im Zeitablauf und zur zeitnahen Beseitigung von durch Prüfungen und Untersuchungen festgestellten Mängeln. Dazu sind

- Maßnahmen zur Überwachung des internen Kontrollsystems zu ergreifen und die Ergebnisse zu evaluieren;
- festgestellte Mängel bei der internen Kontrolle zeitnah abzustellen.

Wie können ORKB das Grünbuch zur Festlegung von Normen der internen Kontrolle nutzen?

Zur Verbesserung ihrer Aufgabenerfüllung können die Konzepte des Grünbuchs in die Normen für die interne Kontrolle eingearbeitet werden. Das Grünbuch

kann als Anleitung für die Gestaltung, Einführung und Anwendung interner Kontrollmechanismen zum Zwecke der Zielerreichung bei der Aufgabenerfüllung, Berichterstattung und Einhaltung der geltenden Vorschriften dienen. Auf der Grundlage der geltenden gesetzlichen und sonstigen Vorschriften können die im Grünbuch festgelegten Normen in geeigneter Weise an die Bedürfnisse der Finanzkontrolle angepasst werden.

Die interne Kontrolle ist in verschiedener Hinsicht vorteilhaft. Zum einen stärkt sie das Vertrauen in die Zielerreichung. Zum zweiten liefert die interne Kontrolle Rückmeldungen zur Wirksamkeit der Aufgabenerfüllung. Schließlich hilft sie beim Risikoabbau für die Zielerreichung.

Schlussbemerkung

Die interne Kontrolle ist ein dynamischer, wiederkehrender Vorgang und integrierter Bestandteil der laufenden Aufgabenerfüllung. Die Finanzkontrolle kann anhand des Grünbuches Kriterien für ein wirksames internes Kontrollsystem erarbeiten und bei der Prüfung staatlicher Stellen nutzen.

Außerdem könnten ORKB zur eigenen Optimierung mit diesem Instrument ihr internes Kontrollsystem fortlaufend evaluieren.

Einführung der vorgängigen Kommunalprüfung:

in Griechenland

von Dr. Kontogeorga Georgia, Griechischer Rechnungshof

Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel ist von besonderem Interesse für ORKB, die, wie der griechische Rechnungshof, die Kommunalverwaltungen prüfen.

Laut ISSAI hat eine vorgängige Prüfung durch eine ORKB den Vorteil, dem Eintritt eines Schadens vorzubeugen, aber auch den Nachteil, dass sie zu einem übermäßigen Arbeitsaufwand und einer Verwischung der nach öffentlichem Recht bestehenden Verantwortlichkeiten führt.

Zur Vorprüfung gehört die Zuständigkeit für die Freigabe von Ausgabemitteln. Typischerweise werden dem Rechnungshof alle Auszahlungsanordnungen und die zugehörigen Belege zugeleitet und dieser überprüft das Vorliegen einer haushaltsrechtlichen Ermächtigung, die Recht- und Ordnungsmäßigkeit und das Vorhandensein ausreichender Haushaltsmittel. Dann wird entweder die Zahlung genehmigt oder – wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt sind – die Auszahlungsanordnung an die geprüfte Stelle zwecks Berichtigung zurückgereicht (Crespo, 2005, S. 6).

Dieses System ist jedoch als aufwendig und ineffizient beschrieben worden. Cogliandro (2000) argumentiert, dass eine strenge Prüfung der Rechtmäßigkeit zu Verzögerungen bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen führt und die Verantwortlichkeit der Mittelverwalter schwächt. Trotz des unzweifelhaften Nutzens einer präventiven Prüfung besteht eine

Tendenz, deren Umfang und Inhalt zu minimieren (Crespo, 2005).

Entgegen diesem Trend prüft der griechische Rechnungshof immer noch vorgängig fast alle Ausgaben der Staatsverwaltung sowie der öffentlich-rechtlichen Anstalten und Körperschaften mit Ausnahme der Gemeinden: Bis vor kurzem waren diese von der präventiven Prüfung durch den griechischen Rechnungshof ausgenommen. Die vorgängige Prüfung der Ausgaben des griechischen öffentlichen Sektors besteht seit mehr als einem Jahrhundert, wurde jedoch für die Kommunen erst ab 2005 obligatorisch.

Infolge dieser traditionellen Form der Prüfung aller Transaktionen öffentlicher Stellen verlassen sich die Mittelverwalter sehr auf die vorgängige Prüfung ihrer Ausgaben durch den Rechnungshof. Außerdem ist der griechische Rechnungshof der einzige in Europa, dessen Mandat sich auf die Prüfung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit der öffentlichen Ausgaben beschränkt. Zu Prüfungen der Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns war der Rechnungshof bis zu den jüngsten Reformen nicht befugt. In den letzten drei Jahren kam es zu einer Anzahl von Gesetzesänderungen zur Modernisierung der Finanzkontrolle und ihrer Anpassung an die internationalen Normen. Dies macht Griechenland zu einem Sonderfall.

Als externes Organ der Finanzkontrolle hat die ORKB die Aufgabe, die Wirksamkeit der internen Prüfung zu kontrollieren. In Griechenland liegt die

“Die vorliegenden Daten weisen, zumindest im Vergleich mit anderen Verwaltungen, auf ein Problem mit der Ordnungsmäßigkeit der kommunalen Haushalts- und Wirtschaftsführung in Griechenland hin. Dies ist teilweise auf das Fehlen von internen Prüfungsdiensten zurückzuführen.”

— Dr. Kontogeorga Georgia

Zuständigkeit für die interne Prüfung beim staatlichen Hauptrechnungsamt und es bestehen bei öffentlichen Stellen keine organisierten Strukturen für die interne Prüfung (zwar wurde 2006 ein Gesetz zur Schaffung gesonderter interner Prüfungsdienste bei öffentlichen Verwaltungen verabschiedet, dieses jedoch kaum umgesetzt). Selbst jetzt noch sind die griechischen Gemeinden von dieser Regelung ausgenommen und ihre Auszahlungsanordnungen werden unmittelbar dem Rechnungshof zur Prüfung und „Visaerteilung“ zugeleitet. Infolgedessen gibt es bei den Kommunalverwaltungen praktisch keine Innenrevisionen.

Datenanalyse

In den Jahresberichten des griechischen Rechnungshofes findet sich eine Fülle von haushaltsrechtlichen Verstößen durch geprüfte Stellen. Ab dem Jahr 2005 (in dem die vorgängige Prüfung eingeführt wurde) bezieht sich die Mehrheit der einschlägigen Feststellungen auf die kommunale Haushalts- und Wirtschaftsführung.

Die griechische Kommunalverwaltung ist zweistufig aufgebaut. In den letzten Jahren kam es zu einer Umstrukturierung mit dem Ziel, die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit, Verantwortlichkeit und Transparenz des kommunalen Verwaltungshandelns sowohl funktional als auch im Hinblick auf die Dienste für den Bürger zu verbessern. Die kommunale Neugliederung Griechenlands wurde gemäß dem Programm „Kallikratis“ durchgeführt und ist seit dem 1.1.11 in Kraft. Die Kommunalverwaltungen der ersten und zweiten Ebene wurden durch Zusammenschluss von Städten, Gemeinden und Präfekturen in bevölkerungs- und flächenmäßig größeren Einheiten zusammengefasst. Heute ist Griechenland in 325 Gemeinden (erste Ebene)

und 13 Regionen (zweite Ebene) untergliedert (griechisches Innenministerium, 2012). Vor der Reform bestanden in Griechenland 914 Städte und 120 Landgemeinden. Gemessen an der Fläche (132.270 km²) und der Bevölkerung (ca. 11 Mio. Einwohner) des Landes war die Zahl der Städte groß.

Zunächst wurden durch Präsidialdekret (P.D.) 172/1997 die drei größten Städte (Athen, Piräus und Thessaloniki) der präventiven Prüfung durch den Rechnungshof unterworfen, danach durch P.D. 133/2001 auch Heliopolis und Peristeri. Mit dem Gesetz Nr. 3202/03 wurde die präventive Ausgabenprüfung auf alle Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern ausgeweitet. Dies wurde schließlich im Jahr 2007 umgesetzt.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wird die Recht- und Ordnungsmäßigkeit im Allgemeinen nach der Anzahl oder dem Prozentsatz der Verstöße gemessen, z. B. Straftaten pro Kopf der Bevölkerung oder Anzahl der Verkehrsunfälle im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung (Levy, 2002). Dementsprechend könnte der Prozentsatz der durch die Vorprüfung aufgedeckten Verstöße ein (quantitativer) Indikator für die Messung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit sein.

Eine Auswertung der Jahresberichte des griechischen Rechnungshofes für die Jahre 1998-2009 zeigt, dass bei einer präventiven Prüfung der Ausgaben im Durchschnitt 8.891 der insgesamt 1.495.271 dem Rechnungshof zur Prüfung zugeleiteten Zahlungsanordnungen aller öffentlichen Haushalte – juristische Personen des öffentlichen Rechts, Kommunen, Sondervermögen und erweiterter öffentlicher Sektor – wegen Verstößen, Auslassungen usw. ohne Freigabevermerk zur Berichtigung an die geprüften Stellen zurückgereicht wurden. Dies entspricht 0,57 % der Gesamtzahl der jährlich zur präventiven Prüfung vorgelegten Zahlungsanordnungen »

Der griechische Rechnungshof ist der einzige in Europa, dessen Mandat sich auf die Prüfung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit der öffentlichen Ausgaben beschränkt. Zu Prüfungen der Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns war der Rechnungshof bis zu den jüngsten Reformen nicht befugt.

TABELLE 1:
Nicht freigegebene (zurückgereichte) Zahlungsanordnungen pro Kategorie öffentlicher Haushalte für den Zeitraum 1998-2009

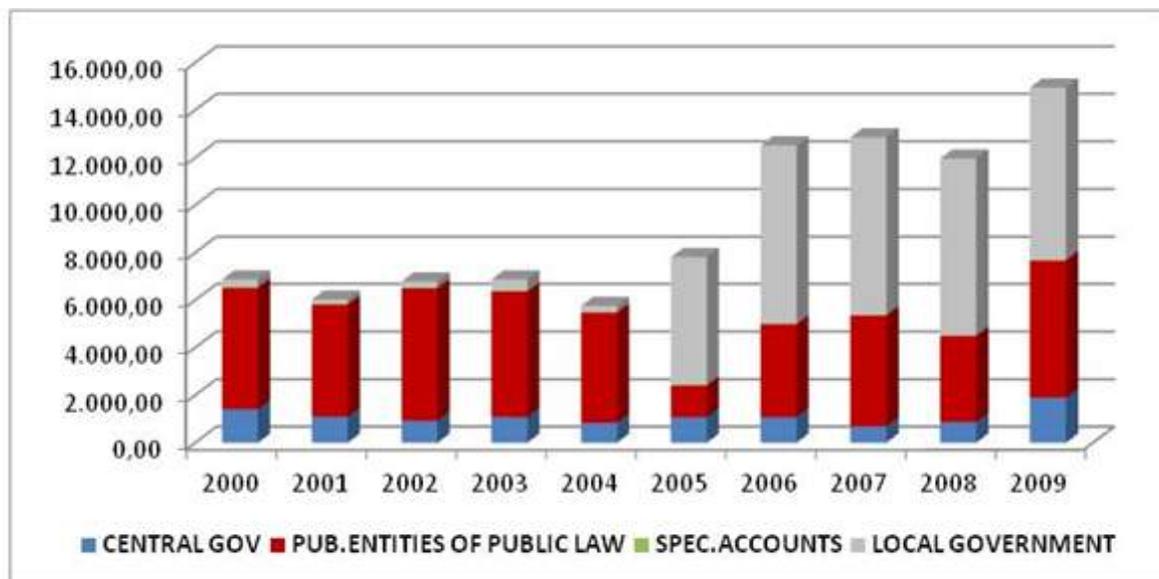
Jahr	unmittelbare Staatsverwaltung	juristische Personen des öffentl. Rechts	Sondervermögen	Kommunen	Summe
1998	643	6,821*		431	7,895
1999	919	5,136*		317	6,372
2000	1,417	5,111	33	310	6,871
2001	1,093	4,718	36	184	6,031
2002	935	5,572	31	251	6,789
2003	1,087	5,275	51	456	6,869
2004	841	4,639	16	271	5,767
2005	1,076	1,338	24	5,372	7,810
2006	1,078	3,908	28	7,500	12,514
2007	696	4,662	14	7,486	12,858
2008	876	3,621	23	7,443	11,963
2009	1,898	5,776	9	7,264	14,947
Durchschnitt	1,047	4,715	27	3,107	8,891

TABELLE 2:
Prozentualer Anteil der nicht freigegebenen (zurückgereichten) Zahlungsanordnungen pro Kategorie öffentlicher Haushalte für den Zeitraum 1998-2009

Jahr	unmittelbare Staatsverwaltung	juristische Personen des öffentl. Rechts	Sondervermögen	Kommunen	Jahresdurchschnitt
1998	0.270	0.611*		1.657	0.636
1999	0.350	0.505*		0.895	0.583
2000	0.473	0.517	0.383	0.879	0.563
2001	0.339	0.533	0.681	0.554	0.527
2002	0.290	0.660	0.608	0.588	0.537
2003	0.315	0.632	0.576	1.179	0.676
2004	0.215	0.558	0.193	0.587	0.388
2005	0.282	0.667	0.318	1.474	0.685
2006	0.281	0.404	0.330	1.185	0.550
2007	0.138	0.489	0.167	1.325	0.530
2008	0.227	0.377	0.295	1.226	0.531
2009	0.460	0.589	0.385	1.176	0.653
Durchschnitt	0.303	0.543	0.394	1.060	0.571

*Für die Jahre 1998 und 1999 liegen hier nur zusammengefasste Daten für diese beiden Kategorien vor

ABBILDUNG 1: Nicht freigegebene (zurückgereichte) Zahlungsanordnungen



Quelle: Kontogeorga G. (2012, Seite 167)

während die Prüfung der kommunalen Ausgaben anscheinend im Durchschnitt bei 1,06 % der zur Prüfung eingereichten Zahlungsanweisungen Verstöße aufdeckt (d. h. fast doppelt so häufig wie bei den anderen geprüften Stellen). Siehe dazu die Tabellen 1 und 2.

Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die Ausweitung der präventiven Prüfung auf die Kommunalverwaltungen ab dem Jahr 2005, weil danach mehr als die Hälfte der jährlich ohne Freigabevermerk zurückgereichten Zahlungsanweisungen (aller geprüften Stellen) sich auf das Finanzmanagement bezieht, wie in Abbildung 1 dargestellt.

Die Daten scheinen demnach darauf hinzudeuten, dass bei den Kommunalverwaltungen in Griechenland ein Problem mit der Recht- und Ordnungsmäßigkeit besteht. Dies ist teilweise auf das Fehlen interner Prüfdienste zurückzuführen.

Allerdings scheint die Haushalts- und Wirtschaftsführung in den Kommunalverwaltungen weltweit ein Problem darzustellen.

Schlussfolgerungen

In den letzten drei Jahren gab es in Griechenland eine Reihe gesetzlicher Reformen. Diese sind Teil einer Anstrengung zur Beschränkung der Vorprüfung und zur Modernisierung der Prüfung öffentlicher Aufgaben. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich sowohl aus den internationalen Normen als auch aus dem gestiegenen Bedürfnis nach Transparenz und Rechenschaftspflicht, besonders angesichts der derzeitigen Finanzkrise.

Jedoch hat die Einführung der präventiven Prüfung bei den Kommunen 2005 bedeutende Schwächen in der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Kommunen erkennen lassen. Insbesondere war die Quote der Gesetzesverstöße bei den Kommunalverwaltungen die höchste im Vergleich zu anderen öffentlichen Haushalten, da sich mehr als die Hälfte der Prüfungsfeststellungen auf die kommunale Mittelverwaltung bezieht.

Man könnte sagen, dass dieses Ergebnis teilweise zu erwarten war, da bei der ersten Umsetzungsphase einer »

Reform in der Regel eine Übergangsphase zur Anpassung erforderlich ist.

Zwar bleiben noch Fragen zur Wirksamkeit der vorgängigen Ausgabenprüfung bei der öffentlichen Verwaltung in Griechenland, jedoch hat die Erweiterung der vorgängigen Prüfung auf die Kommunen seit 2005 bis jetzt eine problematische Situation aufgezeigt. Die Frage, ob dies auf die Einführungsphase der Reform oder auf andere, tieferliegende Gründe zurückzuführen ist, muss in naher Zukunft beantwortet werden.

Quellen

Cogliandro, A. (2000): „Reform: the audit system.“ *International Journal of Public Administration*. 23 (2), Seiten 383-403.

Crespo, G. (2005): „Public control: A general view.“ Milagros Garcia Crespo (Eds), *Public Expenditure Control in Europe: Coordinating Audit Functions in the European Union*. Edward Elgar, Seiten 3-29.

Kontogeorga G. (2012): „The External Audit of Financial Management in Greece and the Operation of the Hellenic Court of Auditors the Context of International Standards.“ Noch nicht veröffentlichte Dissertation Universität Patras, Griechenland

Levy, D. (2002): „Literature Review and Analysis: Economic Perspectives on Measuring Alcohol Policy Enforcement and Compliance.“, erstellt für die Institutionen NIAAA, NIH und HHS im Rahmen des Alcohol Policy Information System die CDM Group Inc. und das Pacific Institute for Research and Evaluation (gemäß Contract No N01AA12009).

Ministry of Interior (2012): *Structure and Operation of Local and Regional Democracy*, Griechenland.

Transpazifische Zusammenarbeit

Eine regionale kooperative Prüfung der Strategien zur Anpassung an den Klimawandel und zum Katastrophenschutz in einigen pazifischen Inselstaaten

von Claire Kelly

Beraterin für kooperative Prüfungen

Was versteht man unter einer kooperativen Prüfung?

Bei einer kooperativen Prüfung handelt es sich um eine in etwa gleichzeitig von zwei oder mehr unabhängigen Prüfungsorganen oder ORKB durchgeführte Prüfung. Dafür bildet jedoch jede Stelle ihr eigenes Prüfungsteam. Das Team berichtet üblicherweise nur seinen eigenen Aufsicht führenden Stellen wie auch nur zu Themen im Rahmen seines eigenen Mandats. Bei diesem Ansatz verwenden alle die gleiche Methodik sowie den gleichen Prüfungsansatz. Außerdem wird ein zusammenfassender Bericht erstellt, der auf den wichtigsten aus den einzelnen Berichten der ORKB hervorgehenden Feststellungen beruht (INTOSAI 2007).

Die gemeinsame Vorgehensweise hat sich als ein wertvolles Umweltprüfungsinstrument erwiesen. Es ermöglicht den ORKB, einzelne Maßnahmen der Staaten bzw. Gebiete zu weiterreichenden regionalen Umweltbelastungen zu bewerten und durch den regionalen Bericht Erfahrungen zu sammeln, die anderen Zuständigkeiten mit ähnlichen Umweltherausforderungen nützlich sein können. Hierbei handelt es sich um die vierte kooperative Prüfung der Mitglieder der PASAI zum Thema Umwelt.

Warum Strategien zur Anpassung an den Klimawandel und zum Katastrophenschutz?

Die Länder im Pazifik gehören zu den anfälligsten Ländern für die Auswirkungen des Klimawandels. Der Anstieg des Meeresspiegels, Wirbelstürme, Tsunamis,

Nahrungsmittelunsicherheit und Küstenerosion stellen reale, tägliche Bedrohungen dar. Siedlungen sowie Gesellschaften, die nicht nur in für den Klimawandel anfälligen Gebieten leben, sondern auch von knappen Ressourcen abhängen, sind besonders anfällig für diese Auswirkungen. In den letzten Jahren haben die Regierungen der Staaten des pazifischen Inselforums (PIF) nochmals den Klimawandel als die bei weitem größte Bedrohung für Existenz, Sicherheit und Wohlstand der Bevölkerung der pazifischen Inselstaaten hervorgehoben. Daher steht der Klimawandel ständig auf der Tagesordnung des pazifischen Inselforums.

Zusammenarbeit zur Bewältigung des Klimawandels wurde auf der dritten VN-Konferenz über die kleinen Inselentwicklungsländer (engl. Small Island Developing States, SIDS) im September 2014 in Samoa berücksichtigt. Laut der Exekutivsekretärin des Sekretariats des Rahmenübereinkommens der VN über Klimaänderungen Christiana Figueres ergab die Konferenz drei wesentliche Punkte: SIDS sind trotz ihrer Anfälligkeit federführend bei Fragen zum Klimawandel, in dieser Zusammenarbeit übernehmen die SIDS die Führungsrolle bei der Problembehandlung, und die SIDS fordern trotz ihrer geringen Größe die restliche Welt auf, ihrem Beispiel zu folgen (SPREP 2014).

Die SIDS-Konferenz brachte als Ergebnisdokument den SAMOA-Pfad hervor; die Abkürzung SAMOA leitet sich von dem englischen Titel „Small Islands Developing States Accelerated Modalities of Action“ ab, auf Deutsch „Beschleunigte Aktionsmodalitäten für die kleinen Inselentwicklungsländer“ (SIDS 2014). Für die VN soll der SAMOA-Pfad ein lebendiges Dokument im Vorfeld der Klimarahmenkonvention »

Die negativen Auswirkungen des Klimawandels stellen wesentliche Risiken für die Ziele der nachhaltigen Entwicklung der pazifischen Inselstaaten dar. Außerdem können Langzeitfolgen sogar die Existenz einiger dieser Staaten bedrohen, vor allem die der flachen Korallenatolle.



der VN im Dezember 2015 in Paris bleiben. Die VN setzen weiterhin Impulse in Richtung Paris-Konferenz, bei der ein wegweisender Vertrag der Regierungschefs erwartet wird.

„Die Bekämpfung des Klimawandels ist wesentlich für nachhaltige Entwicklung. Wenn wir den Klimawandel nicht angemessen bekämpfen, können wir keine Welt schaffen, die allen Menschen ein würdiges Leben ermöglicht“ ermahnte der VN-Generalsekretär Ban Ki-moon bei einer Informationsveranstaltung im Februar 2015 die Mitgliedstaaten. Zudem müsse die Widerstandsfähigkeit verstärkt werden. Dies gelte vor allem für die kleinen Inselstaaten bzw. die am wenigsten entwickelten Länder.

Pazifikstaaten stehen auch durch Naturkatastrophen vor Herausforderungen. Pazifische Inselstaaten verfügen über beträchtliche Erfahrung mit der Bewältigung von Naturkatastrophen, wie Wirbelstürmen und anderen extremen Wetterereignissen. Da erwartungsgemäß (IPCC 2013) Häufigkeit, Intensität und

Dauer extremer Wetterereignisse sowie entsprechender Naturkatastrophen infolge der Auswirkungen des Klimawandels in der Region zunehmen werden, sind Bemühungen für ein wirksames Vorgehen gegen Naturkatastrophen sinnvoll.

Während geschichtlich gesehen auf globaler Ebene ein zweigleisiger Ansatz zur Bewältigung der Fragen zum Klimawandel und zum Katastrophenschutz verwendet wurde, sehen die Entscheidungsträger zunehmend die Notwendigkeit eines integrativen Ansatzes. Durch die wachsenden Erfahrungen sowohl bei der Anpassung an den Klimawandel als auch beim Katastrophenschutz wird ein gemeinsamer Schwerpunkt dieser beiden Gebiete zunehmend deutlich: die Verringerung der Anfälligkeit der Gemeinden sowie der Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund haben viele pazifische Inselstaaten damit begonnen, Maßnahmen zur Integration der Anpassung an den Klimawandel und des Katastrophenschutzes in ihre nationalen Strategien,

Pläne und Tätigkeiten zu ergreifen. Bei diesem Ansatz wird davon ausgegangen, dass sich kurz- bzw. mittelfristig viele Auswirkungen des Klimawandels durch eine Veränderung der Häufigkeit, Intensität und Dauer extremer Wetterereignisse sowie entsprechender Naturkatastrophen äußern können.

Nach einem kürzlich erschienenen IPCC-Bericht werden die Nettokosten für Länder mit hoher Sensibilität (d. h. eine kleine Klimaveränderung kann große Auswirkungen haben) oder einer geringen Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel wesentlich höher sein als der weltweite Durchschnitt.

Studien zufolge ist eine angemessene Anpassung wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig. Zudem dürfte sie deutlich kostengünstiger sein als Untätigkeit. Laut Entwicklungsprogramm der VN „verringert jeder in die Katastrophenvorsorge investierte Dollar die wirtschaftlichen Verluste um ungefähr sieben Dollar“ (UNDP 2012).

Aus den Reaktionen auf Katastrophen können wertvolle Lehren gezogen werden, um die Entwicklung der Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu prägen. Daher haben sich die Präsidenten der PASAI für die Untersuchung von Verwaltungsabkommen, die als Grundlage für die Reaktionen der einzelnen pazifischen Inselstaaten auf die Herausforderungen des Klimawandels und des Katastrophenschutzes dienen, ausgesprochen.

Welche ORKB haben bei der regionalen kooperativen Prüfung mitgewirkt?

Zehn ORKB aus acht pazifischen Inselstaaten aus den Subregionen Mikronesiens, Polynesiens und Melanesiens haben bei der Prüfung mitgewirkt. Davon haben acht ORKB die Ergebnisse ihrer einzelnen Prüfungen veröffentlicht: die Cookinseln, Fidschi, die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), der FSM-Staat Kosrae, der FSM-Staat Pohnpei, Palau, Samoa und Tuvalu. Die wichtigsten Ergebnisse dieser acht Prüfungsberichte bilden die Grundlage des zusammenfassenden Regionalberichts, der in Kürze auf der PASAI-Website verfügbar ist.

Unterstützung bei der kooperativen Prüfung

Bei der Prüfung hat es sich um ein gemeinsames Projekt der INTOSAI-Entwicklungsinitiative, der Asiatischen Entwicklungsbank und PASAI gehandelt. Auch der Rechnungshof des australischen Bundesstaates Victoria hat die Prüfungsteams unterstützt. Die regionale INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung war wesentlich an der Planung bzw. Klärung des Geltungsbereichs der kooperativen Prüfung beteiligt. Technisches Fachwissen zu den Maßnahmen der Anpassung an den Klimawandel und den Katastrophenschutz im Pazifik hat das Sekretariat des Pazifischen Regionalen Umweltprogramms (SPREP) zur Verfügung gestellt. Zudem hat das SPREP die Prüfungsteams bei technischen Angelegenheiten des Klimawandels im Verlauf der Prüfungen beraten.

Gesamtziel der Prüfung

Der vom PASAI-Kongress festgelegte Prüfungsansatz unterschied sich leicht von vorherigen regionalen kooperativen Prüfungen durch die PASAI. Durch die unterschiedliche Anfälligkeit der verschiedenen Pazifikregionen für die Auswirkungen des Klimawandels sowie schwere Wetterereignisse hat der PASAI-Kongress 2012 einem übergeordneten Prüfungsthema zugestimmt. Dieses ermöglicht den einzelnen ORKB die Entwicklung von für ihre Staaten bzw. Gebiete wesentlichen Prüfungszielen und Fragestellungen. Das genehmigte breit angelegte Prüfungsthema, das von jedem Teilnehmer entsprechend auszufüllen war, lautete:

„Bewertung der Wirksamkeit der Strategien, Pläne bzw. Finanzierung im Sektor ____ sector von ____ (Land) zur Anpassung an den Klimawandel und zum Katastrophenschutz.“

Durch diesen Ansatz lassen sich die Prüfungsthemen in drei Hauptthemen zusammenfassen:

- Vorbereitung auf Auswirkungen des Klimawandels (drei ORKB)
- Planung bzw. Steuerung der Auswirkungen des Klimawandels, wie Küstenerosion (drei ORKB) »

Die Länder im Pazifik gehören zu den anfälligsten Ländern für die Auswirkungen des Klimawandels. Der Anstieg des Meeresspiegels, Wirbelstürme, Tsunamis, Nahrungsmittelsicherheit und Küstenerosion sind reale, tägliche Bedrohungen.

“Die Bekämpfung des Klimawandels ist wesentlich für nachhaltige Entwicklung. Wenn wir den Klimawandel nicht angemessen bekämpfen, können wir keine Welt schaffen, die allen Menschen ein würdiges Leben ermöglicht.”

—VN-Generalsekretär Ban Ki-moon

- Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Nahrungsmittelsicherheit (vier ORKB)

Fundierte regionale Feststellungen

Die Prüfungsfeststellungen der acht veröffentlichten Prüfungsberichte haben sich auf die folgenden Hauptthemen verteilt:

- Verwaltungsbestimmungen, einschließlich gesetzliche und staatliche Rahmenbedingungen, Einbeziehung bzw. Abstimmung von Maßnahmen der Behörden, Schwachstellenanalysen und Strategieentwicklung sowie Abstimmung zwischen den zuständigen Behörden
- Projektumsetzung, einschließlich Verwaltung auf Projektebene – d. h. Abstimmung und Projektmanagement, Finanzierung sowie begrenzte personelle Mittel
- Überwachung bzw. Berichterstattung

Regionale Gesamtschlussfolgerung

Insgesamt lassen die regionalen Prüfungen den folgenden Schluss zu: Die in diesem Rahmen geprüften pazifischen Inselstaaten sind nicht in der Lage, wirksam auf die Gefahren und Herausforderungen des Klimawandels zu reagieren.

Bei den Prüfungen stellten sich technische bzw. administrative Fertigkeiten heraus, die für die Sicherstellung einer wirksamen Reaktion auf die aus dem Klimawandel entstehenden Risiken entwickelt werden müssen. Dazu gehören:

Verweise und Quellen

INTOSAI Capacity Building Committee (2007). Guide for Cooperative Audit Programs between Supreme Audit Institutions.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2013). Assessment Report 2013.

Small Island Developing States (2014). SIDS Accelerated Modalities of Action (SAMOA) Pathway. Zugriff am 3.3. unter: www.sids2014.org/index.php?menu=1537

Secretariat of the Pacific Regional Environment Program (SPREP) (2014). “SIDS leadership commended as 3rd UN Conference on SIDS adopts SAMOA Pathway.” Zugriff am 3. März unter: www.sprep.org/general-news/sids-leadership-commended-as-3rd-un-conference-on-sids-adopts-samoa-pathway.

United Nations Development Program (UNDP) (2012). 2011 Assessment Report on Disaster Risk Reduction.

United Nations (2015). “At ‘Road to Paris’ Global Climate Agreement Meeting, Secretary-General Emphasizes Addressing Climate Change Is Essential for Realizing Sustainable Development”, Press release, 23 February 2015. Zugriff am 24.2.: www.un.org/press/en/2015/sgsm16547.doc.htm.

- Fachwissen und Recherchekompetenz zur Durchführung von qualitativ hochwertigen Schwachstellen- bzw. Risikoabschätzungen des Klimas und zur Entwicklung relevanter Pläne sowie staatlicher Maßnahmen
- Verwaltungskapazitäten, wie die Verfassung von Anträgen zur Sicherstellung der verfügbaren Finanzierungsmittel für Anpassungsmaßnahmen
- Solides Projektmanagement vor Ort finanzierter Anpassungsmaßnahmen, die Überwachung von Ergebnissen sowie das Erstellen von Verwendungsnachweisen

Ein weiterer erschwerender Faktor im Pazifik ist die Vielzahl der bei der Umsetzung von Projekten zur Anpassung an den Klimawandel beteiligten Förderstellen. Dadurch wird der Bedarf für die Einrichtung belastbarer Systeme bzw. Prozesse auf allen staatlichen Ebenen erhöht. Dazu gehört auch die Ebene der einzelnen Projektumsetzung.

Auswirkungen der regionalen kooperativen Prüfungen

Der Austausch mit anderen regionalen Organisationen zum Thema Klimawandel wird eine Hauptkomponente bei der Bewältigung der in der regionalen kooperativen Prüfung dargestellten Punkte

sein. Beispielsweise hat ein Vertreter des Sekretariats des pazifischen Inselforums bei einer kürzlich abgehaltenen Sitzung des PASAI-Präsidiums die kooperative Prüfung der PASAI zu den Strategien zum Klimawandel und Katastrophenschutz begrüßt. In den letzten Jahren haben die Regierungschefs der Staaten des pazifischen Inselforums nochmals den Klimawandel als die bei weitem größte Bedrohung für Existenz, Sicherheit und Wohlstand der Bevölkerung der pazifischen Inselstaaten hervorgehoben. Daher stehen Themen zum Klimawandel weiterhin auf der Tagesordnung der Sitzung des Forums der Wirtschaftsminister (FEMM). Für das Forum stellt der regionale Prüfungsbericht einen wichtigen Beitrag zur regionalen Diskussion zur Anpassung an den Klimawandel und zum Katastrophenschutz dar. Dies hebt die Bedeutung des Ansatzes der PASAI zur Zusammenarbeit mit wesentlichen Interessenträgern in der Region hervor, sodass die Prüfungstätigkeit relevant für zentrale regionale Notwendigkeiten ist sowie diese prägt.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zur regionalen kooperativen Prüfung sind erhältlich bei der Autorin des Berichts und Beraterin für kooperative Prüfungen Claire Kelly unter clairekelly2009@gmail.com oder PASAIs Beraterin für den Ausbau von Sachkompetenzen Sina Palamo-Iosefo unter sina.iosefo@pasai.org.

Leitsätze der externen Finanzkontrolle

Ein innovatives Beratungsinstrument

von Ministerialrätin Birgit Meichsner und Oberregierungsrat Markus Bangert der BWV-Servicestelle
Bundesrechnungshof, Deutschland

DER BUNDESRECHNUNGSHOF verfügt über zahlreiche Erkenntnisse, die über den prüfungsbezogenen Einzelfall hinaus von Bedeutung sind. Die seit dem Jahr 2013 veröffentlichten „Leitsätze der externen Finanzkontrolle“ sollen diese Erkenntnisse für Entscheidungsträger in der Verwaltung besser nutzbar machen. Sie sollen ein ordnungsgemäßes und wirtschaftliches Verwaltungshandeln unterstützen.

Zu diesem Zweck werden geeignete Erkenntnisse in knapper und übersichtlicher Form aufbereitet, um Behörden eine Hilfestellung zur Vermeidung „typischer Fehler“ zu bieten. Nach und nach soll eine systematische Sammlung entstehen, die alle Bereiche des Verwaltungshandelns abdeckt.

Die Sammlung ist in 14 verschiedene Kapitel untergliedert und über die Internetseiten des Bundesrechnungshofes (www.bundesrechnungshof.de) abrufbar. Herausgeber ist der Präsident des Bundesrechnungshofes in seiner Eigenschaft als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Beim IX. EUROSAT-Kongress im Juni 2014 in Den Haag hat der Bundesrechnungshof das Leitsatzkonzept bereits als innovatives Beratungsinstrument in einem Workshop vorgestellt.

Ziele der Leitsätze

Bei seinen Prüfungen stellt der Bundesrechnungshof oft „typische Fehler“ fest, die – z. B. bei Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Vergaben oder Fördermaßnahmen, aber auch in den Bereichen Organisation, Personal und IT – behördenübergreifend auftreten. Diese Prüfungsergebnisse werden üblicherweise nur den geprüften Stellen mitgeteilt. Sie sind damit in der Regel nicht allen Entscheidungsträgern in der Bundesverwaltung zugänglich und können bei der Vorbereitung künftiger Entscheidungen oft nicht berücksichtigt werden.

Der Präsident des Bundesrechnungshofes ist traditionell zugleich Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit

in der Verwaltung (BWV). Seine Aufgabe ist es, auf eine wirtschaftliche Erfüllung der Bundesaufgaben und eine dementsprechende Organisation der Bundesverwaltung hinzuwirken. Hierzu gibt er Vorschläge, Gutachten oder Stellungnahmen ab.

Es war die Idee des BWV, grundsätzliche oder querschnittliche Prüfungserkenntnisse des Bundesrechnungshofes allen Entscheidungsträgern in der Bundesverwaltung in kompakter und übersichtlicher Form zugänglich zu machen. Sie werden zu diesem Zweck als „Leitsätze der externen Finanzkontrolle“ aufbereitet. Ziel der Leitsätze ist es, den Entscheidungsträgern schnelle Informationen zu bestimmten Themen und Hilfestellung für künftige Entscheidungen zu geben. Außerdem will der BWV mit den Leitsätzen das Bewusstsein für fehleranfällige Verwaltungsverfahren erhöhen. Die Sammlung soll kontinuierlich ausgebaut werden und grundsätzlich alle Bereiche des Verwaltungshandelns abdecken.

Die Leitsätze sollen neben den Entscheidungsträgern auch den Verwaltungsmitarbeitern eine Hilfe sein, z. B. wenn sie neue Aufgaben übernehmen und kurzfristig Informationen zu Themen benötigen, mit denen sie noch nicht vertraut sind. Gleiches gilt für Prüfer des Bundesrechnungshofes, die sich in neue Themen einarbeiten.

Grundlagen der Leitsätze

Als Grundlagen für Leitsätze eignen sich Prüfungsergebnisse des Bundesrechnungshofes, die eine gewisse Allgemeingültigkeit für das Verwaltungshandeln beanspruchen können. Dies ist insbesondere der Fall, wenn sie auf einer Querschnittsprüfung beruhen, d. h. einer Prüfung gleicher Sachverhalte bei verschiedenen Behörden. Es kann aber auch sein, dass ähnliche Fehler bei verschiedenen Prüfungen festgestellt werden. Denkbar wären zudem Einzelfälle von grundlegender Bedeutung. Ein solcher Fall hat sich bisher allerdings noch nicht ergeben.

Wichtig ist, dass eventuelle Argumente der geprüften Stellen im Leitsatz berücksichtigt werden können. Daher basieren Leitsätze in der Regel auf abgeschlossenen Prüfungsverfahren.

Nicht für Leitsätze geeignet sind Feststellungen oder Empfehlungen mit politischem Charakter (z. B. zur Änderung von Gesetzen). Weil sich die Leitsätze an die öffentliche Verwaltung richten, sollten sie nur Empfehlungen enthalten, die die Verwaltung auch unmittelbar selbst umsetzen kann. Dies ist z. B. bei Gesetzesänderungen nicht der Fall.

Aufbau der Leitsätze

Die Leitsätze sind wie eine gerichtliche Entscheidung aufgebaut. Vorangestellt und Kern der Leitsätze sind die wesentlichen Empfehlungen.

Jede Empfehlung wird durch kurze Erläuterungen zu den Hintergründen des geprüften Sachverhalts ergänzt. Am Anfang stehen meist allgemeine Erläuterungen, z. B. zur Rechtslage und zum Prüfungsansatz. Danach folgen die für das Verständnis der Leitsätze erforderlichen Feststellungen und Würdigungen in zusammengefasster Form. Damit der Leser schnell erfassen kann, welche Hintergrundinformationen zu welcher Empfehlung gehören, sind die Empfehlungen und die Hintergründe gleichermaßen nummeriert.

Darüber hinaus können die Leitsätze ergänzende Anmerkungen enthalten. Solche Anmerkungen können neuere Entwicklungen, jüngere Prüfungsfeststellungen oder bereits erzielte Verbesserungen sein. Aber auch Hinweise auf weiterführende Informationen des Bundesrechnungshofes (z. B. Gutachten, Leitfäden, Arbeitsanleitungen) können dort sinnvoll sein. Unterstützt der Haushaltsausschuss oder der Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages die Empfehlungen des Bundesrechnungshofes, kann dies in den Anmerkungen dargestellt werden. Die Unterstützung durch parlamentarische Gremien ist wichtig, weil der Bundesrechnungshof gegenüber den geprüften Stellen keine vollziehenden Befugnisse hat.

Den Aufbau der Leitsätze soll folgender Auszug aus dem Leitsatz „Steuerung von Straßenbauprogrammen“ verdeutlichen:

Leitsätze

(1) Straßenbauprogramme sollten nur Projekte enthalten, die in der vorgesehenen Programmlaufzeit die Programmziele erreichen können.

...

Hintergründe

Der Bundesrechnungshof prüfte in den Jahren 2008 bis 2010 mehrere Straßenbauprogramme. Darin wurden über den normalen Straßenbauhaushalt hinaus Haushaltsmittel bereitgestellt, um Neubauprojekte zu beginnen.

(1) Die Auswahl der Projekte war weder transparent, noch waren die voraussichtlichen Bauzeiten mit der Programmlaufzeit abgestimmt. Die Programmziele unterschieden sich nicht wesentlich von den allgemeinen Zielen, die die Straßenbaulastträger im Rahmen ihrer Bedarfsplanung

festlegen. So war es nicht verwunderlich, dass die Aufnahme der Projekte in die Programme beliebig wirkt.

...

Anmerkungen

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Bemerkung „Verfehlte Ziele, Kostenüberschreibungen und Verzögerungen bei Programmen im Straßenbau“ in seiner Sitzung am 25. Februar 2011 zustimmend zur Kenntnis genommen. Die o. g. Leitsätze geben den Beschluss in verallgemeinerter Form wieder. ...

Schon die Reihenfolge der Darstellung lässt erkennen, dass die Leitsätze nicht Fehler aus der Vergangenheit anprangern, sondern zukunftsgerichtet Hilfestellung bieten wollen. Auch aus diesem Grund sind die Leitsätze grundsätzlich abstrakt gehalten, d. h. geprüfte Stellen werden meist nicht genannt. Um zum jeweiligen Thema eine schnelle Information zu bieten, sind die Leitsätze möglichst knapp gefasst. Sie umfassen in der Regel nicht mehr als drei Seiten.

Gliederung der Leitsatzsammlung

Die Leitsatzsammlung gliedert sich in 14 Kapitel. Jedes Kapitel betrifft ein ressortübergreifendes Themenfeld des staatlichen Verwaltungshandelns (z. B. Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Personal, Investitionen, Beschaffung, Informationstechnologie). Somit können alle Bundesbehörden grundsätzlich in jedem Kapitel Anregungen für ihre Aufgabenerledigung finden. Die Gliederung der Leitsatzsammlung muss damit auch nicht angepasst werden, wenn sich Ressortzuschnitte ändern.

Jeder Leitsatz wird – im Zweifelsfall nach dem Schwerpunktprinzip – einem Kapitel der Leitsatzsammlung zugeordnet und erhält eine laufende Nummer. Das o. g. Beispiel wurde mit der laufenden Nummer 01 dem Kapitel 10 („Investitionen, Bauinvestitionen“) zugeordnet.

Verfahren zur Erstellung und Veröffentlichung von Leitsätzen

Im Folgenden ist das Verfahren zur Erstellung und Veröffentlichung von Leitsätzen im Bundesrechnungshof dargestellt. Es berücksichtigt die nationalen Rechtsgrundlagen, die Organisationsform der externen Finanzkontrolle in Deutschland sowie die besonderen Aufgaben des BWV. Andere Rechnungskontrollbehörden müssten ggf. anders vorgehen, falls sie Leitsätze formulieren wollten. Das Verfahren muss sich an den jeweiligen nationalen Gegebenheiten orientieren.

Im Bundesrechnungshof untersuchen zunächst die zuständigen Kollegien, ob ihre Prüfungsergebnisse „typische Fehler“ des Verwaltungshandelns betreffen und damit für einen Leitsatz geeignet sind. Im nächsten Schritt prüfen die Kollegien, ob die Prüfungsergebnisse noch aktuell sind. Denn Leitsätze beruhen grundsätzlich auf Prüfungen »

vergangener Jahre. Sofern sich in der Zwischenzeit wesentliche organisatorische Änderungen oder Rechtsänderungen ergeben haben, sollte auf einen Leitsatz verzichtet werden. Entscheidet sich das zuständige Kollegium im Ergebnis dieser Analyse dafür, einen Leitsatz zu erarbeiten, erstellt es einen Entwurf. Berührt der Entwurf Zuständigkeiten anderer Kollegien, sind diese zu beteiligen.

Eine zentrale Servicestelle des BWV unterstützt und berät die Kollegien beim Erstellen von Leitsätzen, sorgt für ein einheitliches Erscheinungsbild und koordiniert das Verfahren. Sie legt die Leitsatzentwürfe dem BWV zur Entscheidung vor.

Der BWV ist der Herausgeber der Leitsätze. Bevor er über die Veröffentlichung entscheidet, beteiligt er den Großen Senat des Bundesrechnungshofes. In diesem Gremium, das wesentliche Entscheidungen des Bundesrechnungshofes trifft, sind alle Prüfungsabteilungen vertreten. Bei der Entscheidung über Leitsätze berät es den BWV.

Die vom BWV im Lichte der Senatsbefassung gebilligten Leitsätze werden in einem elektronischen „Newsletter“ an alle Bundesministerien und weitere interessierte Bundesbehörden versandt. Zudem werden sie im Internet des Bundesrechnungshofes (www.bundesrechnungshof.de) veröffentlicht. Dadurch ist ein dauerhafter Zugriff auf die jeweils aktuellen Fassungen möglich.

Aktualisierung von Leitsätzen

Veröffentlichte Leitsätze sind laufend auf ihre Aktualität zu überprüfen. Bedarf für Anpassungen oder Löschungen

besteht insbesondere, wenn sich Rechtsgrundlagen ändern oder Prüfungsfeststellungen aus anderen Gründen nicht mehr aktuell sind. Das Verfahren zur Änderung oder Löschung von Leitsätzen entspricht dem Verfahren der Erstellung und Veröffentlichung. Das zuständige Kollegium regt die Änderung oder die Löschung eines Leitsatzes an. Der BWV trifft seine Entscheidung wiederum nach Einbindung des Großen Senats.

Aktueller Stand der Leitsatzsammlung

Der BWV veröffentlichte im Frühjahr 2013 einen Grundstock von 22 Leitsätzen. Die Rückmeldungen hierzu waren ausnahmslos positiv. Bereits im November 2013 wurden fünf weitere Leitsätze veröffentlicht. Anfang 2015 konnte die Leitsatzsammlung um 13 neue Leitsätze erweitert werden. Es ist vorgesehen, die Sammlung kontinuierlich auszubauen und ein möglichst breites Themenspektrum abzudecken.

Bereits beim EUROSAT-Kongress im Juni 2014 in Den Haag stellte der Bundesrechnungshof die Leitsätze in einem Workshop als innovatives Instrument der externen Finanzkontrolle vor. Als besonders positiv bewerteten die Teilnehmer des Workshops, dass grundlegende Prüfungserkenntnisse so in übersichtlicher Form einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden können. Über das Internet können auch andere Rechnungskontrollbehörden auf die Leitsätze zugreifen. Nach und nach werden auch englische Übersetzungen verfügbar sein.



ASOSAI

13. Versammlung und 6. Symposium in Malaysia

Der Leitgedanke der INTOSAI „Gegenseitiger Erfahrungsaustausch nützt allen“ wurde vom 10.-13.2.15 deutlich, als 180 Vertreter aus 39 Ländern in Kuala Lumpur für die XIII. Versammlung der ASOSAI zusammengekommen sind.

An der Konferenz haben aber auch Beobachter der INTOSAI, IDI, AFROSAI, EUROSAI, CAPA und Vertreter aus internationalen Geberorganisationen sowie des malaysischen Rechnungshofes teilgenommen.

Der Präsident von ASOSAI und Leiter des indischen Rechnungshofes Shashi Kant Sharma hat eine beeindruckende Eröffnungsansprache gehalten, in der er hervorhob, die Wirksamkeit einer ORKB hänge vom jeweiligen Prüfungsumfeld ab: „Für eine leistungsstarke Finanzkontrolle bedarf es neben Verwaltungsverfahren, die offen für den Wandel sind, solider Gesetzgebungsverfahren zur Sicherstellung der Unabhängigkeit der ORKB.“

Der Präsident des malaysischen Rechnungshofes Tan Sri Ambrin Buang hat in seiner Funktion als Konferenzorganisator auch den Premierminister Malaysias Dato' Sri Mohd Najib bin Tun Hj Abdul Razak begrüßt. Dieser hat ASOSAI für ihre unschätzbaren Dienste über 36 Jahre gelobt, wobei er den Beitrag der Organisation an Einzelleistungen, nationalen Entwicklungen bzw. regionalen Fortschritten erwähnt sowie die wichtige Rolle externer Prüfer bei der Stärkung des Verwaltungshandelns und der Sicherstellung von Integrität im öffentlichen Sektor gewürdigt hat.

Der Vizepräsident des chinesischen Rechnungshofes Dr. Sun Baohou hat der ASOSAI zu ihren Erfolgen in den vergangenen 35 Jahren gratuliert. Zudem strebten sowohl

ASOSAI als auch INTOSAI nach der Förderung eines verantwortlichen Verwaltungshandelns.

Der Generalsekretär der INTOSAI, Dr. Josef Moser, hat den Mitgliedern von ASOSAI für die Unterstützung der Initiative der im letzten Jahr verabschiedeten Resolution A/69/228 der VN-Generalversammlung seinen Dank ausgesprochen. (Redaktionelle Anmerkung: vgl. Artikel in der Ausgabe vom Januar 2015 der Zeitschrift.)

Dieses Jahr hat Krishnan Sangaran Subramanian vom indischen Rechnungshof die Auszeichnung der ASOSAI-Zeitschrift für hervorragende Leistungen für den besten Aufsatz der ASOSAI-Zeitschrift der letzten drei Jahre an den türkischen Rechnungshof verliehen, dessen Präsident, Recai Akyel, sie entgegengenommen hat.

Laut Vertreter des indischen Rechnungshofes plant er zur Verbesserung des Wissensaustauschs sowie im Bestreben nach einer aktiveren Teilnahme die Umstellung der Ausgabe einer gedruckten ASOSAI-Zeitschrift auf eine elektronische Version. Durch diese Umstellung werden Einsparungen von fast 4.000 \$ pro Jahr erwartet. Zudem soll diese einen kleinen Beitrag zur „Grünen Initiative“ der ASOSAI leisten.

Nach einem ganzen Tag voller Ausschusssitzungen bzw. Zwischenberichte hat der Präsident des malaysischen Rechnungshofes den ASOSAI-Vorsitz von 2015-2018 übernommen. Er plant während seiner dreijährigen Amtszeit den Schwerpunkt auf die Umsetzung der im Strategischen Plan 2016-2021 der ASOSAI hervorgehobenen strategischen Prioritäten zu setzen: Ausbau der Sachkompetenzen, Wissensaustausch und die Einrichtung der ASOSAI als »

Der Ehrengast zur Eröffnungsveranstaltung der XIII. ASOSAI-Versammlung Dato' Sri Mohd Najib bin Tun Hj Abdul Razak wurde vom Präsidenten des malaysischen Rechnungshofes begrüßt.



eine regionale Vorbildinstitution. Zudem hänge der Erfolg des Strategischen Plans von der engen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern von ASOSAI mit INTOSAI, regionalen Gruppen sowie anderen internationalen Einrichtungen ab.

Bei der Tagung wurde ein neues elektronisches Abstimmungssystem für die Wahl von sechs Mitgliedern des Präsidiums bzw. zwei Prüfungsausschussmitgliedern für die Periode 2015-2018 eingesetzt. Bei den sechs neugewählten Präsidiumsmitgliedern handelt es sich um die ORKB von Indonesien, Nepal, Pakistan, Saudi Arabien, Thailand sowie der Türkei. Die ORKB von Jordanien und der Mongolei haben die Posten als Mitglieder des Prüfungsausschusses übernommen.

Die Versammlung überschneidet sich mit dem 6. ASOSAI-Symposium am 12. Februar, an dem 801 Vertreter aus dem öffentlichen bzw. privaten Sektor, darunter 180 ASOSAI-Vertreter und Beobachter, teilnahmen.

Das Thema des diesjährigen Symposiums lautete „Optimaler Einsatz von Technologien zur Verbesserung der Prüfungsqualität und Wirksamkeit.“ Das Symposium stellt eine ideale Plattform für die ORKB-Mitglieder zur Förderung des IT-Einsatzes bei der Prüfung sowie Identifizierung neuer Prüfungsinstrumente dar.

Für den neuen ASOSAI-Vorsitzenden Tan Sri Ambrin Buang war das Thema passend gewählt. Schließlich unterliegen die staatlichen Systeme, Prozesse und Verfahren einer Wandlung, da Technologien zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bzw.

Wirksamkeit öffentlicher Dienstleistungen eingesetzt werden.

Zudem fügte er hinzu, dass die Prüfer auf Fragen zum Verwaltungshandeln, dem offiziellen Mandat, Sicherheitsrisikomanagement und internen Kontrollen zur Sicherstellung der Integrität bzw. Glaubwürdigkeit der technologischen Infrastruktur achten müssen. Ferner müssten sie ihre Kompetenzen bei der Durchführung hochwertiger IT-Prüfungen ausbauen bzw. weiterentwickeln.

Der Generalsekretär der ASOSAI Hwang Chan-Hyun hält die Einführung eines auf IT gestützten Prüfungssystems zur Sicherstellung der Professionalität und Transparenz für notwendig, um auch das Vertrauen der Bürger in die Finanzkontrolle zu stärken.

Die Diskussionsveranstaltung des Symposiums am Vormittag wurde vom Präsidenten des indischen Rechnungshofes geleitet. Vier ORKB (Australien, China, Pakistan und Vietnam) haben an der Podiumsdiskussion teilgenommen. Am Nachmittag fand ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit Vertretern aus der Privatwirtschaft, Audit Command Language (ACL) Services Ltd, PWC und KPMG sowie IDI zu IT-Themen statt.

Auf der 49. Sitzung des ASOSAI-Präsidiums am 13.2.15 wurde zwei vorgeschlagenen Forschungsthemen zugestimmt: „Risikobewertung bei Abschlussprüfungen“ und „Prüfung von ÖPP“. Gastgeber der 50. Sitzung 2016 bzw. die 51. Sitzung 2017 sind die ORKB von Thailand bzw. von Indonesien.

CAROSAI

Generalsekretärin tritt in den Ruhestand ein

Nach sechs Jahren als Generalsekretärin und Rechnungsprüfungsdirektorin der ORKB von St. Lucia ist Averil James-Bonnette mit Beginn zum 1.12.14 in ihren Vorruhestand eingetreten.

Unter der Leitung von James-Bonnette hat die CAROSAI eng mit einer Reihe von Institutionen zusammengearbeitet, darunter IDI, die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank sowie einige regionale Organisationen wie AFROSAI-E, PASAI und OLACEFS.

CAROSAI hat stark von den verschiedenen Schulungen, dem gegenseitigen Austausch unter Fachleuten, Workshops, Konferenzen und regionalen Projekten zur institutionellen bzw. fachlichen Stärkung profitiert.

Als eine engagierte, hochmotivierte sowie passionierte Leiterin hat James-Bonnette immer besonders viel Zeit und Mühe investiert, um ihre ORKB wie auch die Mitglieder der CAROSAI nicht nur institutionell, sondern auch persönlich weiterzuentwickeln. Mit ihrem außerordentlichen Engagement hat sie die CAROSAI-Region geprägt.

Als Generalsekretärin der CAROSAI hat James-Bonnette an mehreren IDI- bzw. CAROSAI-Workshops der Region als Moderatorin teilgenommen; seit 2002 auch als IDI-Referentin.

„Die gesamte CAROSAI-Region, für die Sie sich unermüdlich zur Verbesserung des Berufsstandes der Prüfer eingesetzt haben, wird Sie vermissen. Sie haben sich in außergewöhnlichem Maße für CAROSAI und ihre ORKB eingesetzt“, so der Präsident des barbadischen Rechnungshofes sowie Präsidiumsmitglied Leigh Trotman.



Averil James-Bonnette

Die ehemalige CAROSAI-Vorsitzende Sharman Ottley bedankte sich bei James-Bonnette für ihre Begeisterung, Dynamik und Sorgfalt als Generalsekretärin der CAROSAI.

Laut der Präsidentin des Rechnungshofs von Montserrat Florence Lee sei die ehemalige Generalsekretärin ihren Pflichten mit Begeisterung, Verständnis und Sorgfalt nachgekommen. Der Präsident des antiguanischen Rechnungshofes Dean Evanson äußerte sich ähnlich. Ihm zufolge wird der CAROSAI-Gemeinschaft die Frau fehlen, die andere für eine Sache begeistern konnte.

In ihrer Abschiedsrede hat sich James-Bonnette für die beruflichen bzw. privaten Kontakte mit den Mitgliedern der CAROSAI in den vergangenen Jahren bedankt.

Das CAROSAI-Sekretariat wünscht James-Bonnette alles Gute für ihren neuen Lebensabschnitt.

“Die gesamte CAROSAI-Region, für die Sie sich unermüdlich zur Verbesserung des Berufsstandes der Prüfer eingesetzt haben, wird Sie vermissen. Sie haben sich in außergewöhnlichem Maße für CAROSAI und ihre ORKB eingesetzt.”

—Leigh Trotman, Präsident des barbadischen Rechnungshofes sowie Mitglied des Vorstands

KOMITEE FÜR DEN AUSBAU VON SACHKOMPETENZEN

Unterkomitee Peer Reviews

Peer Reviews sind für alle Teilnehmer von Vorteil; sie dienen dazu, die Prüfungsabläufe des Rechnungshofes zu überdenken.

Qualität sowie hervorragende Leistungen sind keine Selbstverständlichkeit; sie müssen in die Organisation eingebracht werden. Zudem sollten sie auf ständiger Fortentwicklung beruhen. Eine hervorragende Aufgabenerfüllung ist für eine ORKB wesentlich – denn der Ruf der ORKB beruht auf der Qualität ihrer Prüfungstätigkeit.

ORKB können nur durch vorbildliche Führung Ansehen bzw. Autorität erlangen. Das Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen (CBC) der INTOSAI und die Maßnahmen seiner Unterkomitees bieten Unterstützung bei der Verbesserung der Aufgabenerfüllung.

Die INTOSAI-Gemeinschaft sollte für eine beständige bzw. ausgewogene Entwicklung unter anderem das Instrument der Peer Review einsetzen.

Das CBC-Unterkomitee Peer Reviews plant, bewertet und fördert optimales Verwaltungshandeln sowie die Qualitätssicherung durch freiwillige fachliche Begutachtungen nach dem bei der jährlichen CBC-Sitzung vom 9.-11.9.14 in Lima entstandenen Gemeinsamen Arbeitsplan.

In diesem Arbeitsplan sieht Ziel 6 die Unterstützung von Bemühungen für den Ausbau von Sachkompetenzen (gegenseitige fachliche Beurteilung bzw. Selbsteinschätzung nach ISSAI 5600) vor. Mit der Initiative 6.2 sollen die Bewertung und Dokumentation bestehender Peer Reviews in der INTOSAI-Gemeinschaft fortgeführt werden. Zudem sollen die Peer-Review-Ergebnisse verbreitet werden.

Der slowakische Rechnungshof führt eine jährliche E-Mail-Umfrage zu Peer Reviews innerhalb der INTOSAI-Gemeinschaft durch. 2014 wurden 170 INTOSAI-Mitgliedern Erhebungsfragebögen zugesandt.

Nachdem der Fragebogen in der zweiten Januarhälfte 2015 versandt wurde, haben ihn bis auf 10 Rechnungshöfe alle

INTOSAI-Mitglieder der INTOSAI-Mitgliederliste auf der INTOSAI-Website (193 Rechnungshöfe, der slowakische Rechnungshof ausgenommen) per E-Mail empfangen. Zu den Empfängern haben auch das INTOSAI-Generalsekretariat, die Sekretariate der Regionalen Arbeitsgruppen sowie die überstaatlichen Organisationen IDI und OECD (als INTOSAI-Partner) gezählt.

Die E-Mail an die INTOSAI-Mitglieder enthielt ein Schreiben des Präsidenten des slowakischen Rechnungshofes Ján Jasovský, der an die Leiter aller Rechnungshöfe gerichtet ist und die Bedeutung von fachlichen Begutachtungen unterstrichen hat.

Jasovský hat dabei einen Punkt im Fragebogen hervorgehoben. In diesem wird danach gefragt, ob der Empfänger an der Aufnahme in die Liste potentieller Gutachter interessiert wäre.

Das übergeordnete Ziel wäre die Erstellung eines Gutachterpools, die einfach durch den Rechnungshof erreicht werden können, der eine fachliche Begutachtung durchführen möchte. Diese „Kontaktvermittlung“ könnte die Vorbereitung einer Peer Review erleichtern.

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, hat sich der slowakische Rechnungshof als Gutachter für interessierte Rechnungshöfe angeboten.

Unter der slowakischen Federführung erfolgt auch die fachliche Begutachtung des lettischen Rechnungshofes, an der die Rechnungshöfe der Vereinigten Staaten, der Niederlande, Polens und Dänemarks sowie der Europäische Rechnungshof beteiligt sind. Diese Peer Review soll bis Juli 2015 abgeschlossen sein.

Im Mai 2015 sollen auch die Ergebnisse der Peer-Review-Umfrage der INTOSAI-Gemeinschaft auf der CBC-Website zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Informationen finden Sie auf der CBC-Website unter: www.intosaicbc.org

Vgl. auch: Gemeinsamer Arbeitsplan:

www.intosaicbc.org/wp-content/uploads/2014/05/CBC-work-plan-2014-2016.pdf

EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF

Nachruf Henrik Otbo

von Henrik Otbos Dienstzimmer im Europäischen Rechnungshof

Am Montagmorgen des 2.2.15 erreichte den EuRH die traurige Nachricht vom Tod des dänischen Mitglieds Henrik Otbo am Vortag.

Henrik Otbo wurde 1949 geboren. Seit März 2012 war er ein Mitglied des EuRH. Zudem war er in der Zeit von 1984-1989 am EuRH tätig.

Die meiste Zeit hat er beim dänischen Rechnungshof verbracht, dessen Präsident er 16 Jahre lang war. Während dieser Jahre hat er die Entwicklung des dänischen Verwaltungshandels bzw. der Finanzverwaltung entscheidend beeinflusst. Neben seinem Weitblick hat Otbo die Notwendigkeit der Professionalisierung des Rechnungshofes erkannt. Zur Erlangung eines stetigen Einflusses auf die öffentliche Verwaltung müsste eine Beschränkung auf eine bürokratische Aufsicht aufgegeben werden.

Zugleich hat er sich mit voller Kraft für die Vermittlung von Prüfungsfeststellungen bzw. Prüfungsurteilen in einer kurzen, klaren und präzisen Weise eingesetzt, sodass die geprüften Stellen sowie die Interessenvertreter diese verfolgen konnten.

Da der Schwerpunkt auf Professionalisierung lag, war der Rechnungshof an einer Vielzahl von Peer Reviews anderer Länder beteiligt. Der dänische Rechnungshof wurde zudem eingeladen, sich am Global Audit Leadership Forum – einer Gruppe der führenden Rechnungshöfe der Welt – zu beteiligen.

2004 wurde Otbo von INTOSAI zum Vorsitzenden des neugegründeten Komitees für Fachliche Normen ernannt, dessen Ziel die Festlegung gemeinsamer internationaler Prüfungsnormen war. Otbo ist bis zu seinem Rücktritt als Präsident des dänischen Rechnungshofes im Jahr 2012 Vorsitzender des Komitees geblieben.

Nach seinem Rücktritt hat er weiterhin als Beobachter den erfolgreichen Abschluss der Arbeit verfolgt, als im Oktober 2013 in Peking eine Reihe internationaler Prüfungsnormen von den ORKB angenommen wurde.

Otbo hat große Stücke auf seine Tätigkeit als dänisches Mitglied des EuRH gehalten. In der Kammer für Grundsatzfragen (zuständig für die



Henrik Otbo

Koordinierung, Evaluierung, Qualitätssicherung und Entwicklung) hat er eine Plattform gefunden, mit der er weiterhin als Vertreter für die Erzielung von Ergebnissen und die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung eintreten konnte – immer mit der Motivation, das Geld der Steuerzahler optimal zu nutzen. Er hat die Bedeutung der Erzielung guter Ergebnisse betont, wann immer sich die Gelegenheit dazu geboten hat – z. B. beim Gespräch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments oder der Kommission.

Beim EuRH hat er sein Streben nach Modernisierung und Verbesserung fortgesetzt. Er hat sich bei der Reform des Jahresberichts des EuRH nach 2014 engagiert. Zudem ist er für einen Jahresbericht eingetreten, in dem die Tätigkeiten anderer eine größere Rolle spielen würden und in dem klare Antworten auf die folgenden Fragen gefunden werden könnten: »

Wo sind Probleme aufgetreten, warum sind diese aufgetreten und wie kann dagegen vorgegangen werden?

Als ehemaliger Spitzensportler hatte Otbo hohe Ansprüche an sich und andere. Er hat nicht nur großen Wert auf Loyalität gelegt, sondern hat von seinen Bediensteten erwartet, im besten Interesse der Organisation zu handeln. Zugleich war Otbo der erste, der bei Bedarf Unterstützung geboten hat.

Otbo war in jeder Hinsicht ein großer Mann. Wo auch immer er im Einsatz war, hat er sich um Modernisierung, Rationalisierung und Ergebnisorientierung bemüht, wobei er niemals die Menschen aus dem Blick verloren hat, die zum Erfolg der Institutionen beigetragen haben. Zudem hat er ihre Bemühungen gewürdigt.

Otbos Beisetzung hat am 6.2.15 in seiner Heimatstadt Farum stattgefunden. Neben seiner Familie und Freunden haben auch viele ehemalige Kollegen des dänischen Rechnungshofes, Vertreter der Ministerien sowie öffentlicher Institutionen, Politiker wie auch eine Delegation vom EuRH Otbo die letzte Ehre erwiesen.

Zahlreiche Kondolenzschreiben sind beim EuRH von ORKB bzw. anderen Stellen weltweit eingegangen. Otbo wird uns sehr fehlen. Unser tiefempfundenes Mitgefühl gilt seiner Familie, die durch sein frühes Ableben einen ungeheuren Verlust erlitten hat.

Weitere Informationen erhalten Sie vom EuRH

E-Mail: liaison.officer@eca.europa.eu

Website: <http://www.eca.europa.eu>

FINANZ- UND VERWALTUNGSKOMITEE

Task Force Strategische Planung

Die INTOSAI Task Force Strategische Planung (TFSP) hat ihre dritte Sitzung (bzw. zweite vor Ort) am 5.3.15 im Rechnungshof in Wien abgehalten. Leiter und Mitarbeiter von 15 ORKB, der IDI sowie des Generalsekretariats nahmen an dieser eintägigen Sitzung zur Erörterung des nächsten Strategischen Plans der INTOSAI teil. Zu den Beratungsthemen gehörten die Unabhängigkeit der ORKB, der INTOSAI-Normsetzungsprozess, die Entwicklung von Kompetenzen für ORKB sowie die steigenden globalen Erwartungen an die INTOSAI bzw. ORKB.

Die Sitzung der TFSP fand unmittelbar nach dem zweieinhalbtägigen 23. VN/INTOSAI-Symposium zum Thema „Post-2015-Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen: Rolle der ORKB und Möglichkeiten zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung“ statt. Neben der wachsenden globalen Anerkennung hat das Symposium vor allem die Erwartungen an die zentrale Rolle der ORKB bzw. der INTOSAI hinsichtlich der Überwachung und Evaluierung der Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele und Entwicklungsbemühungen unterstrichen. Die Anerkennung dieser Rolle zeigt sich auch in den Resolutionen der Generalversammlung der VN vom Dezember 2011 „Förderung einer wirtschaftlichen, rechenschaftspflichtigen, wirksamen und transparenten öffentlichen Verwaltung durch Stärkung der Obersten Rechnungskontrollbehörden“ (A/66/209) bzw.

vom Dezember 2014 „Förderung und Unterstützung einer wirtschaftlichen, rechenschaftspflichtigen, wirksamen und transparenten öffentlichen Verwaltung durch Stärkung der Obersten Rechnungskontrollbehörden“ (A/69/228). Die Resolutionen der Generalversammlung sowie die Gespräche bzw. Schlussfolgerungen des Symposiums haben das Treffen der TFSP in einen größeren Rahmen gestellt.

Die TFSP hat sich mit den Hauptfragen im Zusammenhang mit dem nächsten Strategischen Plan für den Zeitraum 2017–2022 befasst. Diese ergeben sich unter anderem aus den Ergebnissen der internen und externen Umfragen der TFSP, sonstigen Maßnahmen der INTOSAI, dem ersten TFSP-Treffen vom 5.11.14 sowie den Beiträgen der TFSP-Mitglieder. Ausgearbeitet wurden diese Hauptfragen am 28. bzw. 29.1.15 von 23 TFSP-Mitgliedern aus 13 unterschiedlichen ORKB bei einem Treffen auf Arbeitsebene in Washington, D.C.

INTOSAI-Generalsekretär Josef Moser hat am 5.3.15 das Treffen eröffnet. Dabei hat er die Bedeutung des VN/INTOSAI-Symposiums sowie die Auswirkungen auf den Strategischen Plan hervorgehoben. Es sei unerlässlich, im neuen Plan neben der Unabhängigkeit und Fachkompetenz von ORKB die Bedeutung der öffentlichen Rechnungslegung für eine wirtschaftliche, wirksame, transparente und rechnungslegungspflichtige Umsetzung der Post-2015-Entwicklungsagenda sowie

der nachhaltigen Entwicklungsziele hervorzuheben. Alle ORKB müssten sich dieser bedeutenden Rolle bei der Umsetzung, Überwachung bzw. Kontrolle der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie der Möglichkeit, allen Interessenträgern in diesem Zusammenhang den Wert und Nutzen von ORKB zu zeigen, bewusst sein.

Der Vorsitzende des Finanz- und Verwaltungskomitees (FAC), Osama Faqeeh, hat sich ebenfalls an die TFSP-Mitglieder gewandt. Dabei hat er die weltweite Anerkennung für die INTOSAI unterstrichen, die auch eine entsprechende Verantwortung nach sich ziehe. Laut Faqeeh habe die staatliche Finanzkontrolle anspruchsvolle Ziele und Erwartungen zu erfüllen. Die INTOSAI hat in der Zeit der Umsetzung der beiden ersten Strategischen Pläne sehr viel erreicht. Aufbauend darauf ist es wichtig, sich neben den Erfolgen gleichzeitig der Vielfalt und besonderen Bedürfnisse der INTOSAI-Mitglieder bewusst zu sein sowie der Möglichkeiten für weitere Erfolge in der Zukunft.

Die TFSP hat sowohl die grundlegende Struktur als auch breite inhaltliche Parameter für den nächsten Plan vereinbart. Der erste Entwurf des neuen Plans wird in den nächsten Wochen erstellt, da die TFSP die Präsidiumstagung im November 2015 als wichtigen Meilenstein für eine erste Erörterung des neuen Plans sieht, bevor allen INTOSAI-Mitgliedern Anfang 2016 eine erste Kommentierungsvorlage zugeleitet wird.

Wie beim Treffen am 5. März vereinbart und gemäß den Ergebnissen der internen Umfrage baut der neue Plan auf den Aufgaben, Vorstellungen, Werten und Zielen des derzeitigen Plans auf. Aktualisierungen sind vor allem beim Normsetzungsprozess vorgesehen. Der neue Plan soll auf den Schlüsselfunktionen bzw. Errungenschaften in der Normsetzung, Entwicklung von Sachkompetenzen sowie dem Wissensaustausch aufbauen. Die Mitglieder der TFSP haben Anregungen dazu gegeben und Verbesserungsvorschläge gemacht.

Die TFSP hat sich auf fünf übergeordnete Themen verständigt, die den Rahmen und die Grundlage für die Schwerpunktsetzung der INTOSAI in den nächsten Jahren liefern sollen:

- Unabhängigkeit der ORKB,
- Überwachung bzw. Evaluierung der nachhaltigen Entwicklungsziele im Rahmen der jeweiligen Prüfungsmandate,
- Wirksame Koordinierung von Normsetzung, Wissensaustausch und Entwicklung von Sachkompetenzen der ORKB, unter Berücksichtigung der Regionalorganisationen, um ORKB

bei der Verbesserung ihres Wertes bzw. Nutzens gegenüber den Bürgern und Interessenträgern zu unterstützen,

- eine strategisch flexible INTOSAI, die auf neue Möglichkeiten sowie Risiken angemessen reagiert,
- Engere Zusammenarbeit bzw. Abstimmung mit den Regionalorganisationen der INTOSAI.

Diese übergeordneten Schwerpunkte werden in den Maßnahmen der einzelnen Ziele der INTOSAI für den Zeitraum 2017-2022 aufgegriffen. Wie im derzeitigen Strategischen Plan lauten die Ziele weiterhin wie folgt:

- Ziel 1. Rechenschaftspflicht und fachliche Normen
- Ziel 2. Institutioneller Ausbau von Sachkompetenzen
- Ziel 3. Austausch von Wissen und Wissensmanagement-Dienste
- Ziel 4. Internationale Organisation mit Vorbildcharakter

Um die Maßnahmen besser auf jedes einzelne der Ziele abzustimmen, hat die TFSP vereinbart, für jedes Ziel zwei oder mehrere strategische Ziele festzulegen. Dies dient der weiteren Klärung der Zielerwartungen, der Messung und Berichterstattung über jedes Ziel sowie der Schwerpunktmaßnahmen. Die strategischen Ziele sind auf die Ergebnisse der INTOSAI für den Zeitrahmen des nächsten Strategischen Plans anstrebt zugeschnitten. In den nächsten Monaten werden die Zielvorsitzenden mit der TFSP und den Regionen die strategischen Ziele gemeinsam erarbeiten.

Der neue Plan sieht Leistungskontrollen, Bewertungsinstrumente und Risikoanalysen sowie einen Metafinanzierungsplan vor. Darüber hinaus sollen auch verstärkt gemeinsame und abgestimmte Prüfungen durchgeführt werden, die sich auch sehr gut zur Verfolgung der nachhaltigen Entwicklungsziele der VN eignen.

Schließlich wird die TFSP auch eingehend Möglichkeiten erörtern, damit die zukünftige Verwaltungsstruktur der INTOSAI den anspruchsvollen Zielvorgaben entspricht. Die TFSP wird sich auch eingehend damit beschäftigen, die Zusammensetzung von Präsidium und FAC so zu gestalten, dass neben einer Überwachung der Umsetzung der strategischen Ziele der INTOSAI die Leitung der Organisation reibungslos gewährleistet wird sowie klare strategische Vorgaben erfolgen können.

Fragen, Kommentare und Vorschläge können über INTOSAIstrategicPlan@gao.gov an die TF gerichtet werden.

OLACEFS

Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen

Das Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen der OLACEFS (CCC) stellt die neue Verwaltungssoftware „Bildungsmanagement“ vor. Diese Software verbessert die Registrierung von Teilnehmern, Kursen, schulischen Tätigkeiten sowie die Zertifizierung der verschiedenen Maßnahmen des CCC.

Die Software soll den Steuerungsprozess des CCC als kostensenkende Maßnahme verbessern. Das System bietet vier Module: Kursprogramm, Anmeldung, Koordinierung und Zertifizierung.

Es bietet die folgenden Vorteile:

- Datenvereinheitlichung durch Kurskataloge mit Dozentenangaben und Zertifizierungen
- geordnete Verwaltung der Dokumentation zu Anwesenheitszeiten, Evaluierungen, Anmeldungen und Zertifikaten
- verbesserte Koordinierung, da jeder Anwender Zugang zu mehr als einem Profil gleichzeitig haben kann



- Vorlagen für Zertifizierungen ermöglichen den Nachweis verschiedener Maßnahmen zum Aufbau von Sachkompetenzen

Die Bedeutung dieses Instrumentes der OLACEFS für ORKB:

- Teilnahmebestätigung durch die Ausstellung von Zertifikaten bzw. Nachweisen für die jeweils durchgeführte Maßnahme
- Kodifizierung von Zertifikaten bzw. Nachweisen, die von einer spezifischen Plattform mit einem Freischaltcode ausgegeben werden
- Ein Verzeichnis der Kurse, Dozenten sowie Teilnehmer ermöglicht die Erstellung und Nutzung bestimmter Statistiken

OLACEFS

Abgestimmte Prüfung zur Steuerung der Informationstechnologien

Gestützt auf anerkannte Praxis und fachliche Normen zur Haushaltssteuerung von ORKB ist eine abgestimmte Prüfung der IT-Steuerung in Vorbereitung.

Die Prüfung wird vom brasilianischen Rechnungshof koordiniert. Außerdem sind die Rechnungshöfe aus Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Panama, Paraguay und Peru daran beteiligt.

Vom 21.-25.7.14 hat ein Schulungsworkshop bzw. Planungstreffen stattgefunden, um sich über ein

übergreifendes Prüfungskonzept auszutauschen sowie den Prüfungsablauf zu erörtern. Zudem wurden Prüfungsziele, Prüfungskriterien und Prüfungsschwerpunkte festgelegt.

Nach der Planung folgt ein Vertiefungsworkshop der abgestimmten Prüfung zur IT-Steuerung. Dieser ist für den 24.-26.3.15 in San Jose angesetzt.

Ziel dieses Treffens ist die Information über den Stand des IT-Einsatzes der OLACEFS-Länder.

VN/INTOSAI-Symposium

Rolle der ORKB und Möglichkeiten zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung

Beim 23. VN/INTOSAI-Symposium vom 2.-5.3.15 in Wien haben die Teilnehmer den Schwerpunkt auf die Rolle gelegt, die Institutionen – Bürger, Parlamente, Staaten, ORKB, die VN selbst und wichtige Entwicklungspartner – bei der Sicherstellung nachhaltiger Entwicklung in der Zeit nach 2015 spielen.

Mehr als 150 Vertreter aus 70 Ländern und sechs internationalen Organisationen haben die notwendige Einbindung aller Beteiligten in die Bestrebungen zur Erreichung der Post-2015-Ziele erörtert.

Bei dem Symposium wurde die Rolle der ORKB schwerpunktmäßig behandelt. Leiter von 43 ORKB hatten Gelegenheit an rund 20 Vorträgen teilzunehmen und zu drei verschiedenen parallelen Sitzungen beizutragen, in denen drei Hauptfragen erörtert wurden:

- Welche Rolle spielt die Finanzkontrolle bei Fragen der nachhaltigen Entwicklung?
- Unter welchen Voraussetzungen kann die staatliche Finanzkontrolle wirksam an der Post-2015-Entwicklungsagenda mitwirken?
- Welche Erfahrungen haben ORKB in diesem Bereich und welche Möglichkeiten zur Mitwirkung bestehen?

Österreichs Präsident Heinz Fischer hat die TeilnehmerInnen begrüßt. Als erster hat er die bedeutende Rolle der ORKB gewürdigt. ORKB müssten zusammen mit den VN die Aufgaben der Post-2015-Entwicklungsagenda angehen und Chancen aufgreifen.

In seinem Vortrag hat der Generalsekretär der INTOSAI, Dr. Josef Moser, Aufgaben der Rechnungslegung des öffentlichen Sektors hervorgehoben. Ein garantiertes Recht zur Prüfung von Jahresabschlüssen oder öffentlichen Haushalten sowie zur Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfung für ORKB sei notwendig. Zudem erinnerte Dr. Moser daran, dass Bürger bei Transparenz bzw. staatlicher Rechenschaftspflicht in hohem Maße auf ORKB angewiesen sind.

Für den Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen, Wu Hongbo, zeigt das Symposium die Bedeutung, die die VN bzw. INTOSAI der Förderung nachhaltiger Entwicklung beimessen. Durch 17 Hauptziele und 169 Einzelziele soll die umfassende Agenda allen ein besseres Leben ermöglichen. Integration sei wichtig – ORKB müssten sich stärker bei Beratungen zur Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Sparsamkeit der Umsetzung staatlicher Maßnahmen engagieren.

Die VN-Untergeneralsekretärin für Innenrevision Carman Lapointe hat die Evaluierungsergebnisse der Millennium-Entwicklungsziele (MDG) erörtert. Es habe eine Reihe von Kapazitätslücken gegeben, die nicht personell ausgestattet wurden, der Begleitungs- und Bewertungsrahmen habe sich erheblich verändert und es seien keine Vorkehrungen für gründliche Bewertungen getroffen worden. Wirtschaftlichkeitsprüfung sei ein geeignetes Instrument zur Begleitung bzw. Bewertung nachhaltiger Entwicklungsziele. Verlässliche Daten auf kommunaler, regionaler und globaler Ebene seien dabei unverzichtbar. Lapointe hat am Ende ihres Vortrags die ORKB dazu aufgefordert, mit Prüfungsstellen des VN-Systems zusammenzuarbeiten, um Methoden auszutauschen sowie gemeinsam Aufgaben im Rahmen der Post-2015-Entwicklungsagenda festzulegen.

Laut dem Vorsitzendem des VN-Wirtschafts- und -Sozialrats (ECOSOC) Martin Sajdik benötigt die internationale Gemeinschaft Informationen über die Auswirkungen der nachhaltigen Entwicklungsziele – die Überprüfung ihrer Umsetzung müsse ein mehrstufiger Prozess auf nationaler, regionaler und globaler Ebene sein. Als Instrumente der Überwachung bzw. Überprüfung können ORKB die öffentliche Rechenschaftspflicht sicherstellen und damit die Grundvoraussetzung für die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele schaffen.

Der Vertreter des chinesischen Rechnungshofes Zhang Tong erörterte die Rolle der Finanzkontrolle bei der Förderung nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in China.

Auf diese Eröffnungsvorträge folgten Beiträge von Vertretern anderer Stellen, die eine Rolle bei der Sicherstellung einer erfolgreichen Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele spielen.

Amitabh Mukhopadhyay (ehemals indischer Rechnungshof) hat an die ORKB appelliert, sich der schwachen Stellung der Bürger bewusst zu sein. Er hat renommierte Behörden – wie ORKB – dazu aufgefordert, Bürger dabei zu unterstützen, staatliche Stellen zur Rechenschaft zu ziehen. ORKB könnten auch eine bedeutende Rolle bei der Bekämpfung von Korruption spielen. Sie überwachten öffentlich-private Partnerschaften und könnten dadurch die Rechenschaftspflicht stärken, Wirtschaftlichkeitsprüfungen im Gesundheitswesen durchführen sowie die Regulierungsprozesse und die sinnvolle Nutzung von Hauptrohstoffen wie Land, Wasser und fossiler Brennstoffe prüfen. Er erinnerte an die besondere Verantwortung der ORKB bei der Information der Öffentlichkeit über die langfristige »

Der Schwerpunkt lag auf der Rolle der Institutionen – Bürger, Parlamente, Staaten, ORKB, die VN selbst und wichtige Entwicklungspartner – bei der Sicherung des Fortschritts auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in der Zeit nach 2015.

Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen – ORKB seien daher aufgefordert, die Vorgaben von ISSAI 12 (Der Wert und Nutzen von ORKB – Bewirkung einer Veränderung im Leben der Bürgerinnen und Bürger) zu erfüllen.

Österreichs Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Michael Linhart, erinnerte die Beteiligten an die drei Säulen – sozial, wirtschaftlich und ökologisch – nachhaltiger Entwicklung der Post-2015-Agenda. Zur Erfüllung dieser Vorgaben müssten ORKB alle relevanten Bereiche der öffentlichen Verwaltung prüfen und ihre Feststellungen der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Es wurde eingeräumt, dass nicht alle ORKB über das erforderliche Mandat für die oben genannten Vorgaben verfügten. Zudem müssten globale Partner berücksichtigen, wie die Unabhängigkeit und Qualität der ORKB gefördert werden kann.

Laut der Vorsitzenden des VN-Sachverständigenausschusses für öffentliche Verwaltung, Margaret Saner, sollten die für die Post-2015-Entwicklungsagenda notwendigen Veränderungen nicht unterschätzt werden. So seien globale Ziele mit geeigneten Konzepten auf nationale und lokale Ebenen zu übertragen, womit Risiken des Verwaltungshandelns sowie neue Aufgaben einhergehen. Führungsverhalten gehöre zu den Erfolgsfaktoren. Sie hat an die ORKB appelliert, mit Rücksicht auf schwerfällige Verwaltungsapparate keine zu ehrgeizigen Ziele festzulegen.

Jennifer Thompson von der Weltbank betonte die Bedeutung der Finanzkontrolle bei der öffentlichen Mittelverwaltung. Da mehr als eine Milliarde Menschen in extremer Armut lebten, müsse der maximale Nutzen aus den eingesetzten Mitteln gezogen werden.

Einar Gorrison von der INTOSAI-Entwicklungsinitiative beschäftigte sich mit den Aufgaben bzw. Chancen für ORKB beim Ausbau der Sachkompetenzen. Er hat

sieben wichtige Faktoren für die Entwicklung von Sachkompetenzen hervorgehoben:

- stärkere Anerkennung der wertschöpfenden Rolle der ORKB sowie Unterstützung der Entwicklung von Kompetenzen der ORKB
- bedarfsgerechte bzw. nachhaltige Förderung der Entwicklung von Kompetenzen
- Leitung einer ORKB
- ISSAI als Plattform für die Entwicklung von Kompetenzen der ORKB
- Relevanz der ORKB und Vorbildfunktion
- Möglichkeiten durch neue Technologien.

Am zweiten Tag des Symposiums lag der Schwerpunkt auf den Möglichkeiten der ORKB, sich wirksam für die Post-2015-Entwicklungsagenda einzusetzen.

Für den mexikanischen Rechnungshof liegt der Schwerpunkt des Beitrags, den die ORKB zur nachhaltigen Entwicklung leisten können, auf der Maßnahmenprüfung. Zum Beispiel müssen ORKB striktere Methoden bei der Beurteilung der Ergebnisse staatlicher Strategien anwenden sowie mehr erfolgsorientierte Prüfungen durchführen. ORKB können die für objektive bzw. klare Begründungen über die Erreichung staatlicher Strategien notwendige unabhängige Stimme sein. Es sei jedoch wichtig, dass Staaten die die Aufgaben und Risiken nachhaltiger Entwicklung identifizierenden Empfehlungen der ORKB aufnehmen.

Der südafrikanische Rechnungshof hat sich zur Beachtung der Kompetenzen sowohl auf institutioneller als auch auf organisatorischer Ebene geäußert. Dabei ist er auch auf die Ebene des einzelnen Prüfers eingegangen. Die herkömmlichen Prüfungsdisziplinen haben die Grundlage für die wertschöpfende Rolle der

Drei Hauptfragen wurden erörtert:

1. Welche Rolle spielt die Finanzkontrolle bei Fragen der nachhaltigen Entwicklung?
2. Unter welchen Voraussetzungen kann die staatliche Finanzkontrolle wirksam an der Post-2015-Entwicklungsagenda mitwirken?
3. Welche Erfahrungen haben ORKB in diesem Bereich und welche Möglichkeiten zur Mitwirkung bestehen?

ORKB geboten. Jedoch müssen ORKB auch auf das wandelnde Umfeld eingehen.

Nach dem brasilianischen Rechnungshof bleibt der öffentliche Schuldenabbau der Hauptfaktor bei der Bestimmung der öffentlichen finanziellen Nachhaltigkeit. Zudem hat er über einige seiner Initiativen zur Stärkung des öffentlichen Verwaltungshandelns wie die Festlegung von Haushaltszielen, die öffentliche Schuldenverwaltung, das Ergebnis des Haushaltsvollzugs und die Eintreibung von Krediten informiert.

Der Rechnungshof der Vereinigten Arabischen Emirate hat sinnvolle Rechnungslegungsvorschriften für finanzielle Nachhaltigkeit gefordert. Die Interessenträger sollten erkennen, dass ORKB häufig über unzureichende Mittel verfügen. Die externe Finanzkontrolle sollte auf sachgemäße Rechnungslegungsvorschriften sowie fundierte Rechnungslegungssysteme und kompetentes Prüfungspersonal hinwirken.

Für den österreichischen Rechnungshof sind die öffentlichen Finanzen ein Schlüsselinstrument, das Bürger über die finanzielle Lage des Staates informiert. Die Verbesserung des Rechnungswesens sei daher für zuverlässige Daten entscheidend. Dazu gehören z. B. die Kapitalflussrechnung, die Bilanz sowie die Erfolgsrechnung. Seit ihrer Einführung in Österreich habe die Doppik bedeutend die Aussagekraft von Jahresabschlüssen verbessert. ORKB könnten und sollten eine Reform des staatlichen Rechnungswesens unterstützen bzw. dazu beitragen.

Der ghanaische Rechnungshof hob diesbezügliche Prüfungserfahrungen hervor:

- Prüfungen der Wasserversorgung im ländlichen Raum – die Prüfung habe dazu geführt, dass die Weltbank bei der Weiterführung von ins Stocken geratenen Projekten unterstützt hat,

- Schutz des Ökosystems – diese Prüfung hat zum Tätigwerden des Parlamentes geführt,
- wachsende Nahrungsmittelprognosen, sodass Entwicklungspartner bzw. Entscheidungsträger fundiertere Entscheidungen treffen können,
- die Auswirkungen von Bergbauarbeiten auf die betroffenen Gemeinden,
- Erhaltung der Wälder und
- physische Infrastruktur.

Diese Beispiele machen die Rolle der externen Finanzkontrolle für die Post-2015-Entwicklungsagenda deutlich.

Der Rechnungshof des Vereinigten Königreichs hat sich mit der Rolle der Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Organen der externen Finanzkontrolle bei der Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung bzw. Wirtschaftswachstum befasst. Geeignete Tätigkeitsfelder seien Fragen der öffentlichen Ordnung, wie z. B. Verbesserung der nationalen Infrastruktur, Erhöhung des Bildungsniveaus und die Entwicklung sachgemäßer bzw. wirksamer Regulierungssysteme.

Als Fazit hat der fachliche Leiter des Symposiums und Präsident des südafrikanischen Rechnungshofes, Kimi Makawetu, angemerkt, dass die Erwartungen an die Rolle der ORKB in der Post-2015-Entwicklungsagenda vielfältig sind und ein breites Spektrum umfassen. Auch wenn dies alles gute Möglichkeiten für ORKB sein könnten, noch mehr an Bedeutung zu gewinnen, sei es für die einzelnen ORKB, bzw. die INTOSAI, nicht leicht, den in sie gesetzten Erwartungen gerecht zu werden. Obwohl nachhaltige Entwicklung auch für die Organe der staatlichen Finanzkontrolle erstrebenswert sei, dürften die Ziele angesichts der begrenzten Mittel für die Prüfungstätigkeit nicht überspannt werden.

VN-Resolution A 69/228

Neue Resolution der VN-Generalversammlung fordert eine Stärkung der ORKB in der Post-2015-Entwicklungsagenda

von Robert Sattler

Leiter des Generalsekretariats, INTOSAI

Die neue Resolution der VN-Generalversammlung unterstreicht die bedeutende Rolle der ORKB bei der Förderung von Wirtschaftlichkeit, Rechenschaftslegung, Wirksamkeit und Transparenz in der öffentlichen Verwaltung.

Bei ihrem Bestreben, die externe Finanzkontrolle weltweit zu stärken, konnte die INTOSAI-Gemeinschaft jüngst einen wichtigen Erfolg vermelden: Nach Jahren des Bemühens um eine Verankerung der Funktion und Rolle von ORKB in den Post-2015-Zielen für nachhaltige Entwicklung wurde am 19.12.14 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) schließlich eine Resolution mit entsprechendem Inhalt verabschiedet.

In Resolution A 69/228 stellt die Generalversammlung klar, dass eine Stärkung der ORKB von wesentlicher Bedeutung ist. ORKB können ihre Aufgaben nur dann objektiv und wirksam erfüllen, wenn diese unabhängig von der geprüften Stelle tätig werden können und vor Einflussnahmen von außen geschützt sind.

In der Resolution wird zudem die Bedeutung der ORKB bei der Sicherstellung von Wirtschaftlichkeit, Rechenschaftslegung und Transparenz in der öffentlichen Verwaltung hervorgehoben – Aspekte, die bei der Umsetzung nationaler Entwicklungsziele und Prioritäten sowie der international vereinbarten Entwicklungsziele von maßgeblicher Bedeutung sind.

Die Generalversammlung nimmt in ihrer Resolution ferner Bezug auf die Deklaration von Lima und Mexiko und legt den UN-Mitgliedstaaten nahe, die hierin niedergelegten Grundsätze – stets unter Berücksichtigung nationaler institutioneller Strukturen – zur Anwendung zu bringen. Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten und betreffenden Einrichtungen der Vereinten Nationen aufgefordert, ihre Zusammenarbeit mit INTOSAI – insbesondere im Bereich Fort- und Weiterbildung – fortzuführen und zu vertiefen.

Ziel der Zusammenarbeit soll die Förderung von Good Governance auf allen Ebenen durch Sicherstellung einer wirtschaftlichen,

wirksamen und transparenten Verwaltung sowie einer verbesserten Rechenschaftslegung sein. Die Umsetzung dieses Ziels erfordert eine wirksame externe Finanzkontrolle sowie optimierte Verfahren zur öffentlichen Rechenschaftslegung.

Die Mitgliedstaaten werden in der Resolution schließlich aufgefordert, gestützt auf nationale institutionelle Strukturen, die Unabhängigkeit der ORKB zu achten und den Ausbau der Sachkompetenzen zu fördern. Außerdem sollen sie die Verfahren zur öffentlichen Rechenschaftslegung im Rahmen der Post-2015-Agenda im Einklang mit nationalen Entwicklungsplänen stärken. Eine Fortführung der internationalen Zusammenarbeit zur Förderung von Entwicklungsländern wird als wesentlich betrachtet. Schwerpunkt sollte der Ausbau von Sachkompetenzen sowie der Austausch von vorbildhaften Verfahren und Erfahrungen im Bereich der Rechenschaftslegung und Prüfung sein.

Dank der gemeinsamen Anstrengungen ihrer Mitglieder konnte INTOSAI im Jahr 2014 noch weitere Erfolge verzeichnen: Zu nennen sind hier vor allem der erfolgreiche aktive Beitrag zu einer ganzen Reihe von VN-Dokumenten und Entscheidungen, die eine Stärkung der ORKB fordern. So wurde in der Ministerialerklärung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECO-SOC) beispielsweise die Bedeutung von Good Governance, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Rechenschaftslegung auf allen Ebenen hervorgehoben.

Der ECOSOC würdigte darüber hinaus die herausgehobene Rolle der ORKB und deren Personalentwicklung bei der Sicherstellung öffentlicher Rechenschaftslegung hinsichtlich Mittelbewirtschaftung und Umsetzung der Entwicklungsziele. Der Rat rief die Mitglieder

Sämtliche INTOSAI-Mitglieder sind nun dazu aufgerufen, ihre Regierungen noch engagierter anzuhalten, die Unabhängigkeit und Stellung von ORKB sowie die Verfahren zur Rechenschaftslegung zu stärken und dies auch als Ziel in der Post-2015-Entwicklungsagenda zu verankern.

dazu auf, die Unabhängigkeit der ORKB im Zusammenhang mit der Post-2015-Entwicklungsagenda entsprechend zu berücksichtigen.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist der Entwurf der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), der zwei Zielsetzungen mit Bedeutung für die Personalentwicklung bei ORKB umfasst: Neben der Entwicklung wirksamer, verantwortungsvoller und transparenter Institutionen auf sämtlichen Ebenen ist dies die Förderung der internationalen Unterstützung bei der Umsetzung einer effektiven und zielgerichteten Personalentwicklung in Entwicklungsländern.

Schließlich betonte auch der VN-Generalsekretär in seinem Kurzbericht zur Post-2015-Agenda ausdrücklich, wie wichtig es sei, die ORKB als nationale Aufsichtsorgane zu stärken.

Diese Erfolge – insbesondere die kürzlich verabschiedete Resolution – sind Ergebnis der unermüdbaren Zusammenarbeit der gesamten INTOSAI-Gemeinschaft in den vergangenen Jahren.

Im Jahr 2015 werden die Vorbereitungen für die Post-2015-Entwicklungsagenda intensiv fortgesetzt und voraussichtlich Ende 2015 zum Abschluss gebracht. Um die Stärkung der Unabhängigkeit von ORKB und deren Personalentwicklung sowie Verbesserung der Verfahren zur öffentlichen Rechenschaftslegung als Ziele in der Post-2015-Entwicklungsagenda zu verankern, sind somit weitere gemeinsame Anstrengungen erforderlich.

Zielgerichtete und bedarfsgerechte Informationen zu dieser Resolution sind von zentraler Bedeutung. Daher hat das Generalsekretariat der INTOSAI sämtliche INTOSAI-Mitglieder nur wenige Tage nach deren Verabschiedung über die Inhalte informiert. Es rief zudem jede einzelne ORKB dazu auf, die jeweiligen national und international zuständigen Stellen entsprechend zu informieren und das Dokument im Rahmen der verschiedenen INTOSAI-Funktionen weiterzuleiten.

Das Generalsekretariat der INTOSAI nahm das 23. VN/INTOSAI-Symposium (2.-4.3.15) zum Anlass, die Erwartungen, Voraussetzungen und Möglichkeiten der ORKB für einen Beitrag zur Post-2015-Entwicklungsagenda zu erörtern. Die Ergebnisse dieses sehr gut besuchten Symposiums (über 150 Teilnehmer und Repräsentanten von mehr als 70 ORKB) sowie die Schlussfolgerungen und Empfehlungen werden in die anstehenden Gespräche zur Post-2015-Entwicklungsagenda auf VN-Ebene einfließen. *(Anmerkung des Herausgebers: Weitere Informationen hierzu finden Sie im Artikel zum Symposium in dieser Ausgabe.)*

Darüber hinaus hat der österreichische Rechnungshof zusammen mit der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (ADC) ein Peer-Review-Projekt zur Stärkung der Unabhängigkeit von ORKB in den INTOSAI-Regionen initiiert.

Ziel dieses Projekts ist es zum einen, Probleme der geprüften ORKB hinsichtlich der Umsetzung der acht in der Mexiko-Erklärung niedergelegten Grundsätze zur Unabhängigkeit der Finanzkontrolle auf nationaler Ebene zu ermitteln. Der Sachstandsbericht hierzu soll schließlich der geprüften ORKB das Werkzeug an die Hand geben, um die Grundsätze vor dem Parlament und den Medien durchzusetzen.

Zum anderen soll die INTOSAI-Gemeinschaft auch weitere Schritte ermitteln, die, ausgehend von den Ergebnissen des Peer Reviews, zur Stärkung der Unabhängigkeit erforderlich sind. Demnach trägt das Projekt auch zur Anwendung der Resolution A 69/228 bei.

Die Umsetzung der neuen Resolution ist nicht nur deshalb bedeutsam, da hierin die Interessen der INTOSAI zum Ausdruck kommen, insbesondere im Hinblick auf die Post-2015-Entwicklungsagenda. Diese stellt auch ein wesentliches Instrument zur langfristigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung dar. »

Mit der Resolution A 69/228, die sich auf die Resolution A/66/209 aus dem Jahr 2011 stützt, und dank des unermüdligen Engagements der INTOSAI-Mitglieder konnten die ORKB bereits auf die ersten Gespräche zur Post-2015-Entwicklungsagenda erfolgreich Einfluss nehmen. Dies bedeutet für INTOSAI einen wichtigen Schritt zur Erfüllung der Ziele der Initiative, d. h. Stärkung der Unabhängigkeit von ORKB und deren Personalentwicklung sowie Verbesserung der Verfahren zur öffentlichen Rechenschaftslegung – und damit Stärkung der externen Finanzkontrolle weltweit.

Die Resolution eröffnet ORKB ferner die Teilnahme an nationalen und regionalen Sitzungen und Konferenzen, auf denen zu den Entwicklungszielen beraten wird.

Sämtliche INTOSAI-Mitglieder sind nun dazu aufgerufen, noch engagierter auf eine Stärkung der Unabhängigkeit und Stellung von ORKB sowie die Verfahren zur Rechenschaftslegung hinzuwirken, diese Ziele in der Post-2015-Entwicklungsagenda zu verankern, und sich an der Überwachung der Zielerreichung auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu beteiligen.

Wert und Nutzen von ORKB: Mexiko

Innovation für eine optimierte Kommunikationsstrategie

Anmerkung des Herausgebers: „Wert und Nutzen von ORKB“ wird als neue Rubrik eingeführt. Mitteilungen über Maßnahmen zur Sensibilisierung für den Wert und Nutzen der Prüfungstätigkeit können über INTOSAIJournal@gao.gov eingegeben werden.

Beim mexikanischen Rechnungshof (ASF) ist man sich bewusst, dass der höchste Wert einer Prüfung der Erkenntnisgewinn ist. Daher hat dieser in seinem letzten Jahresbericht (2013), der Mitteilungen über mehr als 1.400 Einzelprüfungen enthielt, erstmals einen Allgemeinen Bericht beigefügt mit (1) einer langfristigen Perspektive auf die Bedeutung der Arbeit des Rechnungshofes für ein besseres Verständnis hinsichtlich der Tätigkeit der Verwaltung

unter Berücksichtigung der Problemursachen und (2) einer direkten, klaren und einfachen Botschaft.

Gestützt auf seine Prüfungen werden im Allgemeinen Bericht die Faktoren aufgeführt, die zu Schwachstellen in 13 unterschiedlichen Verwaltungsbereichen führen. Diese Form der Analyse soll eine neue Verwaltungskultur fördern, deren Schwerpunkt auf Kernthemen mit Auswirkungen für den gesamten Staatssektor liegt und die den Weg für konkrete Lösungsansätze für bereichsübergreifende und aktuelle Strukturprobleme frei macht.

Der Allgemeine Bericht liefert der Öffentlichkeit zudem wichtige Informationen zum Wert und Nutzen der Finanzkontrolle. Erstmals umfasst der Bericht auch einen Abschnitt über den finanziellen wie nicht-finanziellen Nutzen der externen Finanzkontrolle.

Dieser Allgemeine Bericht (auf Spanisch unter www.asf.gob.mx) ist Teil des Bemühens des mexikanischen Rechnungshofes um bessere Vermittlung der Bedeutung seiner Arbeit und seiner Relevanz für das demokratische System.

IDI Update



IDI-Board tagt in Oslo

Die Jahrestagung des IDI-Board fand am 12. und 13.3.15 in Oslo statt. Das Board begrüßte die Leiterin des schwedischen Rechnungshofes, Margareta Aberg, als neues Mitglied und Nachfolgerin von Jan Landahl. Verabschiedet wurden der Leistungs- und Rechenschaftsbericht 2014, der Jahresabschluss 2014 und der Jahresbericht der IDI für 2014. Der ergebnisorientierte Leistungs- und Rechenschaftsbericht beruht auf den im Arbeitsplan 2014-2015 und im Strategischen Plan 2014-2018 vorgesehenen Aufgaben. Die Dokumente stehen unter www.idi.no zur Verfügung. Weitere Themen waren die Überprüfung der Geschäftsabläufe der IDI, die bilaterale Unterstützung, die Zertifizierung von Prüfern der externen Finanzkontrolle im Rahmen von INTOSAI sowie der Strategische Plan der INTOSAI.

Regionen legen beim Planungs- und Priorisierungsworkshop der IDI Schwerpunkte für den Austausch der Sachkompetenzen fest

Der Workshop fand vom 1.-3.12.14 in Oslo statt. Vertreter aus allen INTOSAI-Regionen erörtern den jeweiligen Qualifizierungsbedarf ihrer Region für die restliche Laufzeit des Strategischen Plans 2014-2018 der IDI und unterbreiteten wertvolle Beiträge zur Gestaltung künftiger Programme. Thematisch hat der Workshop auf die Ergebnisse der weltweiten Umfrage von 2014 und auf die bei der oben genannten Jahrestagung des IDI-Board ermittelten Themenkreise aufgebaut. Erörtert und abschließend festgelegt wurden die Prioritäten auf globaler und regionaler Ebene. Ergebnis der Beratungen war die Einführung der Programme zur Stärkung der externen Finanzkontrolle bei der Betrugs- und

Korruptionsbekämpfung und zur Optimierung der Beziehungen zu den Interessenträgern im laufenden Jahr. Die Unterstützung bei der ISSAI-Umsetzung (einschließlich Zertifizierung) und der Ausbau der E-Learning-Kapazitäten werden fortgeführt. Vorbereitet werden sollen in diesem Jahr Maßnahmen zur Planung und Konzipierung der Unterstützung von ORKB beim Ausbau ihrer institutionellen Kapazitäten, Programme zur Arbeitsplanung, Prüfung und Berichterstattung sowie das Young-Leaders-Programm für junge Führungskräfte.

Halbjährliche Fortschreibung der Datenbank für den Ausbau von Sachkompetenzen geplant

Bei der 7. Sitzung des INTOSAI-Steuerungskomitee der Gebergemeinschaft in Paris 2014 wurde die Bedeutung der Fortschreibung der Datenbank für den Ausbau von Sachkompetenzen <http://www.saidevelopment.org/default.aspx> als aktives Instrument zur Koordinierung und Begleitung von Qualifizierungsmaßnahmen der ORKB erneut hervorgehoben. Vereinbart wurde die Entwicklung eines Verfahrens zur regelmäßigen Fortschreibung, womit allen Mitgliedern nahegelegt wird, einschlägige Informationen einzustellen und zu aktualisieren.

Nach der ersten Abfrage im März 2015 wird das Sekretariat zweimal jährlich (März und Oktober) um Fortschreibungen ersuchen. Das Sekretariat wird die Qualität der Daten überprüfen und den Datenbestand vor dem Sommer vollständig aktualisieren. Die zweite Abfrage erfolgt in Form einer Erinnerung an die registrierten Nutzer und Hauptansprechpartner aller Institutionen der INTOSAI-Gebergemeinschaft nach der Jahrestagung des Steuerungskomitees (September oder Oktober). Die erhaltenen Daten werden anschließend einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Diese Rubrik informiert über aktuelle Aktivitäten und Programme der INTOSAI-Entwicklungsinitiative (IDI). Weitere Informationen über IDI sowie über neue Entwicklungen im Zeitraum zwischen dem Erscheinen von zwei Ausgaben der Zeitschrift sind auf der IDI-Website unter <http://www.idi.no> erhältlich; Informationen über die ISSAI-Umsetzungsinitiative (3i-Programm) befinden sich unter <http://www.idicomunity.org/3i>



Das Sekretariat hofft, durch das neue Verfahren die Aktualität und Stichhaltigkeit der Datenbankbestände zu steigern. Im Dezember 2014 begann das förmliche Konsultationsverfahren zum Pilotbetrieb des ORKB-Leistungsbewertungssystems (PMF). Alle ORKB und sonstigen Interessenträger waren aufgefordert, bis 31.3.15 ihre Kommentare zum PMF zuzusenden. Diese wurden anschließend mit den jeweiligen Stellungnahmen des Task Teams zusammengefasst und veröffentlicht. Für die Kommentierung wurde auch die virtuelle PMF-Plattform genutzt. Die so übermittelten Beiträge sind für alle Mitglieder der PMF-Gemeinschaft einsehbar über das Portal: <http://www.idimoodle.org/virtualcampus/course/category.php?id=9>

ISSAI-Umsetzungsinitiative (3i-Programm)

Gemeinsamer IDI-CREFIAF 3i-Führungskräfteworkshop in Kamerun

Bei dem vom 9.-11.12.14 in Kamerun ausgerichteten Workshop wurden zahlreiche mit der Umsetzung der ISSAI zusammenhängende Fragen, Ergebnisse und Ideen erörtert.

Ziel war es, die oberste Führungsebene der ORKB für die ISSAI zu sensibilisieren, ein Forum für den Erfahrungsaustausch über die Umsetzung zu bieten, den Austausch über strategische Überlegungen einschließlich der Risiken und Herausforderungen zu fördern, die iCATs vorzustellen, die Umsetzungshandbücher kurz zu erörtern sowie sich über die Umsetzung mithilfe der 3i-Produkte auszutauschen bzw. dafür zu werben.

Organisiert wurde der Workshop von IDI und CREFIAF, Ausrichter war der Rechnungshof Kameruns. Teilgenommen haben 38 Führungskräfte von 18 ORKB, darunter auch Präsidenten. Alle Teilnehmer haben eine Verpflichtungserklärung über die Nutzung der iCATs unterzeichnet und gemeinsame Umsetzungsstrategien formuliert. Moderiert wurde der Workshop von Dozenten der IDI und von CREFIAF. Durch die Ausrichtung des Workshops in der CREFIAF-Region wurde das 3i-Programm nun in allen INTOSAI-Regionen eingeführt.

iCAT-Überarbeitungsworkshops

Die iCAT-Überarbeitungsworkshops wurden von IDI für ORKB der vier INTOSAI-Regionen organisiert. Hauptziel war es, die ORKB bei der Anwendung von iCats zu unterstützen, und zwar durch fachkundige

Anleitung bei der Überarbeitung sowie durch Rückmeldungen zu gemachten Erfahrungen. Ebenso wurde über den Stand der neuen ISSAI der Ebene 3 sowie über deren Auswirkungen auf die Umsetzung der ISSAI informiert.

Der Überarbeitungsworkshop mit der ASOSAI (33 Teilnehmer aus insgesamt 13 ORKB) fand vom 8.-12.12.14 in Bangladesch statt.

Vom 17.-21.11.14 wurde der CAROSAI-Workshop in Trinidad und Tobago mit 22 Teilnehmern aus neun ORKB ausgerichtet.

21 Vertreter aus neun ORKB nahmen vom 24.-28.11.14 in Fidschi am PASAI-Workshop teil.

IDI-OLACEFS Treffen zur Anpassung der 3i-Schulungsinhalte

Vom 3.-10.12.14 fand in Uruguay ein Treffen zur Überarbeitung der Kursinhalte des bisher auf Englisch durchgeführten 3i-Workshops statt. Die ORKB von Argentinien, Brasilien, Mexiko und Uruguay stellten Moderatoren.

IDI-CBC Unterstützungsprogramm

CAROSAI: Nachbereitungstreffen für kooperative Prüfungen im Bereich der Steuerverwaltung

Das Treffen fand vom 3.-7.11.14 in Grenada statt. Für alle sechs ORKB (12 Teilnehmer) wurden Qualifizierungsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt. Erreicht wurde dies durch fachkundige Anleitung und Schulungen zur Prüfungsplanung im Bereich der Steuerverwaltung. Die Pilotprüfungen bzw. die jeweiligen Entwürfe der Prüfungsberichte aller sechs ORKB wurden von Prüfungsexperten überprüft und ggf. überarbeitet.

Nachbereitungstreffen zur HRM-Strategie und regionale Anpassung des HRM-Handbuchs

Nach dem Workshop „Personalwirtschaft“ im Dezember 2013 wurden 2014 für insgesamt 14 ORKB (28 Teilnehmer) Qualifizierungsmaßnahmen zur Verbreitung und Anwendung des vom CBC erstellten HRM-Handbuchs durchgeführt. 13 Teams haben anhand einer Bedarfsermittlung eine personalwirtschaftliche Strategie für ihre jeweilige ORKB entwickelt. Die Durchsicht der Entwürfe erfolgte auf Arbeitsebene und durch Experten im Rahmen eines Nachbereitungstreffens vom 4.-14.11.14 im Senegal.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde erörtert, wie das HRM-Handbuch an die Bedürfnisse der CRE-FIAF-Region angepasst werden kann. Die entsprechenden Anpassungen werden zurzeit vorgenommen, so dass die überarbeitete Version den ORKB der Region ab Januar 2015 zur Verfügung stehen sollte.

AFROSAI-E: Nachbereitungstreffen für die kooperative Prüfung der mineralgewinnenden Industrie

Sechs ORKB (12 Teilnehmer) kamen vom 24.-28.11.14 in Südafrika zusammen. Die erstellten Prüfungsberichtsentwürfe wurden von Fachleuten überprüft und ggf. überarbeitet.

Programm zur Qualifizierung im Bereich IT-Prüfung

Nach einem E-Learning-Kurs zu Jahresbeginn trafen sich 19 ORKB-Teams aus verschiedenen INTOSAI-Regionen vom 8.-23.12.14 in Warschau zu einer Tagung mit dem Thema IT-Einsatz bei der Prüfungsplanung. Dabei wurden unter sachkundiger Anleitung und mit Hilfe von Experten der INTOSAI-Arbeitsgruppe IT-Prüfung Prüfungskonzepte erstellt. Die ORKB sollen nun anhand der Konzepte Prüfungen durchführen und im Rahmen von gemeinsamen Nachbereitungstreffen ihre Berichtsentwürfe erörtern.

Prüfung der Regelungen zur staatlichen Kreditgewährung und -aufnahme

Tagung der englischsprachigen ORKB zur Prüfungsvorbereitung

16 Teilnehmer der ASOSAI, AFROSAI-E und EUROSAI trafen sich vom 24.-28.11.14 in China. Ihre Orientierungsprüfungen wurden von Experten überprüft. Auch Prüfungskonzepte für ausgewählte Pilotprüfungen wurden von Experten und Kollegen aus Partner-ORKB überprüft.

Tagung zur Prüfungsplanung für spanischsprachige ORKB

Acht ORKB von OLACEFS haben an der Tagung in Paraguay vom 26.-30.1.15 teilgenommen und Referenten ihre Orientierungsprüfungen zur Durchsicht

vorgelegt. Auch die jeweiligen Prüfungskonzepte wurden von Referenten und Kollegen aus Partner-ORKB überprüft.

Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung regionaler strategischer Pläne

IDI beteiligt sich seit 2014 als Beobachter an der Task Force für strategische Planung der ASOSAI, um fachliche Orientierung und professionelle Unterstützung bei der Entwicklung des Strategischen Plans 2016-2021 der ASOSAI zu leisten. Im Rahmen dieser Unterstützung haben beide Organisationen vom 17.-19.11.14 in Südkorea eine Tagung für Mitglieder der Task Force ausgerichtet, bei der ein Entwurf überarbeitet wurde, mit dem eine strategische Verlagerung von reinen Schulungsmaßnahmen auf integrierte Lernformen vollzogen wurde. Zum ersten Mal flossen dabei Leistungsindikatoren und Mitteleinsätze in einen strategischen Plan ein. Auch hat IDI die Gestaltung des Dokumentes zwecks Vorlage an den ASOSAI-Kongress unterstützt. Der Entwurf wurde vom XIII. ASOSAI-Kongress in Kuala Lumpur am 10.2.15 verabschiedet.

Schulungsmaßnahmen für Geber und ORKB in Kairo und Bangkok

Im letzten Quartal wurden zwei Schulungsmaßnahmen zur Zusammenarbeit mit ORKB bzw. zum PMF durchgeführt. Im November nahmen 25 Teilnehmer an einer Maßnahme zur Zusammenarbeit für Geber in Kairo teil, im Januar 17 Vertreter von Geberorganisationen in Bangkok, gefolgt von jeweils einer PMF-Schulung, und zwar für 33 bzw. 22 Teilnehmer. An den Schulungen beteiligten sich auch Vertreter der externen Finanzkontrolle; in Kairo kamen sie von neun und in Bangkok von sieben ORKB. Ausrichter war jeweils die US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit USAID; Veranstaltungsorte waren die jeweiligen regionalen Schulungszentren der Behörde.

Verstärkte Kommunikation mit Interessenträgern durch Teilnahme an Veranstaltungen

Durch die Teilnahme an zahlreichen Tagungen und Sitzungen bindet IDI die Interessenträger in ihre Tätigkeiten ein. So wurden z. B. bei der 66. Sitzung »

Acht Rechnungshöfe der OLACEFS haben vom 26.-30.1.15 an der Tagung in Paraguay teilgenommen.



des INTOSAI-Präsidiums vom 5.-7.11.14 in Wien die Tätigkeiten und Vorhaben der IDI und des INTOSAI-Gebersekretariats vorgestellt.

Das Präsidium unterstützt den Plan des INTOSAI-Task-Teams Zertifizierung, das Thema auf der Ebene der Prüfer und der ORKB weiter zu untersuchen und Bemühungen zur Evaluierung von institutionellen Strukturen, Verfahren und Instrumenten der ORKB zu bündeln, um dadurch die Professionalisierung der externen Finanzkontrolle voranzutreiben. IDI beteiligt sich an dem vom INTOSAI-Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen geleiteten Task Team, dessen Aufgabe in der Erarbeitung eines Zertifizierungskonzepts für die Prüfer der INTOSAI-Mitglieder besteht.

Bei der Tagung des ARABOSAI-Komitees für die institutionelle Stärkung in Rabat (15.-17.12.14), hat IDI über Fortschritte bei der Umsetzung der laufenden gemeinsamen IDI/ASOSAI-Qualifizierungsprogramme (3i-Programm und Zertifizierung

von Schulungspersonal) berichtet und zukünftige gemeinsame Projekte erörtert.

Thema des jährlichen OLACEFS-Kongresses (vom 24.-28.11.14 in Cuzco, Peru) waren die globalen Chancen des Ausbaus der Sachkompetenzen sowie der regionale Qualifizierungsbedarf. Das 3i-Programm und das PMF stellten den Schwerpunkt dar. Aktuelles zu IDI-Programmen wurde vorgestellt und das Informationspapier zur Zertifizierung innerhalb von INTOSAI erörtert.

Kontakt zu IDI

Bei Fragen zum IDI Update wenden Sie sich bitte an IDI:

Telefon: +47 21 54 08 10
E-Mail: idi@idi.no



INTOSAI-Geber

Gemeinschaft Update

Fortschreibung des Leistungsbewertungssystems (PMF) für ORKB

Erste Veröffentlichung eines Bewertungsberichts durch den Rechnungshof von Nepal; Abschluss des Konsultationsverfahrens und Verlängerung des Pilotverfahrens; Erfahrungsaustausch über die Leistungsbewertung.

Am 15.2.15 hat der nepalesische Rechnungshof bei einer Pressekonferenz als erste ORKB weltweit die Ergebnisse seiner PMF-Leistungsbewertung veröffentlicht. Das Dokument ist auf der Internetseite des Rechnungshofes verfügbar: www.oagnep.gov.np.

Mit der Leistungsbewertung wurden mehrere Ziele verfolgt: Insbesondere sollte anhand der festgestellten Stärken und Schwächen über die langfristige Planung sowie über mögliche Unterstützungsprojekte durch Entwicklungspartner und andere Rechnungshöfe informiert werden. Der Bericht enthält zudem Kriterien zur Messung und Überwachung zukünftiger Leistungsveränderungen. Die Leistungsbewertung wurde als Peer

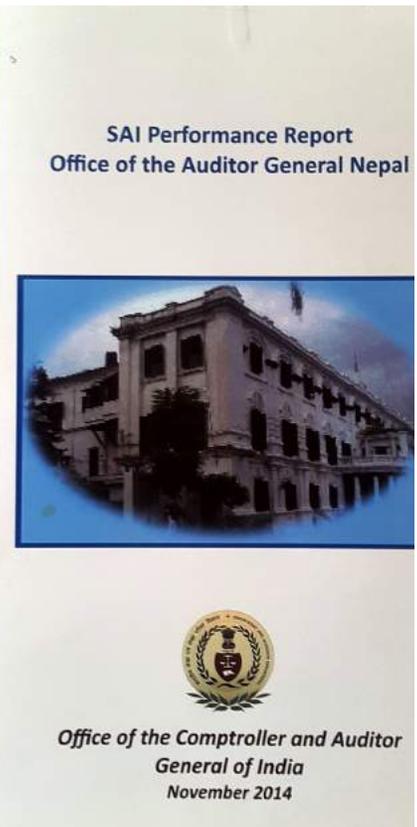
Review von einem Team des indischen Rechnungshofes durchgeführt.

Mit der Veröffentlichung des Berichts werden – so der Leiter der nepalesischen ORKB, Bhanu Prasad Acharya, – die derzeitigen Aufgaben hervorgehoben, wobei sich sein Haus gleichzeitig zu Rechenschaftspflicht und Transparenz verpflichtet und so in der öffentlichen Verwaltung mit gutem Beispiel vorangeht. Zudem werde ein wichtiger weiterer Schritt getan, um die Glaubwürdigkeit bei Bürgern, Parlament, Verwaltung und Gebergemeinschaft zu erhöhen.

Mehrere ORKB überlegen derzeit, wie sie ihre Bewertungsberichte bzw. die entsprechenden Entwürfe am besten nutzen können. So hat ein Rechnungshof kürzlich beschlossen, seinen Bericht anderen Rechnungshöfen und Evaluierungsteams zu Vergleichszwecken zur Verfügung zu stellen, während ein anderer sich zur Veröffentlichung im Anschluss an das Qualitätssicherungsverfahren entschieden hat. Es ist erfreulich, dass die Leistungsbewertung aufgegriffen und im Sinne von ISSAI 20 öffentlich über die Leistung berichtet wird.

Fortschritt bei PMF-Pilotprojekten

Das von der Arbeitsgruppe Wert und Nutzen der ORKB (WGVBS) vorgegebene Ziel lautete 20 Pilot-PMF. Das Leistungsbewertungssystem sollte in Ländern aus verschiedenen INTOSAI-Regionen mit unterschiedlichen »



Rechnungshofmodellen und Verwaltungskontexten sowie von ORKB getestet werden, die sich in Größe und Entwicklungsstand unterscheiden. Zudem waren anhand dieser Stichprobe Indikatoren und Vergleichswerte zu erheben und auszuwerten. Damit sollte sichergestellt werden, dass die PMF-Bewertungsskala ausgewogen ist und die Indikatoren weder zu hart noch zu weich, sondern für die Messung von Leistungsschwankungen im Zeitablauf geeignet sind.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der vorliegenden Zeitschrift hatten 20 Rechnungshöfe den vereinbarten Zielvorgaben (Verfahrensordnung, VO) für die Leistungsbewertungen zugestimmt. 15 waren mit der Abfassung des Berichtsentwurfs befasst, bei vier weiteren stand die Abfassung des Entwurfs in den kommenden Monaten an. Einige ORKB haben das PMF-Verfahren offenbar auf unterschiedliche Art und Weise angewandt, über den Sachstand aber nicht das PMF-Task-Team informiert.

Derzeit wird eine Umfrage zur Aktualisierung des Sachstandes durchgeführt. So sollen fast 20 ORKB bis zur Tagung des Task Teams im Mai 2015 in Oslo zumindest Entwürfe ihrer Leistungsbewertung erstellt haben.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass das vom INTOSAI-Gebersekretariat der IDI koordinierte und unterstützte PMF-Task-Team bisher weder Zugang zu diesen Berichten noch zur Rückmeldung der jeweiligen ORKB und der beteiligten Gutachter erhalten hat.

Vorgelegt wurden dem Task Team bis zum jetzigen Zeitpunkt lediglich acht Berichte (einschließlich der ursprünglichen drei Pilotberichte) sowie die Ergebnisse und die Kurzfassung eines weiteren Berichts. Um die Pilotphase abzuschließen, sind jedoch die Endversionen der Berichte erforderlich. Das Task Team wird diese selbstverständlich vertraulich behandeln und sonstigen Interessenträgern nicht ohne schriftliche Zustimmung der ORKB-Leitung übermitteln.

Wissens- und Erfahrungsaustausch über das PMF

Da der Pilotbetrieb bald abgeschlossen ist, hat IDI mehrere Workshops zum Erfahrungsaustausch zwischen ORKB und den Bewertungsteams veranstaltet. Die Workshops gehen auf den 2014 festgestellten Bedarf zurück, wonach Erfahrungen ausgetauscht, ein erweiterter Pool potentieller Bewertungsteamleiter und Gutachter für die Qualitätssicherung gebildet sowie verstärkt einschlägige Berichtsentwürfe und Abschlussberichte ausgetauscht werden sollen.

Die Veranstaltungen fanden im März bei ASOSAI und OLACEFS statt; ein weiterer Workshop wird von EUROSAI organisiert. Themen sind folgende: Erfahrungsaustausch über die Planung und Umsetzung der Leistungsbewertung sowie über die Berichterstattung; Untersuchung leistungsbestimmender Faktoren; theoretische und praktische Schulung zur

Mit der Veröffentlichung des Berichts werden – so der Leiter der nepalesischen ORKB, Bhanu Prasad Acharya, – die derzeitigen Herausforderungen seines Hauses hervorgehoben, wobei man sich gleichzeitig zu Rechenschaftspflicht und Transparenz verpflichtet und in der öffentlichen Verwaltung mit gutem Beispiel vorangeht.

Qualitätssicherung bei Leistungsbewertungen. Am Ende der Workshops haben interessierte ORKB die Möglichkeit, die Qualitätssicherung ihrer Entwürfe zur Leistungsbewertung von Bewertungsteams anderer teilnehmender ORKB vornehmen zu lassen.

Die Rückmeldung zum ersten Workshop, der freundlicherweise vom nepalesischen Rechnungshof ausgerichtet wurde, war überaus positiv. Vertreter der Rechnungshöfe und Teilnehmer von Bewertungsteams aus Nepal, Bhutan und Palästina haben Erfahrungen ausgetauscht und dem PMF-Task-Team Rückmeldungen gegeben. Dabei wurden zahlreiche Faktoren aufgezeigt, die bei der Planung der Bewertung zu beachten sind und in die Zielvorgabenformulierung einfließen sollen. Teilnehmer aus fünf anderen Ländern, die derzeit eine Leistungsbewertung planen, fanden die Veranstaltung überaus hilfreich.

Zentrale Erkenntnisse waren u. a.:

- Entscheidend für eine erfolgreiche Leistungsbewertung war in allen Fällen die Formulierung der als Zielvorgaben dienenden Verfahrensordnung (VO) und der entsprechenden Vereinbarung. Die meisten Schwierigkeiten bei der Bewertung hätten durch die Bestimmung und Behandlung von Problemen in dieser Verfahrensphase vermieden werden können.
- Der VO muss ein gutes Verständnis der ORKB zugrunde liegen, insbesondere was die unterschiedlichen Prüfungsarten bzw. ihre Verknüpfung angeht (Rechtmäßigkeits-, Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfung);

es ist eindeutig darzustellen, wie Stichproben der zu prüfenden Unterlagen entnommen wurden.

- Entscheidend ist zudem die Zusammensetzung des Bewertungsteams; insbesondere ist darauf zu achten, dass das Team als Ganzes über das Wissen und die Erfahrung im Hinblick auf die Prüfungsarten der ORKB sowie auf die nicht prüfungsbezogenen Sachverhalte verfügt und bereits Erfahrungen bei der Durchführung ähnlicher Bewertungen gesammelt wurden.
- Unabhängig von der Bewertungsart (Selbstbewertung, Bewertung auf Augenhöhe oder durch Externe) ist die Einbeziehung des Personals und der Leitung von grundlegender Bedeutung für eine erfolgreiche Bewertung. Gleiches gilt für die Sensibilisierung einer Reihe von Interessenträgern vor einer Bewertung.
- Im Rahmen des gewählten Bewertungsansatzes sollte in der Planungsphase ein maximaler Grad an Eigenverantwortung der ORKB für den Bericht sowie an Glaubwürdigkeit angestrebt werden.
- Bei Fachbegutachtungen und externen Bewertungen kann durch die Mitwirkung eines ORKB-Vertreters im Bewertungsteam – zum Beispiel als Beobachter (ohne Stimmrecht) – ein Zusatznutzen erzielt werden, indem ein besseres Verständnis für die ORKB und ihr Arbeitsumfeld vermittelt und der Informationszugang vereinfacht wird.

»»

- Die Qualitätssicherung bei der VO, des Berichts-entwurfs und des Abschlussberichts kann sehr von Vorteil sein und die Glaubwürdigkeit der Bewertungsergebnisse erhöhen. Dabei ist sowohl die Gewissenhaftigkeit der Sachverhaltserhebungen als auch die sachgemäße Anwendung des PMF einzubeziehen. Es ist unwahrscheinlich, dass eine Person beide Faktoren abdeckt und nicht nur über die länderspezifischen Kenntnisse, sondern auch noch über die methodische Erfahrung bei der Anwendung des PMF verfügt.
- Auch Einzelheiten zur Qualitätssicherung sollten bei der Formulierung der VO vereinbart werden, insbesondere wenn mehr als zwei Akteure an der Bewertung mitwirken (z. B. ORKB, Bewertungsteam, externer Geldgeber). Es ist festzulegen, wer für den Bericht letztendlich verantwortlich ist, wer ihn herausgibt, wer die Adressaten des Berichtsentwurfs sind und in welcher Reihenfolge sie ihn erhalten.
- Auch die Sprachenfrage ist in dieser Phase sorgfältig zu prüfen. Eine Übersetzung ist zwar bei wichtigen Dokumenten angebracht, für die Prüfungsunterlagen allerdings nicht zweckmäßig, weshalb einige Teammitglieder die Sprache, in der die Unterlagen abgefasst sind, fließend beherrschen sollten. Hier kann die Mitwirkung von Prüfern der ORKB oder von lokalen Experten im Bewertungsteam entscheidend sein.
- Bei Bewertungen durch externe Stellen oder auf Augenhöhe zeichnen sich ähnliche Verfahrensschritte ab: Anfrage durch die ORKB und Auswahl der Teammitglieder sowie Erarbeitung der VO; einwöchige Sensibilisierungsmaßnahmen einschließlich einer kurzen PMF-Schulung und Vereinbarung der VO; vier- bis sechswöchige Planungsphase am Sitz der Gutachter, in der Unterlagen beschafft und erste Einblicke in den Prüfungsgegenstand gewonnen werden; zweiwöchige Erhebungen vor Ort und Bewertung der einzelnen Indikatoren sowie Erstellung des ersten Entwurfs der zusammenfassenden Leistungsbewertung einschließlich Erörterung der vorläufigen Ergebnisse mit der ORKB; Erstellung der Berichte am Sitz der Gutachter mit anschließender Qualitätssicherung und Abschluss der Bewertung.
- Die Erstellung des Abschlussberichts ist viel zeitaufwendiger als erwartet, insbesondere wenn der Teamleiter sich nicht mehr vollständig dem

Bericht widmen kann und zu seiner eigentlichen Tätigkeit zurückkehren muss.

Workshopinhalte waren die Abfassung von Kurzfassungen der Leistungsbewertungen und Qualitätssicherungsmaßnahmen. Geschult wurden die Teilnehmer zudem in Fehlerursachenanalysen, mit denen Hintergründe möglicher Leistungsdefizite bei den internen Fähigkeiten und Kapazitäten sowie im externen Arbeitsumfeld der ORKB ermittelt werden können. Die letzten beiden Tage des Workshops wurden die Teilnehmer verschiedenen Gruppen zugeordnet und führten testweise die Qualitätssicherung für den Leistungsbewertungsbericht der ORKB von Nepal durch. Die Ergebnisse werden anschließend der ORKB bzw. ihren Interessenträgern zur Verfügung gestellt.

Start der virtuellen PMF-Plattform

Die virtuelle PMF-Plattform für ORKB ging im Dezember 2014 im Auftrag der WGVBS in Betrieb. Sie steht zertifizierten Gutachtern zur Verfügung und bietet einen Zugang zu einschlägigen Dokumenten, wobei in einem separaten Diskussionsforum Fragen zum Instrumentarium und zur Vorgehensweise erörtert werden können.

Die Plattform unterstützt alle Nutzer und liefert den Entwicklern der Leistungsbewertung eine Rückmeldung. Alle Gutachter, die an einer PMF-Schulung teilgenommen haben, haben ein Nutzerprofil mit entsprechenden Zugangsdaten erhalten.

Abschluss des Konsultationsverfahrens und des Pilotbetriebs

Am 31.3.15 endete offiziell die 3-monatige Konsultationsphase zum PMF-Pilotbetrieb. Es sind zahlreiche förmliche Beiträge mit konstruktiven Verbesserungsvorschlägen für das Bewertungsverfahren eingegangen. Auch der Pilotbetrieb endete am 31.3.15, wurde aber auf Empfehlung der WGVBS bis 8.5.15 verlängert, um den Abschluss einiger noch laufender Pilotprojekte zu ermöglichen.

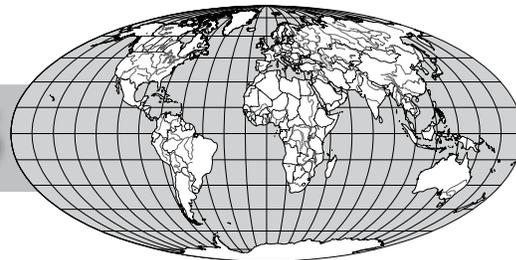
Während das Task Team die Beiträge und Erfahrungen aus dem Pilotbetrieb auswertet und kommentiert, werden noch Stellungnahmen für die Überarbeitung des PMF angenommen. Alle bis 8. Mai eingegangenen Beiträge werden vom Task Team bei seiner Tagung in Oslo vom 11.-15.5.15 berücksichtigt. Später eingegangene Beiträge werden je nach Einzelfall berücksichtigt, können allerdings nicht mehr in den förmlichen Antrag des Task Teams an die WGVBS einfließen.

Weiterentwicklung des PMF und Verfahrenfortgang

Für die Weiterentwicklung des PMF wurden folgende Meilensteine festgelegt:

- 11.-15.5.: 4. Tagung des PMF-Task Teams in Oslo; Auswertung der Erfahrungen zu Pilotprojekten und der Ergebnisse des Konsultationsverfahrens;
- Juli 2015: Vorlage des Berichts über die „Auswertung der Kommentierungen und Erfahrungen aus den Pilotprojekten durch das PMF-Task-Team“ an die WGVBS;
- August 2015: Tagung der WGVBS zur Erörterung des Berichts über die „Auswertung der Kommentierungen und Erfahrungen aus den Pilotprojekten durch das PMF-Task-Team“ und anschließende Veröffentlichung;
- 26.-30.10.15: 5. Tagung des PMF-Task Teams in Kapstadt zwecks Erarbeitung der Beschlussvorlage;
- Dezember 2015: Übermittlung der Version 3.1 an das Task Team;
- Februar 2016: Übermittlung der Version 3.2 an die Referenzgruppe;
- April 2016: Einreichung der Beschlussvorlage zur Annahme durch die WGVBS unter Berücksichtigung der erforderlichen Wiedervorlage nach 90 Tagen;
- August 2016: Annahme der PMF-Beschlussvorlage durch die WGVBS und Vorlage an das INTOSAI-Komitee für den Wissensaustausch;
- September 2016: Annahme durch das Komitee für den Wissensaustausch zwecks Vorlage an das Präsidium;
- Dezember 2016: Vorlage der Beschlussvorlage durch das Präsidium an den INCOSAI zur abschließenden Annahme, Verabschiedung durch INTOSAI, Veröffentlichung der Endfassung.

INTOSAI Veranstaltungen 2015



April	Mai 11.-12. 23. Treffen der Arbeitsgruppe für die IT-Prüfung, Warschau, Polen 13.-14. 2. Sitzung der Arbeitsgruppe Finanzielle Modernisierung und Regulierungsreform, Washington, D.C., U.S.A. 14.-15. 12. Treffen des Finanz- und Verwaltungskomitees	Juni 24.-26. EUROSAI-OLACEFS Joint Conference, Quito, Ecuador
Juli	August	September 8.-10. Treffen des Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen, Stockholm, Schweden 21.-24. Treffen des Unterkomitees für die interne Kontrolle, Bukarest, Rumänien

Anmerkung des Herausgebers: Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und -abstimmung beitragen. Diese regelmässig erscheinende Rubrik der *Zeitschrift* enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen nur je nach verfügbarem Platz Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen Regionalen Arbeitsgruppe. Kontaktinformationen unter <http://www.intosai.org/regional-working-groups.html>